

Erste Group Bank AG

Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden

Die Erste Group Bank AG (die "**Erste Group Bank**" oder die "**Emittentin**") hat am 29.10.2009 ein Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden aufgelegt (das "**Programm**"). Daran anschließend wurde das Programm am 14.7.2010 und am 14.7.2011 geändert und aktualisiert. Dieser Prospekt bezieht sich auf das Programm und ersetzt den Prospekt vom 14.7.2011. Das Programm richtet sich primär an Privatkunden, ist aber nicht auf diese eingeschränkt und Schuldverschreibungen können auch anderen Investoren angeboten werden.

Unter dem Programm ist die Emittentin unter Beachtung der anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Richtlinien berechtigt, von Zeit zu Zeit nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung und Nullkupon-Schuldverschreibungen, jeweils auch bezogen auf einen Basiswert (zB Indices, Aktien, Fonds, Waren, Währungen und Zinssätze sowie Körbe davon) (die "**Schuldverschreibungen**") zu begeben. Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht.

Jede Emission von Schuldverschreibungen erfolgt zu den im Abschnitt "Allgemeine Emissionsbedingungen" auf Seite 52 ff beschriebenen Bedingungen, allenfalls ergänzt durch die "Ergänzenden Emissionsbedingungen für Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen" auf Seite 62 ff (gemeinsam die "**Emissionsbedingungen**"), zusammen mit den im maßgeblichen Konditionenblatt (das "**Konditionenblatt**") festgelegten zusätzlichen Bedingungen (zusammen mit den Emissionsbedingungen, die "**Schuldverschreibungsbedingungen**"). Das Konditionenblatt ergänzt die Emissionsbedingungen. Ein Muster des Konditionenblattes, welches ein Dokument gemäß Art 26 Nr 5 der Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 (die "**EU-Prospekt-Verordnung**") darstellt, ist auf Seite 69 ff dieses Prospekts abgedruckt. Das Konditionenblatt enthält bestimmte Angaben in Bezug auf die betreffende Emission von Schuldverschreibungen, einschließlich der genauen Bezeichnung, des Gesamtnennbetrages und der Art, des Ausgabekurses, des Basiswertes auf welchen die Schuldverschreibungen allenfalls Bezug nehmen, die Verzinsung und bestimmte sonstige Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausstattung, dem Angebot und dem Verkauf der Schuldverschreibungen. Zur besseren Lesbarkeit ist dem Konditionenblatt eine konsolidierte Version der Schuldverschreibungsbedingungen angeschlossen, welche auf die jeweilige Emission von Schuldverschreibungen anwendbar sind. Das für eine Emission von Schuldverschreibungen geltende Konditionenblatt wird der die Schuldverschreibungen verbriefenden Sammelurkunde beigefügt oder darauf vermerkt.

Dieser Prospekt wurde von der Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in Österreich in ihrer Eigenschaft als für die Billigung dieses Prospekts zuständige Behörde gemäß dem österreichischen Kapitalmarktgesetz in der jeweils gültigen Fassung ("Kapitalmarktgesetz") gebilligt. Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Prospekts durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft den Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gem § 8a Abs 1 KMG.

Die Emittentin hat die FMA ersucht, der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland eine Bescheinigung über die Billigung zu übermitteln, aus der hervorgeht, dass dieser Prospekt gemäß der Richtlinie 2003/71/EG (die "**EU-Prospekt-Richtlinie**") erstellt wurde. Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt gemäß Artikel 5.4 der EU-Prospekt-Richtlinie dar. Die Emittentin kann die FMA jederzeit ersuchen, Bescheinigungen über die Billigung dieses Prospektes anderen zuständigen Behörden zu übermitteln. Öffentliche Angebote der Schuldverschreibungen werden in Österreich und Deutschland oder jedem anderen Land erfolgen, in welches dieser Prospekt gültig notifiziert wurde.

Die Zulassung des Programms zum Amtlichen Handel und zum Geregelteten Freiverkehr (zusammen die "**Österreichischen Märkte**") der Wiener Börse (die "**Wiener Börse**") und/oder eine Zulassung der Schuldverschreibungen zur Notiz im amtlichen Handel und zum Handel an einem geregelten Markt an der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) und/oder an einem geregelten oder ungeregelten Markt der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergische Wertpapierbörse) und/oder an der Frankfurter Börse (zusammen mit den Österreichischen Märkten die "**Märkte**") kann beantragt werden. Bezugnahmen in diesem Prospekt auf gelistete Schuldverschreibungen (und ähnliche Bezugnahmen) meinen, dass die entsprechenden Schuldverschreibungen zum Handel an Märkten zugelassen wurden, die geregelte Märkte im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente in der jeweils aktuellen Fassung sind. Nicht gelistete Schuldverschreibungen können ebenso unter dem Programm ausgegeben werden. Die für die jeweiligen Schuldverschreibungen anwendbaren Schuldverschreibungsbedingungen geben an, ob die entsprechenden Schuldverschreibungen zum Handel an den Märkten (oder irgendeinem anderen Markt oder einer Börse) zugelassen werden.

Jede Serie von Schuldverschreibungen ist durch eine oder mehrere auf den Inhaber lautende Sammelurkunde(n) (jeweils eine "**Sammelurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft, welche die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin trägt.

Jede Sammelurkunde wird so lange von der Oesterreichischen Kontrollbank AG, Am Hof 4, 1010 Wien, Österreich (oder einem ihrer Rechtsnachfolger) ("**OeKB**") als Wertpapiersammelbank (die "**Wertpapiersammelbank**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Wertpapiersammelbank und anwendbarem Recht übertragen werden können.

Zukünftige Anleger sollen bedenken, dass eine Veranlagung in die Schuldverschreibungen Risiken beinhaltet und dass, wenn bestimmte Risiken, insbesondere die im Kapitel "Risikofaktoren" beschriebenen, eintreten, die Anleger die gesamte Veranlagungssumme oder einen wesentlichen Teil davon verlieren können. Ein zukünftiger Anleger sollte seine Anlageentscheidung erst nach einer eigenen gründlichen Prüfung (einschließlich einer eigenen wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Analyse) treffen, bevor er über eine Veranlagung in die Schuldverschreibungen entscheidet, da jede Bewertung der Angemessenheit einer Veranlagung in die Schuldverschreibungen für den jeweiligen Anleger von der zukünftigen Entwicklung seiner finanziellen und sonstigen Umstände abhängt.

Dieser Prospekt ist kein Angebot zum Verkauf und keine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf der Schuldverschreibungen in Ländern, wo ein solches Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots rechtswidrig ist. Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act of 1933 (der "**Securities Act**") registriert.

Erste Group Bank AG

HINWEIS

Dieser Prospekt ist kein Angebot zum Kauf und keine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Verkauf der Schuldverschreibungen an Personen in Ländern, in denen ein solches Angebot oder eine Aufforderung ein Angebot zu stellen unrechtmäßig wäre. Die Aushändigung dieses Prospekts oder ein Verkauf hierunter bedeuten unter keinen Umständen, dass die darin enthaltenen Angaben zu jedem Zeitpunkt nach dem Datum dieses Prospekts zutreffend sind. Insbesondere bedeuten weder die Aushändigung dieses Prospekts noch der Verkauf oder die Lieferung der Schuldverschreibungen, dass sich seit dem Datum dieses Prospekts, oder falls dies früher ist, das Datum auf das sich die entsprechende im Prospekt enthaltene Information bezieht, keine nachteiligen Änderungen ergeben haben oder Ereignisse eingetreten sind, die zu einer nachteiligen Änderung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin oder ihrer Tochter- und Beteiligungsunternehmen als Gesamtes (zusammen die "**Erste Group**") führen oder führen können. Dies gilt ungeachtet der Verpflichtung der Emittentin, jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten und die zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, wenn diese früher eintritt, der Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt auftreten bzw. festgestellt werden, in einem Nachtrag zum Prospekt bekannt zu machen.

Dieser Prospekt wurde ausschließlich zu dem Zweck verfasst, ein öffentliches Angebot der Schuldverschreibungen und die Zulassung der Schuldverschreibungen zu den Märkten zu ermöglichen. Die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben wurden durch die Emittentin und die anderen in diesem Prospekt angegebenen Quellen zur Verfügung gestellt. Die Vervielfältigung und Verbreitung der Informationen zu einem anderen Zweck als dem Erwerb der Schuldverschreibungen ist unzulässig. Keine Person ist berechtigt, Angaben zu diesem Angebot zu machen oder Erklärungen zu diesem Angebot abzugeben, die nicht in diesem Prospekt enthalten sind. Falls derartige Angaben gemacht oder Erklärungen abgegeben werden, darf nicht davon ausgegangen werden, dass diese von der Emittentin genehmigt wurden. Informationen oder Zusicherungen, die im Zusammenhang mit dem Angebot, der Zeichnung oder dem Verkauf der Schuldverschreibungen gegeben werden und die über die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben hinausgehen, sind ungültig.

Die Angaben in diesem Prospekt sind nicht als rechtliche, wirtschaftliche oder steuerliche Beratung auszulegen. Es wird jedem Anleger ausdrücklich empfohlen, vor dem Erwerb von Schuldverschreibungen eigene Berater zu konsultieren. Anleger sollten eine eigenständige Beurteilung der rechtlichen, steuerlichen, finanziellen und sonstigen Folgen der mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen verbundenen Risiken durchführen.

Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge V, XI und XII der EU-Prospekt-Verordnung erstellt. Dieser Prospekt wurde von der FMA gebilligt.

Die Schuldverschreibungen wurden und werden weder gemäß dem Securities Act registriert noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen oder andere Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

In diesem Prospekt meinen die Bezeichnungen Euro, EUR oder €, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt, die am Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in derzeit geltender Form) eingeführte Währung.

INHALTSVERZEICHNIS

HINWEIS.....	2
INHALTSVERZEICHNIS	3
ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN.....	5
DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE	6
NACHTRÄGE ZUM PROSPEKT	7
INFORMATIONSQLUELLEN.....	8
ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMS.....	9
DIE SCHULDVERSCHREIBUNGEN	9
RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE SCHULDVERSCHREIBUNGEN	12
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER ERSTE GROUP BANK	16
RISIKOFAKTOREN.....	20
FAKTOREN, DIE DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR BEDienung DER ZAHLUNGSVERPFLICHTUNGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN, DIE UNTER DIESEM PROGRAMM BEGEBEN WURDEN, NEGATIV BEEINFLUSSEN KÖNNEN:.....	20
FAKTOREN, DIE ZUR BEURTEILUNG DER RISIKEN, DIE MIT DEN IM RAHMEN DES PROGRAMMS BEGEBENEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN VERBUNDEN SIND, WESENTLICH SIND:.....	27
ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS.....	40
ÜBERBLICK ÜBER PFANDBRIEFE UND KOMMUNALSCHULDVERSCHREIBUNGEN (ÖFFENTLICHE PFANDBRIEFE).....	48
EMISSIONSBEDINGUNGEN	51
ALLGEMEINE EMISSIONSBEDINGUNGEN.....	52
ERGÄNZENDE EMISSIONSBEDINGUNGEN FÜR INDEX-, AKTIEN-, FONDS-, WAREN-, WÄHRUNGS- UND ZINSSATZBEZOGENE SCHULDVERSCHREIBUNGEN.....	62
MUSTER KONDITIONENBLATT DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN.....	69
ERSTE GROUP BANK AG	77
EINLEITUNG.....	77
HINTERGRUND	77
GRUNDKAPITAL DER ERSTE GROUP BANK	78
GESCHÄFTSÜBERBLICK	78
STRATEGIE.....	78
BEZIEHUNGEN MIT DEN ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN	80
HAFTUNGSVERBUND.....	80
DIE GESCHÄFTSSEGMENTE DER ERSTE GROUP	83
GROUP CORPORATE & INVESTMENT BANKING.....	90
REGULATORISCHE THEMEN.....	92
AKTUELLE ENTWICKLUNGEN	93

ORGANE DER ERSTE GROUP BANK	95
VORSTAND	95
AUF SICHTSRAT	97
AKTIONÄRE DER ERSTE GROUP BANK	101
HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN	102
RECHTSSTREITIGKEITEN	106
WESENTLICHE VERTRÄGE	107
BESTEUERUNG	108
ÖSTERREICH	108
DEUTSCHLAND	111
LUXEMBURG	117
ANGEBOT UND ZEICHNUNG	119
VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	121
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	122
UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS	125
GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	126

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Dieser Prospekt enthält unter der Rubrik "Zusammenfassung des Prospekts", "Risikofaktoren" und an weiteren Stellen Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen sind oder als solche gedeutet werden können. In manchen Fällen können diese zukunftsgerichteten Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", "fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Diese Ziele meinen Ziele, die die Emittentin zu erreichen beabsichtigt, stellen jedoch keine Vorhersagen dar.

Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über die Absichten, Ansichten oder derzeitigen Erwartungen der Emittentin, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, der Ausblick, das Wachstum, die Strategien und die Dividendenpolitik sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Emittentin tätig ist, betreffen. Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wertentwicklung. Potentielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Viele Faktoren können dafür verantwortlich sein, dass sich die tatsächlichen Erträge, die Wertentwicklung oder die Erfolge der Emittentin wesentlich von künftigen Erträgen, Wertentwicklungen oder Erfolgen, die durch solche zukunftsgerichteten Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden, unterscheiden. Manche dieser Faktoren werden unter "Risikofaktoren" genauer beschrieben.

Sollte ein Risiko oder sollten mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen. Die Emittentin beabsichtigt keine Aktualisierung der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen nach dem Ende des Angebots.

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE

Dieser Prospekt ist in Verbindung mit den endgültigen Bedingungen zu allen Schuldverschreibungen, die zum Zeitpunkt dieses Prospektes unter dem Programm angeboten werden und die bei der zuständigen Behörde hinterlegt wurden, sowie den folgenden Abschnitten der nachstehend bezeichneten Dokumente zu lesen, die bereits veröffentlicht wurden oder gleichzeitig mit diesem Prospekt veröffentlicht werden und die durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind und einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes bilden:

Dokument/Überschrift	Seite des jeweiligen Dokuments
Prospekt vom 29.10.2009	
Emissionsbedingungen	45 – 61
Muster Konditionenblatt der Schuldverschreibungen	62 - 68
Prospekt vom 14.7.2010	
Emissionsbedingungen	51 – 69
Muster Konditionenblatt der Schuldverschreibungen	70 - 76
Prospekt vom 14.7.2011	
Emissionsbedingungen	48 – 65
Muster Konditionenblatt der Schuldverschreibungen	66 - 73
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2010 geendet hat – Jahresabschluss 2010 (dem Geschäftsbericht entnommen)	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	84 - 85
Konsolidierte Bilanz	86
Konsolidierte Kapitalveränderungsrechnung	87 – 88
Geldflussrechnung	89
Anhang zum konsolidierten Jahresabschluss	90 – 193
Bericht der Abschlussprüfer	194 – 195
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2011 geendet hat – Jahresabschluss 2011 (dem Geschäftsbericht entnommen)	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	86 - 87
Konsolidierte Bilanz	88
Konsolidierte Kapitalveränderungsrechnung	89 – 90
Geldflussrechnung	91
Anhang zum konsolidierten Jahresabschluss	92 – 210
Bericht der Abschlussprüfer	211 – 212

Ungeprüfter konsolidierter Bericht der Emittentin für das erste Quartal, das am 31.3.2012 geendet hat – Quartalsbericht 2012

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	10 - 12
Konsolidierte Bilanz	13
Konsolidierte Kapitalveränderungsrechnung	14
Geldflussrechnung	15
Anhang zum Quartalsbericht	15 - 45

Der Klarheit halber wird darauf hingewiesen, dass die Teile des Jahresabschlusses 2010 und 2011, des Quartalsberichts 2012 und der Prospekte vom 29.10.2009, vom 14.07.2010 und vom 14.07.2011, die nicht ausdrücklich in den Tabellen oben angeführt sind, nicht durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind. Diese nicht durch Verweis in den Prospekt einbezogenen Informationen, sind entweder für die Anleger nicht relevant oder bereits an anderer Stelle im Prospekt enthalten.

Jene Teile der oben angeführten Dokumente, die ausdrücklich angeführt sind, werden durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen und bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes, mit der Einschränkung, dass Aussagen in solchen Dokumenten für die Zwecke dieses Prospekts angepasst oder ersetzt werden, soweit eine Aussage in diesem Prospekt eine solche frühere Aussage entweder ausdrücklich oder schlüssig anpasst oder ersetzt. Jede auf diese Art angepasste oder ersetzte Aussage gilt nur in dem Maße, in dem sie angepasst oder ersetzt wurde, als Teil dieses Prospektes.

Der Prospekt, etwaige Nachträge und die Konditionenblätter für Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt emittiert werden, werden in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter "www.erstegroup.com" veröffentlicht. Papierversionen des Prospekts, etwaiger Nachträge, der Konditionenblätter und der durch Verweis in diesem Prospekt einbezogene Dokumente sind am Sitz der Emittentin zu den üblichen Geschäftszeiten unentgeltlich erhältlich.

Sofern die Schuldverschreibungen entsprechend den in den Konditionenblättern enthaltenen Vorgaben an einer anderen als der Wiener Börse zugelassen werden, werden der Prospekt, etwaige Nachträge und die Konditionenblätter für Schuldverschreibungen nach den an dieser Börse geltenden Regelungen auf der Website der Börse veröffentlicht, sofern die Regelungen dieser Börse eine solche Veröffentlichungspflicht vorsehen.

Die durch Verweis in diesem Prospekt einbezogenen Dokumente sind auch auf der Website der Emittentin unter "www.erstegroup.com" erhältlich.

NACHTRÄGE ZUM PROSPEKT

Die Emittentin ist gemäß den Bestimmungen der EU-Prospekt-Richtlinie und der diese entsprechend umsetzenden österreichischen Vorschriften dazu verpflichtet, einen Nachtrag zu diesem Prospekt zu erstellen oder einen diesen Prospekt ersetzenden Prospekt zu veröffentlichen, der für spätere Emissionen von Schuldverschreibungen Anwendung finden soll, und der FMA und dem Börseunternehmen, das die Märkte betreibt, an denen die Schuldverschreibungen notieren, die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Kopien des Nachtrags oder des ersetzenden Prospekts zukommen zu lassen, falls während der Laufzeit des Programms ein wichtiger neuer Umstand, eine wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten, zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, wenn diese früher eintritt, der Aufnahme des Handels an einem geregelten Markt, auftreten bzw. festgestellt werden.

INFORMATIONSQLLEN

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzkennzahlen und statistischen Daten zum Geschäft der Emittentin wurden, soweit nicht anders angegeben, dem geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2011 und dem ungeprüften konsolidierten Quartalsbericht 2012 entnommen, die durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind und einen integrierenden Bestandteil dieses Prospekts bilden. Die Emittentin erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass diese Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Weiters wurden bestimmte statistische Angaben und weitere Informationen in diesem Prospekt aus Berichten und anderen Dokumenten der nachstehend genannten statistischen Büros und/oder Nationalbanken in Ländern, in denen die Emittentin tätig ist, entnommen, die größtenteils auf den Internetseiten des tschechischen statistischen Büros ("www.cnb.cz"), des ungarischen statistischen Büros ("www.mnb.hu"), des rumänischen statistischen Büros bzw. der rumänischen Nationalbank ("www.brd.ro", "www.zf.ro" und "www.bnro.ro"), des serbischen statistischen Büros ("www.nbs.rs"), des ukrainischen statistischen Büros ("www.bank.gov.ua"), der tschechischen Nationalbank ("www.cnb.cz") und der österreichischen Nationalbank ("www.oenb.at") verfügbar sind. Die Emittentin erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass diese Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMS

Warnhinweise: Dies ist eine kurze, allgemeine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Prospekts. Sie sollte nur als Einleitung zum Prospekt verstanden werden und ersetzt nicht die Lektüre des gesamten Prospekts. Jeder Anleger sollte seine Entscheidung zur Veranlagung in die Schuldverschreibungen auf die Prüfung des gesamten Prospekts einschließlich der durch Verweis einbezogenen Dokumente stützen. Die Anleger sollten alle im Prospekt dargestellten Informationen und Risikofaktoren gründlich abwägen.

Für den Fall, dass vor Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Vertragsstaaten die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben. Diejenigen Personen, die die Zusammenfassung des Prospektes vorgelegt haben, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

Wörter und Ausdrücke, die in den Emissionsbedingungen und/oder dem Konditionenblatt definiert sind, haben in diesem Abschnitt dieselbe Bedeutung, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Die Schuldverschreibungen

Stückelung der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen haben entweder keine festgelegte Stückelung (Stücknotiz) oder werden in von der Emittentin in den Endgültigen Konditionen bestimmten Stückelungen begeben.

Laufzeiten

Die Schuldverschreibungen weisen keine Mindestlaufzeit auf, ausgenommen dass nachrangiges Kapital eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren aufweist.

Form der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Jede Serie von Schuldverschreibungen ist durch eine oder mehrere auf den Inhaber lautende Sammelurkunde(n) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin trägt.

Jede Sammelurkunde wird so lange von der OeKB als Wertpapiersammelbank verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Wertpapiersammelbank und der anwendbaren Gesetze übertragen werden können.

Einzel- und Daueremissionen

Schuldverschreibungen können als Einzelemissionen, wobei die jeweiligen Schuldverschreibungen während einer bestimmten Zeichnungsfrist gezeichnet werden können, oder als Daueremissionen, bei denen Schuldverschreibungen im Ermessen der Emittentin grundsätzlich während der gesamten (oder einem Teil der) Laufzeit der jeweiligen Schuldverschreibungen zur Zeichnung zur Verfügung stehen, begeben werden.

Ausgabekurs

Die Schuldverschreibungen können zu ihrem Nominale oder zuzüglich eines Agios oder abzüglich eines Disagios ausgegeben werden.

Der Ausgabekurs für Schuldverschreibungen, die als Daueremission begeben werden, wird für den Beginn ihrer Laufzeit in den Schuldverschreibungsbedingungen angegeben und danach fortlaufend von der Emittentin nach Maßgabe der zum jeweiligen Ausgabezeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen angepasst. Im Falle von Daueremissionen kann sich der Gesamtnennbetrag der ausstehenden Schuldverschreibungen von Zeit zu Zeit aufgrund der getätigten Zeichnungen erhöhen. Die Emittentin wird in diesem Fall am Ausgabetag die obere Grenze des Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen in den Schuldverschreibungsbedingungen angeben.

Verzinsung

Fixe Zinsen sind nachträglich an dem Tag oder den Tagen, die in den jeweiligen Schuldverschreibungsbedingungen angegeben sind, zahlbar. Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen werden gemäß den Bestimmungen der jeweiligen Schuldverschreibungsbedingungen verzinst. Nullkupon-Schuldverschreibungen können zu ihrem Nennbetrag oder abzüglich eines Disagios ausgegeben werden und werden nicht verzinst.

Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen

Zahlungen auf Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen werden durch Bezugnahme auf den entsprechenden Index, einen einzelnen Aktientitel (oder einen Korb solcher Titel), einen Fonds (oder einen Korb oder ein Portfolio von Fonds), eine Ware (oder einen Warenkorb), einen Währungskurs (oder einen Korb oder ein Portfolio von Währungskursen), einen Zinssatz (oder einen Korb oder ein Portfolio von Zinssätzen) (jeweils ein "**Basiswert**") und/oder eine in den anwendbaren Schuldverschreibungsbedingungen angegebene Formel berechnet.

Nachrangige Schuldverschreibungen

Nachrangige Schuldverschreibungen können in der Form von nachrangigem Kapital im Einklang mit den anwendbaren Bestimmungen des Bankwesengesetzes von 1993 in der jeweils geltenden Fassung (das "**Bankwesengesetz**") begeben werden.

Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, könnten unter gewissen Umständen zur Beteiligung an den Verlusten der Emittentin verpflichtet werden, entweder aufgrund von Vorschriften eines speziellen Abwicklungsverfahrens für Kreditinstitute, welches in Zukunft eingeführt werden könnte, und/oder aufgrund einer Regelung, die in den maßgeblichen Konditionenblättern der nachrangigen Schuldverschreibungen enthalten ist.

Pfandbriefe

Pfandbriefe sind Schuldverschreibungen, die durch ein Sondervermögen (Deckungsstock), das hauptsächlich aus erstrangigen Hypotheken besteht, besichert sind. Im Falle einer Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber von Pfandbriefen ein direktes Recht auf Befriedigung aus dem Deckungsstock, soweit dieser nicht an ein anderes Kreditinstitut übertragen wird.

Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe)

Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) sind durch ein Sondervermögen (Deckungsstock) besichert, das hauptsächlich aus Kreditforderungen gegen Gebietskörperschaften und staatliche Behörden des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz oder Forderungen, die von einer dieser Gebietskörperschaften oder staatliche

Behörden garantiert sind, bestehen. Im Falle der Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber von Kommunalschuldverschreibungen ein direktes Recht auf Befriedigung aus dem Deckungsstock, soweit dieser nicht an ein anderes Kreditinstitut übertragen wird.

Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden am Ende ihrer Laufzeit gemäß den Schuldverschreibungsbedingungen zurückgezahlt.

Eine vorzeitige Kündigung durch die Emittentin ist nur möglich, wenn dies im Konditionenblatt angegeben ist. Die Inhaber der Schuldverschreibungen können die Schuldverschreibungen vor Ende der Laufzeit nicht ordentlich kündigen.

Anleger sollten beachten, dass Inhaber von Schuldverschreibungen dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Inhaber von Schuldverschreibungen, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Inhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. In den Konditionenblättern von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben (Punkt 16(v) "Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht"). Dies soll es potentiellen Anlegern erleichtern, die jeweilige Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitiges Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die eine Veranlagung in variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen sind, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Schuldverschreibungen nicht zu.

Börsennotiz und Zulassung zum Handel

Die Zulassung des Programms zum Handel an den Österreichischen Märkten und/oder der Schuldverschreibungen am geregelten Markt der Bourse de Luxembourg und/oder an einem geregelten oder ungeregelten Markt der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergischen Wertpapierbörse) und die Börsennotiz der Schuldverschreibungen im Amtlichen Handel (*Official List*) der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) und/oder an der Frankfurter Börse kann beantragt werden. Unter dem Programm begebene Schuldverschreibungen können zum Handel an jedem anderen geregelten oder nicht geregelten Markt oder an jeder anderen Börse zum Handel zugelassen werden.

Anwendbares Recht

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Sachrecht unter Ausschluss seiner Verweisungsnormen.

Verwendung des Emissionserlöses

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Schuldverschreibungen werden von der Erste Group Bank zur Gewinnerzielung, für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse und, im Falle von nachrangigen Schuldverschreibungen, zur Stärkung ihrer Kapitalbasis verwendet.

Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Jedes der nachstehend beschriebenen Risiken könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Anleger und die Höhe der Kapital- und Zinszahlungen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen haben. Weiters könnte jedes der nachstehend beschriebenen Risiken den Marktpreis der Schuldverschreibungen und/oder die Rechte der Anleger gemäß den Schuldverschreibungen beeinträchtigen und die Anleger ihre Veranlagung in Folge zum Teil oder gänzlich verlieren. Zukünftige Anleger sollten bedenken, dass die nachfolgend dargestellten Risiken nicht die einzigen Risiken in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen sind. Es können weitere Risiken bestehen, die jeweils den Marktpreis der von den Anlegern gehaltenen Schuldverschreibungen beeinträchtigen können oder die den Anlegern bezahlten Beträge von Kapital- und Zinsen niedriger als erwartet ausfallen lassen können.

Die Schuldverschreibungen sind unter Umständen nicht für jeden Anleger eine geeignete Kapitalanlage

Die Entscheidung eines jeden potentiellen Anlegers, die Schuldverschreibungen zu zeichnen, sollte sich an den Lebens- und Einkommensverhältnissen, den Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingezahlten Kapitals orientieren. Die Anleger sollen sich darüber im Klaren sein, ob die Schuldverschreibungen ihre Bedürfnisse abdecken. Wenn Anleger die Schuldverschreibungen, die mit ihnen verbundenen Risiken oder ihre Ausstattung nicht verstehen oder das damit verbundene Risiko nicht abschätzen können, sollten sie fachkundige Beratung einholen und erst dann über die Veranlagung entscheiden.

Kreditrisiko

Für die Inhaber von Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass die Emittentin zum Teil oder zur Gänze nicht in der Lage ist, für die Schuldverschreibungen Zins- und/oder Rückzahlungen zu leisten

Credit Spread-Risiko

Anleger, die in die Schuldverschreibungen investieren, übernehmen das Risiko, dass sich der Credit Spread (d.h. der von der Emittentin an den Anleger zu zahlende Aufschlag für das Kreditrisiko) der Emittentin ändert.

Inflationsrisiko

Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern

Liquiditätsrisiko

Es besteht keine Sicherheit dafür, dass sich ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt oder, falls er sich entwickelt, dass er bestehen bleibt. In

einem illiquiden Markt ist ein Anleger unter Umständen nicht in der Lage, seine Schuldverschreibungen zu einem angemessenen Preis zu verkaufen.

Risiko der Aussetzung, Unterbrechung oder Beendigung des Handels mit den Schuldverschreibungen

Es besteht das Risiko, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen oder Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird.

Marktpreisrisiko

Die Inhaber der Schuldverschreibungen können bei jedem Verkauf von Schuldverschreibungen einem Marktpreisrisiko ausgesetzt sein. Der historische Preis von Schuldverschreibungen ist nicht als Indikator für künftige Preisentwicklungen der Schuldverschreibungen geeignet und sollte daher nicht dafür verwendet werden.

Risiko der vorzeitigen Rückzahlung

Falls die Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit getilgt werden, trägt der Inhaber dieser Schuldverschreibungen Risiken, wie etwa das Risiko, dass seine Anlage eine geringere Rendite erzielt als erwartet (Risiko der vorzeitigen Tilgung).

Wiederveranlagungsrisiko

Es besteht das Risiko, dass Schuldverschreibungsinhaber nicht in der Lage sind, Erträge aus den Schuldverschreibungen in Veranlagungsprodukte mit gleicher Rendite anzulegen.

Währungsrisiko

Inhaber von auf ausländische Währung lautenden Schuldverschreibungen tragen das Risiko von Wechselkursschwankungen, die die Rendite solcher Schuldverschreibungen negativ beeinflussen können. Anleger könnten weniger Zinsen oder Kapitalzahlungen als erwartet oder überhaupt keine Zinsen oder Kapitalzahlungen erhalten.

Fixverzinsliche Schuldverschreibungen

Inhaber von fixverzinsten Schuldverschreibungen sind dem Risiko einer Änderung des Marktpreises der Schuldverschreibungen aufgrund einer Änderung des Marktzinssatzes ausgesetzt.

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Inhaber von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen tragen das Risiko schwankender Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge. Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen können Multiplikatoren oder sonstige Hebel Faktoren, Ober- oder Untergrenzen (*Caps* oder *Floors*) oder eine Kombination solcher Merkmale oder von Merkmalen ähnlicher Art enthalten. Der Marktwert derart strukturierter variabel verzinslicher Schuldverschreibungen ist regelmäßig volatil als jener von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, die solche Merkmale nicht enthalten.

Fix und variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit fix und variabel verzinsten Perioden sind sowohl dem oben beschriebenen Risiko von fixverzinsten als auch dem oben beschriebenen Risiko von variabel verzinsten Schuldverschreibungen ausgesetzt.

Inverse/Reverse Floaters

Der Marktwert von Inverse/Reverse Floaters (umgekehrt variabel verzinslicher Schuldverschreibungen) ist volatil als der Marktwert konventionellerer variabel verzinslicher Schuldverschreibungen, die auf demselben Referenzzinssatz basieren.

Nullkupon-Schuldverschreibungen

Veränderungen in den Marktzinssätzen haben auf die Kurse von Nullkupon-Schuldverschreibungen einen wesentlich stärkeren Einfluss als auf die Kurse gewöhnlicher Schuldverschreibungen.

Strukturierte Schuldverschreibungen

Eine Anlage in Schuldverschreibungen, bei denen die Prämie und/oder die Zinsen und/oder der Rückzahlungsbetrag durch Bezugnahme auf einen oder mehrere Titel von Indices, Aktien, Fonds, Waren, Währungen oder Zinsen oder Formeln direkt oder invers bestimmt werden, kann beträchtliche Risiken beinhalten, die bei ähnlichen Anlagen in konventionelle Schuldtitel nicht auftreten. Zu diesen Risiken zählt das Risiko, dass Inhaber derartiger Schuldverschreibungen überhaupt keine Zinsen erhalten könnten oder dass der resultierende Zinssatz unter jenem liegt, der zur gleichen Zeit für einen konventionellen Schuldtitel zu zahlen wäre und/oder dass Inhaber derartiger Schuldverschreibungen den Kapitalbetrag der Schuldverschreibungen zur Gänze oder zu einem erheblichen Teil verlieren. Grundsätzlich erzeugen strukturierte Schuldverschreibungen einen bestimmten Cashflow. Die Schuldverschreibungsbedingungen bestimmen, unter welchen Voraussetzungen, zu welchen Terminen und in welcher Höhe Zinsen und/oder Tilgungsbeträge bezahlt werden/wird. Falls die vereinbarten Bedingungen nicht eintreten, können die tatsächlichen Cashflows von den erwarteten erheblich abweichen.

Risiken in Zusammenhang mit Obergrenzen (Caps)

Im Falle einer Obergrenze wird ein Inhaber einer Schuldverschreibung nicht in der Lage sein, über diese Obergrenze hinaus von einer günstigen Entwicklung der Schuldverschreibungen zu profitieren.

Indexbezogene Schuldverschreibungen

Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung und Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Tilgung tragen abhängig von der Wertentwicklung des Index das Risiko schwankender Zinssätze und/oder Kapitalwerte und erhalten unter bestimmten Umständen überhaupt keine Zinszahlungen und/oder keinen Tilgungsbetrag

Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen

Aktienbezogene Schuldverschreibungen sind mit ähnlichen Risiken wie eine direkte Anlage in Aktien behaftet.

Fondsbezogene Schuldverschreibungen sind mit ähnlichen Risiken wie eine direkte Anlage in Fonds behaftet. Besondere Überlegungen gelten für die Anlage in Schuldverschreibungen, die auf Hedgefonds bezogen sind: Eine Anlage in Schuldverschreibungen, die wirtschaftlich einen Hedgefonds darstellen, ist mit hohem Risiko behaftet. Daher sollte nur ein kleiner Teil der verfügbaren Mittel in derartige Schuldverschreibungen investiert werden, und es sollten nicht alle verfügbaren Mittel bzw. keine durch Kredit finanzierten Mittel in derartige Schuldverschreibungen investiert werden. Eine Anlage in solche Schuldverschreibungen wird Anlegern angeboten, die über besondere Kenntnisse im Bereich Kapitalanlagen verfügen. Anleger sollten sich nur dann für eine derartige Kapitalanlage entscheiden, wenn sie in der Lage sind, die mit derartigen Schuldverschreibungen verbundenen Risiken sorgfältig zu prüfen.

Zahlungen in Zusammenhang mit warenbezogenen Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Ware abhängig.

Zahlungen in Zusammenhang mit währungsbezogenen oder zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Währung bzw. Zinssätze abhängig.

Risiko möglicher Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen emittieren nicht nur Schuldverschreibungen, sondern verfügen daneben über weitere Geschäftsbereiche, die selbstständig mit Unternehmen in Geschäftsbeziehung stehen, die Teil jener Vermögenswerte sein können, die als Basiswerte der Schuldverschreibungen dienen (z.B. ein Index, einzelne Aktien oder Körbe). Es ist nicht auszuschließen, dass von diesen selbstständigen Geschäftsbereichen getroffene Entscheidungen auf einen den Schuldverschreibungen zugrundeliegenden Basiswert einen negativen Einfluss nehmen können.

Nachrangige Schuldverschreibungen

Die Verpflichtungen der Emittentin auf Grund von nachrangigen Schuldverschreibungen stellen unbesicherte, nachrangige Verpflichtungen dar, die allen Forderungen sämtlicher nicht nachrangiger Gläubiger der Emittentin im Rang nachgehen.

Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, könnten unter gewissen Umständen zur Beteiligung an den Verlusten der Emittentin verpflichtet werden, insbesondere aufgrund von Vorschriften eines speziellen Abwicklungsverfahrens für Kreditinstitute, welches in Zukunft eingeführt werden könnte.

Reverse Convertible Bonds (Aktien-, Waren-, Währungs-, oder Fondsbezogene Schuldverschreibungen)

Anleger, die in Reverse Convertible Bonds (Aktien-, Waren-, Währungs-, oder Fondsbezogene Schuldverschreibungen) investieren, sind den Schwankungen des Marktpreises der Schuldverschreibungen und des Basiswerts ausgesetzt und tragen außerdem alle mit einer direkten Veranlagung in den Basiswert verbundenen Risiken.

Rating der Schuldverschreibungen

Die Ratings der Schuldverschreibungen, sofern solche vorhanden sind, sind nicht unbedingt ein adäquater Maßstab für sämtliche mit einer Anlage in solche Schuldverschreibungen verbundenen Risiken und können ausgesetzt, herabgestuft und zurückgezogen werden.

Kauf auf Kredit - Fremdfinanzierung

Wird von einem Anleger zur Finanzierung des Erwerbs der Schuldverschreibungen ein Kredit oder Darlehen verwendet und geraten die Schuldverschreibungen danach in Verzug oder sinkt ihr Kurs deutlich, kann der Anleger nicht nur einen möglichen Verlust seiner Kapitalanlage erleiden, sondern wird auch die Kreditrückzahlung und die dafür anfallenden Zinszahlungen zu leisten haben.

Einfluss von Nebenkosten

Mit dem Kauf und dem Verkauf von Schuldverschreibungen verbundene Nebenkosten können das Ertragspotenzial der Schuldverschreibungen wesentlich und bis auf Null reduzieren.

Clearingrisiko

Investoren müssen sich auf die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Clearingsystems verlassen.

Besteuerung

Potenzielle Anleger sollten sich hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen, die von der allgemeinen Beschreibung der steuerlichen Auswirkung auf Anleger abweichen kann, an ihren Steuerberater wenden.

Anwendbares Recht und Änderung des anwendbaren Rechts oder der Steuergesetzgebung

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen, regulatorischen Richtlinien oder der Steuergesetzgebung können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleger haben.

Bestellung eines Kurators

Gemäß dem österreichischen Kuratorengesetz kann von einem österreichischen Gericht ein Kurator bestellt werden, der die kollektiven Rechte der Inhaber von Schuldverschreibungen ausübt und deren Interessen vertritt, was zu einem Interessenskonflikt mit einzelnen oder allen Inhabern von Schuldverschreibungen führen oder auf deren Interessen auf sonstige Weise negative Auswirkungen haben kann.

Geschäftstätigkeit der Erste Group Bank

Das Spitzeninstitut der Erste Group, die Erste Group Bank AG ("**Erste Group Bank**"), ist Österreichs älteste Sparkasse. In ihrem erweiterten Heimmarkt, der Österreich und angrenzende Länder Zentral- und Osteuropas – insbesondere die Tschechische Republik, Rumänien, die Slowakische Republik, Ungarn, Kroatien, Serbien und die Ukraine – umfasst, ist die Erste Group eine führende Bankengruppe im Retail-Geschäft. Zum 31.12.2011 hatte die Erste Group rund 17 Millionen Kunden. Die Erste Group umfasst auch österreichische Sparkassen, an denen die Erste Group Bank eine Minderheitsbeteiligung oder überhaupt keine Anteile hält, deren Ergebnisse aber aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Haftungsverbund gemäß IFRS mit jenen der Erste Group konsolidiert werden.

Mit einer Bilanzsumme von EUR 210 Mrd auf konsolidierter - die Sparkassen aus dem Haftungsverbund einschließender - Basis zum 31.12.2011 ist die Erste Group eine der größten Bankengruppen in Österreich. Die Erste Group bietet ein komplettes Angebot an Bank- und Finanzdienstleistungen einschließlich Einlagengeschäft, Kreditgeschäft, Hypothekarkreditgeschäft, Investment Banking, Wertpapierhandel und Derivatgeschäft (auf eigene und fremde Rechnung), Portfoliomanagement, Projektfinanzierung, Außenhandelsfinanzierung, Unternehmensfinanzierung, Kapital- und Geldmarktdienstleistungen, Devisen- und Valutenhandel, Leasing und Factoring an.

Zum 31.12.2011 beschäftigte die Erste Group mit einem Netzwerk von rund 3.200 Filialen weltweit 50.452 Mitarbeiter. Die Erste Group hat einen besonderen Fokus auf ihren erweiterten Heimmarkt in Zentral- und Osteuropa und Niederlassungen in den wichtigsten internationalen Finanzzentren wie New York, London und Hongkong.

Die Erste Group Bank AG ist als Aktiengesellschaft im Firmenbuch beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane der Erste Group Bank umfassen derzeit fünf Mitglieder des Vorstands und 15 Mitglieder des Aufsichtsrats einschließlich fünf Vertretern des Betriebsrats. Die fünf Vertreter der Finanzmarktaufsichtsbehörde ("**FMA**") umfassen den Staatskommissär, den Regierungskommissär für fundierte Bankschuldverschreibungen,

Treuhänder für Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) gemäß Hypothekendarlehenbankgesetz und deren jeweilige Stellvertreter.

Grundkapital

Das Grundkapital der Erste Group Bank belief sich per 31.12.2011 auf EUR 782 Millionen und war aufgeteilt in 390.767.262 stimmberechtigte Stamm-Stückaktien. Aufgrund jüngst erfolgter Übernahmen stieg die Gesamtzahl der Aktien der Erste Group Bank von 390.767.262 auf 394.568.647 und das Grundkapital auf EUR 789.137.294 zum 28.2.2012.

Die Aktien der Erste Group Bank sind an der Wiener Börse (Amtlicher Handel), der Prager Börse und der Bukarester Börse gelistet und zum Handel zugelassen.

Im Jahr 2009 emittierte die Erste Group Bank Partizipationskapital in einem Gesamtnominale von EUR 1,76 Mrd; davon wurde ein Volumen von EUR 1,224 Mrd von der Republik Österreich gezeichnet; EUR 540 Mio wurden bei privaten und institutionellen Anlegern platziert.

Zum 31.3.2012 waren die größten Einzelaktionäre der Erste Group Bank DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung (24,8%) und die CaixaBank, S.A. (9,7%). Der Streubesitz (von dem die Sparkassen gemeinsam 4,4% und die Mitarbeiter der Erste Group 2,1% halten) belief sich auf 65,6%.

Finanzinformationen

Die nachstehenden Finanzinformationen stammen aus den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen für die Jahre 2011 und 2010.

	2011	2010
	<u>angepasst*</u>	
	<u>€ Mrd (gerundet)</u>	
Summe der Aktiva	210,0	205,8
Zinsüberschuss	5,6	5,4
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-0,3	1,3
Jahresgewinn/-verlust	-0,6	1,0
Jahresgewinn/-verlust zuzurechnen den		
nicht beherrschenden Anteilen	0,2	0,2
Eigentümern des Mutterunternehmens	-0,7	0,9

*) Aufgrund der Volatilitäten auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat das Management der Erste Group das ausstehende Portfolio an Credit Default Swaps (CDS), die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung der Erste Group analysiert. Basierend auf dieser Analyse hat die Erste Group die Rechnungslegung für diese Instrumente, die in vergangenen Perioden als Finanzgarantien ausgewiesen wurden, rückwirkend angepasst; diese Instrumente werden nunmehr als Finanzinstrumente erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und bewertet. Bis zum Jahresende 2011 wurde das ausstehende Nominale der Credit Default Swaps, die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, auf einen Nominalbetrag von EUR 57 Millionen reduziert. Die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der IT-Tools innerhalb der Erste Group hat zu einer rückwirkenden Anpassung der früheren Berechnungen der Effektivzinssätze (EIR) für Darlehen und Vorauszahlungen an Kunden geführt.

Weiters hat die Emittentin ihren ungeprüften konsolidierten Bericht für das erste Quartal, das am 31.3.2012 geendet hat, veröffentlicht, der in diesen Prospekt durch Verweis einbezogen ist.

Risikofaktoren in Zusammenhang mit der Emittentin

Die Emittentin kann insbesondere den folgenden Risiken ausgesetzt sein, die vor einer Veranlagungsentscheidung, zusammen mit sonstigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen, gewissenhaft abgewogen werden sollten. Zukünftige Anleger sollten zur Kenntnis nehmen, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht alle die Emittentin betreffenden Risiken umfassen. Die Emittentin beschreibt in diesem Abschnitt nur die in Zusammenhang mit der Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin und ihren Zukunftsaussichten derzeit für sie erkennbaren und von ihr als wesentlich erachteten Risiken. Zusätzliche, für die Emittentin derzeit nicht erkennbare oder von dieser nicht als wesentlich eingestufte Risiken können jedenfalls bestehen und jedes dieser Risiken kann Auswirkungen auf ihre Finanz- und Ertragslage haben.

- Die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die gegenwärtige Staatsschuldenkrise hatten in der Vergangenheit und werden voraussichtlich auch in Zukunft wesentliche negative Auswirkungen auf die Erste Group und ihre Märkte haben.
- Als Folge der jüngsten Finanzkrise und des durch die europäische Staatsschuldenkrise verursachten Wirtschaftsabschwungs beobachtet die Erste Group eine Verschlechterung der Kreditqualität.
- Marktrisiken können eine Wertminderung der Vermögenswerte der Emittentin zur Folge haben und ihre Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen (Marktrisiko).
- Die Emittentin und die Mitglieder der Erste Group sind einem erheblichen Gegenparteausfalls- und Kreditrisiko ausgesetzt. Die Entwicklung der operativen Performance der Emittentin und der Erste Group, der Kreditausfallsraten, Abschreibungen und Wertberichtigungen können deren Ergebnisentwicklung negativ beeinflussen (Kreditrisiko).
- Zinsschwankungen können das operative Ergebnis der Emittentin und der Erste Group negativ beeinflussen.
- Da ein großer Teil der Aktivitäten, Vermögenswerte und Kunden der Emittentin und der Erste Group auf Länder in Zentral- und Osteuropa, die nicht der Eurozone angehören, konzentriert sind, ist die Emittentin Währungsrisiken ausgesetzt.
- Die Emittentin und die Mitglieder der Erste Group unterliegen einem Liquiditätsrisiko.
- Die Tochtergesellschaften der Emittentin in Zentral- und Osteuropa unterliegen den im Zusammenhang mit den jeweiligen Ländern bestehenden erhöhten politischen und wirtschaftlichen Risiken.
- Es könnte sich für die Emittentin als schwierig erweisen, weitere Übernahmen durchzuführen bzw. neue Übernahmekandidaten zu finden. Bei zukünftigen Übernahmen könnten versteckte Belastungen bestehen, was eine Integration in die Erste Group erschweren könnte.
- Änderungen bestehender oder neue Gesetze und/oder Verordnungen in den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, können erhebliche negative Auswirkungen auf ihr operatives Ergebnis haben.
- Es besteht ein Risiko einer verschärften Regulierung und eines stärkeren Einflusses des öffentlichen Sektors.
- Die Erste Group ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Mitarbeitern oder Systemen (insbesondere IT-

Systemen) oder aus externen, absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten Ereignissen ergeben (operatives Risiko).

- In den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, ist der Konkurrenzkampf hart und kann sich in Zukunft noch wesentlich verschärfen.
- Es besteht das Risiko, dass eine Ratingagentur das Rating der Emittentin aussetzen, herabstufen oder zurückziehen kann, wobei eine derartige Maßnahme den Marktwert und den Kurs der Schuldverschreibungen erheblich negativ beeinflussen könnte.

RISIKOFAKTOREN

Potenzielle Investoren sollten sich vor einer Anlageentscheidung im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen sorgfältig mit den in diesem Abschnitt beschriebenen Risikofaktoren und sonstigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen vertraut machen. Jeder der in diesem Abschnitt behandelten Risikofaktoren kann erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin und der Erste Group und deren Zukunftsaussichten haben, die wiederum erhebliche negative Auswirkungen auf Kapital- und Zinszahlungen an die Anleger im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen haben können. Darüber hinaus kann sich jeder der nachstehend beschriebenen Risikofaktoren negativ auf den Kurswert der Schuldverschreibungen oder die Rechte der Anleger unter den Schuldverschreibungen auswirken, wodurch für die Anleger ein Teil- oder Totalverlust ihrer Anlage eintreten kann.

Potenzielle Investoren sollten zur Kenntnis nehmen, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht alle die Emittentin und/oder die Erste Group betreffenden Risiken umfassen. Die Emittentin beschreibt in diesem Abschnitt nur die im Zusammenhang mit der Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin und der Erste Group und deren Zukunftsaussichten derzeit für sie erkennbaren und von ihr als wesentlich erachteten Risiken. Zusätzliche, für die Emittentin derzeit nicht erkennbare oder von dieser nicht als wesentlich eingestufte Risiken können durchaus bestehen und jedes dieser Risiken kann die oben beschriebenen Auswirkungen haben.

Bevor die Entscheidung, in Schuldverschreibungen zu investieren, gefällt wird, sollte ein zukünftiger Investor eine gründliche eigene Analyse durchführen, insbesondere eine eigene Finanz-, Rechts- und Steueranalyse, da die Beurteilung der Eignung eines Investments in Schuldverschreibungen für den potentiellen Investor sowohl von seiner entsprechenden Finanz- und Allgemeinsituation wie auch von den besonderen Bedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen abhängt. Bei mangelnder Erfahrung in Bezug auf Finanz-, Geschäfts- und Investmentfragen, die es nicht erlauben, solch eine Entscheidung zu fällen, sollte der Investor fachmännischen Rat bei seinem Finanzberater einholen, bevor eine Entscheidung hinsichtlich der Eignung eines Investments in die Schuldverschreibungen gefasst wird.

Falls in diesem Kapitel nicht anders angeführt, beziehen sich alle Bezugnahmen auf die Emittentin auch auf andere Unternehmen der Erste Group sowie die Erste Group als Gesamtes.

Faktoren, die die Fähigkeit der Emittentin zur Bedienung der Zahlungsverpflichtungen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen, die unter diesem Programm begeben wurden, negativ beeinflussen können:

Die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die gegenwärtige Staatsschuldenkrise hatten in der Vergangenheit und werden voraussichtlich auch in Zukunft wesentliche negative Auswirkungen auf die Erste Group und ihre Märkte haben

Die extreme Volatilität und der Einbruch der globalen Kapital- und Kreditmärkte, die von Mitte 2007 bis in das erste Halbjahr 2009 zu verzeichnen waren, hatten wesentliche negative Auswirkungen auf den internationalen Bankensektor. Die Verfügbarkeit von Privatkapital verknappte sich sowohl für Finanzinstitute als auch deren Kunden, was zahlreiche Finanzinstitute dazu zwang, sich zur Beschaffung der erforderlichen Liquidität an Regierungen und Zentralbanken zu wenden. Der Vertrauensmangel auf den internationalen Finanzmärkten und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen hatten auf das Geschäft und die Betriebsergebnisse der Erste Group negative Auswirkungen und werden sich auf ihre Finanzlage voraussichtlich auch in Zukunft negativ auswirken, da die Erste Group unter anderem mit einer Zunahme von Zahlungsausfällen rechnen muss.

Die Banken sind darüber hinaus mit den von der europäischen Staatsschuldenkrise verursachten Turbulenzen konfrontiert, die im ersten Halbjahr 2010 einsetzten, gegenwärtig andauern und sich sogar noch verstärken könnten. Das neuerliche Aufflackern der europäischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2011 könnte Marktteilnehmer – insbesondere Banken und andere Finanzinstitute – zu weiteren Wertberichtigungen und Abschreibungen europäischer Staatsschulden veranlassen. Dies könnte die Finanzlage dieser Marktteilnehmer negativ beeinflussen und damit Marktstörungen, Volatilitäten, Kreditverknappung, Verstaatlichungen und, im schlimmsten Fall, Insolvenzen nach sich ziehen. Staaten könnten unwillig oder unfähig sein, in Schwierigkeiten befindliche systemrelevante Banken zu retten, was zu schweren Marktverwerfungen und zum Zusammenbruch weiterer Marktteilnehmer führen könnte. Dies könnte insgesamt wesentliche negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben und damit auch das Geschäft und die Betriebsergebnisse der Erste Group ernsthaft in Mitleidenschaft ziehen, aber auch unerwartete Währungsschwankungen auslösen. Es ist zu erwarten, dass sich die derzeit schwierigen Bedingungen auf den internationalen Finanzmärkten und das wirtschaftliche Umfeld in den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, in naher Zukunft nicht deutlich verbessern werden.

Unter diesen Gegebenheiten ist zu erwarten, dass für die Erste Group erhebliche negative Auswirkungen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Kapitalaufnahme sowie ihrer Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage entstehen könnten. Dies könnte die Fähigkeit der Emittentin zur Bedienung der im Prospekt beschriebenen Schuldverschreibungen beeinträchtigen und potenziell negative Auswirkungen auf den Marktwert dieser Schuldverschreibungen haben.

Als Folge der jüngsten Finanzkrise und des durch die europäische Staatsschuldenkrise verursachten Wirtschaftsabschwungs beobachtet die Erste Group eine Verschlechterung der Kreditqualität

Als Folge der durch die gegenwärtige Staatsschuldenkrise verursachten jüngsten Finanzkrise und des Wirtschaftsabschwungs hatten der Rückgang der Konsumausgaben, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Wertminderung privater und kommerzieller Vermögenswerte in bestimmten Regionen in der Vergangenheit negative Auswirkungen auf die Kreditqualität und werden dies vermutlich auch in Zukunft haben. Die Erste Group ist dem Kreditrisiko ausgesetzt, wenn Kreditnehmer nicht in der Lage sind, ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die beigestellten Sicherheiten ungenügend sind oder an Wert verlieren. Außerdem lautet ein erheblicher Anteil der von der Erste Group an Kunden außerhalb der Eurozone vergebenen Kredite auf eine Fremdwährung (d.h. nicht auf EUR). Daher sind die Erste Group und ihre Kunden Fremdwährungsrisiken ausgesetzt, die ihr Geschäft und ihre Betriebsergebnisse negativ beeinflussen können. Wegen der durch die aktuelle Staatsschuldenkrise verursachten Währungsschwankungen sind die Kosten von Fremdwährungskrediten erheblich gestiegen, was die Kredite für die Schuldner verteuert. Damit haben sich die Risikokosten der Erste Group für faule Kredite deutlich erhöht und haben die Finanzlage und die Betriebsergebnisse der Erste Group bereits negativ beeinflusst. Angesichts der Unsicherheit bezüglich der Dynamik und des Ausmaßes des Konjunkturabschwungs ist unmöglich abzuschätzen, wie weit sich die Kreditqualität verschlechtern und die faulen Kredite zunehmen werden. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen wird sich die Verschlechterung der Kreditqualität vermutlich weiter fortsetzen und sich vor dem Hintergrund der aktuellen Staatsschuldenkrise sogar noch verschärfen.

Unvorhersehbare politische Entwicklungen (wie z.B. die erzwungene Umwandlung von Fremdwährungskrediten zu für die Kreditgeber ungünstigen Wechselkursen) oder Liquiditätseingüsse in den Volkswirtschaften der CEE-Länder könnten auch zu Kreditabschreibungen führen, die die vom Management der Erste Group prognostizierten Maximalverluste überschreiten könnten.

Alle genannten Faktoren hatten bisher und werden auch in zukünftigen Perioden erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage der Erste Group haben.

Marktrisiken können eine Wertminderung der Vermögenswerte der Emittentin zur Folge haben und ihre Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen (Marktrisiko)

Schwankungen auf den Anleihenmärkten (z.B. Zinssatzänderungen) und auf den Aktienmärkten (z.B. Aktienkurse) sowie Änderungen von Wechselkursen oder Warenpreisen können den Marktwert und die Liquidität der Vermögenswerte der Erste Group Bank und der Erste Group beeinflussen. Kursänderungen, die auf eine Ausweitung der Emittentenspezifischen Credit Spreads zurückzuführen sind, obwohl das Rating nicht verändert wurde (Credit Spread-Risiko), gelten ebenfalls als Marktrisiko. Der Wert des Immobilienbesitzes der Emittentin und der Erste Group unterliegt ebenfalls den Preisschwankungen am Immobilienmarkt. Derartige Entwicklungen können sich auch auf die im Investment Banking-Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge negativ auswirken und könnten ihre Finanz- und Ertragslage und folglich ihre Fähigkeit zur Bedienung der Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen beeinträchtigen.

Die Emittentin und die Mitglieder der Erste Group sind einem erheblichen Gegenparteiausfalls- und Kreditrisiko ausgesetzt. Die Entwicklung der operativen Performance der Emittentin und der Erste Group, die Kreditausfallsraten, Abschreibungen und Wertberichtigungen können deren Ergebnisentwicklung negativ beeinflussen (Kreditrisiko)

Das Kreditrisiko beinhaltet Nichtzahlungsrisiken, Länderrisiken und Ausfallsrisiken. Jede Verschlechterung der Bonität einer Gegenpartei kann zu einer Erhöhung des Kreditrisikos führen. Eine geringere Bonität einer Gegenpartei bedeutet in Zusammenhang mit einem Geschäftsfall ein höheres Nichtzahlungsrisiko. Des Weiteren ist es möglich, dass von der Gegenpartei zur Abdeckung des Kreditrisikos begebene Wertpapiere nicht ausreichen werden, um den Ausfall von Zahlungen auszugleichen, falls sich z.B. der Kurs dieser Wertpapiere verschlechtert.

Die Emittentin und die Erste Group sind einer Reihe von Gegenpartei- und Kreditrisiken ausgesetzt. Dritte, die der Emittentin oder den Mitgliedern der Erste Group Geld, Wertpapiere oder andere Vermögenswerte schulden, sind unter Umständen aufgrund von Insolvenz, Liquiditätsmangel, wirtschaftlichen Abschwüngen oder Wertverlusten von Immobilien, Betriebsausfällen oder sonstigen Gründen nicht in der Lage, ihren Zahlungs- oder sonstigen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Performanceentwicklung und der Umfang von Kreditausfällen oder Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Seiten der Emittentin und der Erste Group haben unter Umständen negative Auswirkungen auf deren Ergebnisse und können zu einem die operative Tätigkeit einschränkenden Anstieg der Kapitalerfordernisse führen, und folglich die Fähigkeit der Emittentin zur Bedienung der Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und deren Kurswert beeinträchtigen.

Zinsschwankungen können das operative Ergebnis der Emittentin und der Erste Group negativ beeinflussen

Änderungen des Zinsniveaus (einschließlich Änderungen der Differenz zwischen dem Niveau kurz- und langfristiger Zinsen) können das operative Ergebnis und die Refinanzierungskosten

der Emittentin und der Erste Group negativ beeinflussen.

Da ein großer Teil der Aktivitäten, Vermögenswerte und Kunden der Emittentin und der Erste Group auf Länder in Zentral- und Osteuropa, die nicht der Eurozone angehören, konzentriert sind, ist die Emittentin Währungsrisiken ausgesetzt

Ein großer Teil der Aktivitäten, Vermögenswerte und Kunden der Emittentin und der Erste Group konzentriert sich auf Länder in Zentral- und Osteuropa, die nicht der Eurozone (wie hier definiert) angehören, und Finanztransaktionen in anderen Währungen als Euro unterliegen Fremdwährungsrisiken, die bedeutende negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Ertrags- und Finanzlage und die Zukunftsaussichten der Emittentin und der Erste Group und, in Folge, bedeutende negative Auswirkungen auf Kapital- und Zinszahlungen an die Anleger im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen haben können.

Die Emittentin und die Mitglieder der Erste Group unterliegen einem Liquiditätsrisiko

Die Emittentin und die Mitglieder der Erste Group unterliegen Liquiditätsrisiken, die im Fall einer Inkongruenz von Verpflichtungen und Vermögenswerten schlagend werden könnten. Eine mangelnde Beherrschung derartiger Risiken kann die Fähigkeit der Emittentin zur Bedienung der Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen, die unter diesem Programm begeben werden, beeinträchtigen.

Die Tochtergesellschaften der Emittentin in Zentral- und Osteuropa (CEE) unterliegen den im Zusammenhang mit den jeweiligen Ländern bestehenden erhöhten politischen und wirtschaftlichen Risiken

Die Emittentin hat Tochtergesellschaften in einer Reihe von zentral- und osteuropäischen Ländern und erwirtschaftet einen großen Teil ihrer Erträge in dieser Region. Dadurch unterliegt die Erste Group in ihrer Geschäftstätigkeit den typischen Risiken, die für alle Regionen gelten, die sich in einem raschen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel befinden; dazu zählen unter anderem Währungsschwankungen, Devisenbeschränkungen, ein noch in Entwicklung befindliches regulatives Umfeld sowie die Gefahr von Inflation, wirtschaftlicher Rezession, lokalen Marktstörungen und Arbeitsunruhen. Das Eintreten eines oder mehrerer dieser Ereignisse kann den Zugang der in dem betreffenden Land oder der entsprechenden Region ansässigen Kunden und Gegenparteien der Emittentin zu Devisen und Krediten und in der Folge deren Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Emittentin beeinträchtigen.

Zwar gelang es vielen CEE-Ländern, in denen die Emittentin über ihre Tochtergesellschaften tätig ist (die Tschechische Republik, die Slowakei, Polen und Kroatien), die Finanzkrise ohne finanzielle Hilfe von Außen zu bewältigen, doch mussten manche Länder einen wirtschaftlichen Sanierungskurs einschlagen (Ungarn, Rumänien, Ukraine) und Korrekturmaßnahmen (einschließlich Strukturreformen) beschließen. Zur Verringerung des Drucks auf ihre Außenfinanzierung und zur Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichgewichte musste die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union (EU) in Anspruch genommen werden. In einigen Ländern erschwerte die Abwertung der Landeswährung den Kreditnehmern die Rückzahlung von Fremdwährungskrediten. In Schwierigkeiten geratene Kreditnehmer mussten in diesen Ländern die Hilfe ihrer Banken in Form von Kreditumschuldungen in Anspruch nehmen. Diese beinhalteten Laufzeitverlängerungen und eine Senkung der Ratenzahlungen über einen begrenzten Zeitraum (sämtliche in diesem Absatz enthaltenen Informationen basieren auf internem Research der Erste Group und sind nicht als Analysen zu verstehen). In Ungarn dürfen Kreditnehmer aufgrund geltenden Rechts ihre Fremdwährungskredite zu für sie günstigen und für die Erste Group ungünstigen Kursen in Forintkredite umwandeln.

Es bleibt abzuwarten, ob die CEE-Länder, in denen die Emittentin tätig ist, wieder bei supranationalen Institutionen um Unterstützung ansuchen und/oder sich umfangreichen

volkswirtschaftlichen Korrekturmaßnahmen unterziehen müssen.

Alle oben genannten Risiken könnten negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Erste Group und die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, haben.

Es könnte sich für die Emittentin als schwierig erweisen, weitere Übernahmen durchzuführen bzw. neue Übernahmekandidaten zu finden. Bei zukünftigen Übernahmen könnten versteckte Belastungen bestehen, was eine Integration in die Erste Group erschweren könnte

Im Rahmen der in Zentral- und Osteuropa verfolgten Strategie könnte sich die Emittentin dafür entscheiden, zur Fortsetzung des Wachstums der Erste Group weitere Übernahmen durchzuführen. Neben kartell- oder sonstigen rechtlichen Bedingungen, die derartige Übernahmen schwierig gestalten könnten, können bei jedem übernommenen Unternehmen unbekannte tatsächliche oder potenzielle Belastungen bestehen. Die Fähigkeit der Emittentin, ihr Geschäft durch selektive Übernahmen auszuweiten, wird unter anderem davon abhängen, ob sie geeignete Übernahmekandidaten oder Investitionschancen finden und die entsprechenden Transaktionen abschließen kann. Die Emittentin wird jedoch unter Umständen nicht imstande sein, ähnliche Wachstumsraten wie in der Vergangenheit zu erzielen. Außerdem kann sich die Integration übernommener Unternehmen schwierig gestalten, womit die Emittentin eventuell nicht die erwarteten Synergien oder sonstige erwartete Vorteile realisieren kann. Misserfolge dieser Art könnten das operative Ergebnis der Emittentin negativ beeinflussen.

Änderungen bestehender oder neue Gesetze und/oder Verordnungen und/oder von Bilanzierungs- oder aufsichtsrechtlichen Vorschriften in den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, können erhebliche negative Auswirkungen auf ihr operatives Ergebnis haben

Änderungen bestehender oder neuer Gesetze und/oder Verordnungen (z.B. neue Vorschriften für Bankeninsolvenzverfahren) und/oder Bilanzierungsvorschriften insbesondere hinsichtlich Finanzdienstleistungen, Wertpapierprodukten oder sonstigen von der Emittentin durchgeführten Transaktionen in den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, können wesentliche negative Auswirkungen auf die Erste Group haben. Neben Änderungen des wirtschaftlichen Umfelds können zudem auch die Umsetzung neuer Verordnungen, wie etwa jener über ein neues Rahmenwerk zur Eigenkapitalausstattung – bekannt unter der Bezeichnung Basel III – oder Änderungen der Bilanzierungsvorschriften bzw. deren Anwendung die Geschäftstätigkeit der Emittentin negativ beeinflussen, da die Umsetzung und Einhaltung derartiger Richtlinien Kosten verursachen kann, die derzeit nicht genau abschätzbar sind. Es wird allgemein erwartet, dass es zu einer wesentlich stärkeren staatlichen Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzindustrie kommen wird, was höhere Eigenkapitalanforderungen, strengere Offenlegungsstandards und Beschränkungen hinsichtlich bestimmter Arten von Transaktionsstrukturen beinhalten wird.

Die Umsetzung des endgültigen Basel-III-Rahmenwerks könnte die Erste Group zur Vorhaltung von mehr Liquidität zwingen (und damit die Liquiditätskosten erhöhen), die Zufuhr von zusätzlichem Kapital (oder qualitativ höherwertigem Kapital, was die Refinanzierungskosten erhöht) an Mitglieder der Erste Group erfordern, oder die Erste Group dazu zwingen, Transaktionen durchzuführen, die andernfalls nicht Teil der gegenwärtigen Konzernstrategie wären. Sie könnten die Erste Group auch daran hindern, bestehende Geschäftssegmente weiterzuführen, Art oder Umfang der Transaktionen, die die Erste Group durchführen kann, einschränken, die Zahlung von Dividenden durch Mitglieder der Erste Group an die Emittentin begrenzen oder Zinsen und Gebühren, die die Erste Group für Kredite und andere Finanzprodukte verrechnet, begrenzen oder diesbezüglich Änderungen erzwingen. Zusätzlich könnten für die Erste Group wesentlich höhere Compliance-Kosten und erhebliche Einschränkungen bei der Wahrnehmung von Geschäftschancen entstehen.

Angesichts des von der Staatsschuldenkrise in der Eurozone ausgelösten erheblichen Anstiegs des systemischen Risikos hat die Europäische Bankenaufsicht (EBA) Kapitalempfehlungen zusammengestellt, die unter Anerkennung der in der EU zur Stärkung der Kapitalausstattung bereits gesetzten wesentlichen Schritte die Schaffung eines weiteren Kapitalpuffers für das EU-Bankensystem zum Ziel hat. Banken, die von der EBA Kapitalempfehlung betroffen sind, sollen dadurch ihre Kapitalpositionen stärken, indem sie für die von ihnen gehaltenen Staatsanleihen entsprechend deren aktuellen Marktpreisen einen temporären Kapitalpuffer aufbauen. Zusätzlich sollen solche Banken (einschließlich der Emittentin) einen zusätzlichen Kapitalpuffer schaffen, sodass die Eigenkapitalquote gemäß EBA-Definition (Core Tier 1 Capital Ratio) bis Ende Juni 2012 9% erreicht.

Änderungen in Gesetzen und Verordnungen bzw. Bilanzierungsvorschriften und administrativen Praktiken in Märkten, in denen die Erste Group tätig ist, können negative Auswirkungen auf ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage haben. Weiters bleibt ungewiss, welche Auswirkungen ein insgesamt strengeres regulatorisches Umfeld auf Finanzinstitute wie die Erste Group Bank haben wird.

Es besteht ein Risiko einer verschärften Regulierung und eines stärkeren Einflusses des öffentlichen Sektors

Die jüngsten Entwicklungen auf den globalen Märkten haben zu einer verstärkten Einflussnahme verschiedener Regierungs- und Aufsichtsbehörden im Finanzsektor und im operativen Bereich von Finanzinstitutionen geführt. Insbesondere haben Regierungs- und Regulierungsbehörden in der Europäischen Union und in Österreich Finanzinstituten – darunter auch der Erste Group Bank – zusätzliches Kapital und Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und setzen daneben auch andere Maßnahmen um, wie zum Beispiel eine verschärfte Regulierung des jeweiligen Bankensektors und die Einführung zusätzlicher Eigenkapitalanforderungen (zu Details zu Basel III siehe auch den obigen Abschnitt über Risikofaktoren). Wo der Staat direkt in ein Finanzinstitut investiert, ist es durchaus möglich, dass er auch in die unternehmerischen Entscheidungen des Instituts eingreift.

In Zusammenhang mit der Zeichnung von Partizipationskapital durch die Bundesrepublik Österreich schlossen die Erste Group Bank und Erste Bank Oesterreich mit der Republik Österreich eine Grundsatzvereinbarung ab. Die Grundsatzvereinbarung enthält gewisse gegenüber der Republik Österreich im Zusammenhang mit der Emission des genannten Partizipationskapitals und der Geschäftsführung der Erste Group Bank und der Erste Bank Oesterreich eingegangene Auflagen und Verpflichtungen sowie der Republik Österreich zustehende Rechte, die durch Vertragsstrafen abgesichert sind und solange in Kraft bleiben, wie die Republik Österreich das Partizipationskapital hält. Es ist nicht auszuschließen, dass die Republik Österreich von den ihr im Rahmen der Grundsatzvereinbarung gewährten Rechten auf eine Weise Gebrauch macht, die für die Emittentin und/oder die Erste Group und/oder die Inhaber von Schuldverschreibungen nachteilig ist.

Um die Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle bestimmter großer, international tätiger österreichischer Banken, einschließlich der Erste Group Bank, zu stärken, haben die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde und die Oesterreichische Nationalbank aufsichtsrechtliche Leitlinie erlassen, die bestimmte quantitative Aspekte der Kapitalausstattung und der strukturellen Liquidität regeln. Gemäß diesen aufsichtsrechtlichen Leitlinie verlangen die österreichischen Aufsichtsbehörden ab 1.1.2013 die vollständige Umsetzung der quantitativen und qualitativen Regeln von Basel III bezüglich des Eigenkapitals CET1 ("Common Equity Tier 1" gemäß EBA-Definition) (d.h. Mindestfordernis 4,5% CET1 und einen Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% CET1) auf konsolidierter Basis, ohne dass in Österreich diesbezügliche Übergangsbestimmungen zur Anwendung kommen, mit der Ausnahme, dass gemäß Übergangsbestimmungen das gesamte im Rahmen des Bankenunterstützungspakets gezeichnete, voll zur Verlustabdeckung zur Verfügung stehende private und staatliche Partizipationskapital in die Kapitalbasis eingerechnet wird. Des Weiteren wird den Mutterinstituten auf konsolidierter Ebene ab 1.1.2016 ein zusätzlicher

Kapitalzuschlag von bis zu 3 Prozentpunkten des CET1 (je nach Risikograd des Geschäftsmodells der Banken) auferlegt.

Außerdem haben laut österreichischem Bankenregulator die jüngsten Krisen gezeigt, dass einige der für die Finanzmarktstabilität wesentlichen Faktoren auf Ebene spezifischer Geschäfts- und Wachstumsmodelle adressiert werden müssen. Tochterbanken mit hohen Kreditwachstumsraten, denen keine robuste lokale Refinanzierungsbasis – wie sie in einer hohen Loan-to-Local Stable Funding Ratio (LLSFR) zum Ausdruck kommt – gegenüberstand, waren nach Ansicht des Regulators während der Krise für Kreditrisiken (und Abschreibungen) anfälliger, was sich auf die betroffenen Bankengruppen und Volkswirtschaften negativ auswirkte. Die österreichische Aufsichtsbehörde ist bestrebt, die Refinanzierungsstruktur der Tochterbanken unter Einsatz der LLSFR als Beobachtungsinstrument und Frühwarnindikator für nicht nachhaltiges Kreditwachstum ausgewogen zu gestalten und erwartet, dass Mutterunternehmen (wie die Erste Group Bank) gruppeninterne Liquiditätstransfers zu den Tochterbanken zu risikoadäquaten Preisen vornehmen.

Die oben genannten Maßnahmen könnten die Geschäftstätigkeit der Erste Group einschränken und negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Erste Group haben.

Die Erste Group ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Mitarbeitern oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operatives Risiko).

Die Erste Group ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die sich aus potenziellen Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Kontrollen, Abläufe, Mitarbeiter oder Systeme oder externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben und erhebliche Verluste bewirken können. Zu solchen operativen Risiken zählt das Risiko unerwarteter Verluste, die als Folge von Einzelereignissen entstehen, die wiederum Ergebnis fehlerhafter Informationssysteme, unzulänglicher organisatorischer Strukturen oder nicht funktionierender Kontrollmechanismen sein können. Diese Risiken beinhalten das Risiko höherer Kosten oder entgangener Gewinne auf Grund von ungünstigen gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Trends. Auch eine Rufschädigung der Emittentin auf Grund des Eintritts eines solchen Ereignisses fällt in diese Risikokategorie.

Operatives Risiko ist Bestandteil aller Tätigkeiten der Emittentin und kann nicht eliminiert werden. Insbesondere sollten Investoren beachten, dass die Erste Group – wie andere Banken auch – zunehmend von hochkomplexen Informationstechnologiesystemen („IT-Systemen“) abhängig ist. Die Funktionsfähigkeit von IT-Systemen kann durch verschiedene Probleme, wie etwa eine Verseuchung mit Computerviren, böswillige Hackerangriffe, physische Schäden an betriebswichtigen IT-Zentren sowie Fehlfunktionen von Software und Hardware beeinträchtigt werden.

Des Weiteren ist die wirtschaftliche Entwicklung der Emittentin wesentlich von ihrer Geschäftsführung und von Schlüsselkräften abhängig. Es besteht das Risiko, dass die derzeitigen Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. Schlüsselarbeitskräfte der Emittentin in Zukunft nicht zur Verfügung stehen werden.

Eine mangelnde Beherrschung derartiger Risiken kann die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen, die unter diesem Programm begeben werden, beeinträchtigen.

In den Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, ist der Konkurrenzkampf hart und kann sich in Zukunft noch wesentlich verschärfen

Internationale Banken wie die Emittentin stehen in einem harten Wettbewerb, der sich unter

anderem wegen des unter österreichischen Banken in naher Zukunft erwarteten Konsolidierungsprozesses wohl noch weiter verschärft wird. Neben den inländischen Konkurrenzunternehmen können in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa weitere internationale Banken auf dem Markt auftreten und damit die Gewinnmargen der Emittentin unter Druck bringen.

Es besteht das Risiko, dass eine Ratingagentur das Rating der Emittentin aussetzen, herabstufen oder zurückziehen kann, wobei eine derartige Maßnahme den Marktwert und den Kurs der Schuldverschreibungen wesentlich negativ beeinflussen könnte

Das Risiko hinsichtlich der Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen als Emittentin der Schuldverschreibungen zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) kommt unter anderem im Rating der Emittentin zum Ausdruck.

Ein Rating stellt die Bewertung der Bonität einer Emittentin durch eine Ratingagentur dar – d.h. eine Prognose oder einen Hinweis über mögliche Kreditausfälle auf Grund von Insolvenz, Zahlungsverzögerungen oder nicht zur Gänze geleisteter Zahlungen an die Investoren. Es ist keine Empfehlung für den Kauf, den Verkauf oder das Halten von Wertpapieren. Die Ratingagentur kann ein Rating insbesondere aussetzen, herabstufen oder zurückziehen. Eine solche Aussetzung, Herabstufung oder Zurückziehung kann den Marktwert und den Kurs der Schuldverschreibungen erheblich negativ beeinflussen. Eine Herabstufung des Ratings kann auch den Zugang zu Kapital erschweren und damit die Finanzierungskosten erhöhen.

Europäische regulierte Investoren unterliegen bezüglich der Verwendung von Bonitätsratings für regulatorische Zwecke den Beschränkungen der Verordnung (EG) 1060/2009 über Ratingagenturen in der jeweils geänderten Fassung ("**CRA-Verordnung**"), außer die Ratings wurden nicht von einer in der EU etablierten und gemäß der CRA-Verordnung registrierten Ratingagentur erstellt (und die Registrierung wurde nicht entzogen oder ausgesetzt), wobei während der Bearbeitung des Registrierungsantrags unter gewissen Umständen Übergangsbestimmungen gelten. Eine solche allgemeine Beschränkung wird auch im Fall von Bonitätsratings gelten, die von nicht in der EU ansässigen Ratingagenturen vergeben werden, sofern die jeweiligen Ratings nicht von einer in der EU registrierten Ratingagentur bestätigt werden oder die jeweilige nicht in der EU ansässige Ratingagentur nicht gemäß der CRA-Verordnung zertifiziert wurde (und eine solche Bestätigung bzw. Zertifizierung weder entzogen noch ausgesetzt wurde). Des Weiteren ist die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (*European Securities and Markets Authority*, "**ESMA**") verpflichtet, auf ihrer Website (www.esma.europa.eu) eine Liste von nach der CRA-Verordnung registrierten und zertifizierten Ratingagenturen zu führen. Moody's Investors Service Ltd., Fitch Ratings and Standard & Poor's sind in der Europäischen Union ansässig und gemäß der CRA-Verordnung registriert. Moody's Investors Service Ltd., Fitch Ratings and Standard & Poor's sind daher als registrierte Ratingagenturen in der Liste der Ratingagenturen, die gemäß der CRA-Verordnung auf der Website der ESMA veröffentlicht wird, angeführt. Diese Liste ist nach einer allfälligen Entscheidung der ESMA, einer Ratingagentur die Registrierung nach der CRA-Verordnung zu entziehen, innerhalb von 5 Arbeitstagen zu aktualisieren. Die Website der ESMA ist in diesem Prospekt weder durch Verweis einbezogen noch stellt sie einen Bestandteil dieses Prospektes dar.

Faktoren, die zur Beurteilung der Risiken, die mit den im Rahmen des Programms begebenen Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich sind:

Die Entscheidung eines jeden potentiellen Anlegers, die Schuldverschreibungen zu zeichnen, sollte sich an den Lebens- und Einkommensverhältnissen, den Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingezahlten Kapitals orientieren. Die Anleger sollen sich darüber im Klaren sein, ob die Schuldverschreibungen ihre Bedürfnisse abdecken. Wenn Anleger die Schuldverschreibungen, die mit ihnen verbundenen Risiken oder ihre Ausstattung nicht verstehen oder das damit verbundene Risiko nicht abschätzen können, sollten sie fachkundige Beratung einholen und erst dann über die Veranlagung entscheiden.

Jeder potenzielle Anleger, der eine Anlage in Schuldverschreibungen beabsichtigt, muss die Eignung dieser Kapitalanlage unter Berücksichtigung seiner eigenen Umstände bestimmen. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- (i) über ausreichend Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine qualifizierte Bewertung der jeweiligen Schuldverschreibungen, der Vorteile und Risiken einer Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen sowie der in diesem Prospekt oder gegebenenfalls einem Nachtrag enthaltenen oder durch Verweis einbezogenen Angaben vorzunehmen;
- (ii) Zugang zu geeigneten Analyseinstrumenten haben und mit deren Nutzung vertraut sein, um eine Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen sowie die Auswirkungen einer derartigen Anlage auf das Gesamtanlageportfolio mit Rücksicht auf seine persönliche Vermögenslage prüfen zu können;
- (iii) ausreichend finanzielle Mittel und Liquidität zur Verfügung haben, um sämtliche Risiken einer Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen tragen zu können, auch in Fällen, in denen Kapital oder Zinsen in einer oder mehreren Währungen zahlbar sind oder die Währung für die Zahlung von Kapital- oder Zinsbeträgen eine andere als die Währung des potenziellen Anlegers ist;
- (iv) die Bedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen genau verstehen und mit den Reaktionen etwaiger maßgeblicher Indizes und Finanzmärkte vertraut sein; und
- (v) in der Lage sein, (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters), mögliche Szenarien für wirtschaftliche Entwicklungen, Zinsen und sonstige Faktoren zu prüfen, die seine Anlage und seine Fähigkeit, die jeweiligen Risiken zu tragen, beeinträchtigen können.

Bei manchen Schuldverschreibungen handelt es sich um komplexe Finanzinstrumente, die von Anlegern gekauft werden können, um Risiken zu reduzieren oder Renditen bei gleichzeitiger Übernahme eines wohl verstandenen, maßvollen und angemessenen Risikos in das Gesamtportfolio zu steigern. Ein potenzieller Anleger sollte nur dann in komplexe Finanzinstrumente darstellende Schuldverschreibungen investieren, wenn er die Fachkenntnis besitzt, (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters) zu prüfen, wie sich die Schuldverschreibungen unter veränderten Bedingungen wertmäßig entwickeln werden, welche Auswirkungen sich daraus für den Wert der Schuldverschreibungen ergeben können und welche Auswirkungen diese Anlage auf das Gesamtanlageportfolio des potenziellen Anlegers haben wird.

Für die Inhaber von Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass die Emittentin zum Teil oder zur Gänze nicht in der Lage ist, für die Schuldverschreibungen Zins- und/oder Rückzahlungen zu leisten (Kreditrisiko)

Für die Anleger besteht das Risiko, dass es der Emittentin zum Teil oder zur Gänze unmöglich ist, jene Zinszahlungen und/oder Kapitalrückzahlungen zu leisten, zu denen die Emittentin auf Grund der Schuldverschreibungen verpflichtet ist. Je schlechter die Bonität der Emittentin, umso höher ist das Ausfallsrisiko (siehe auch den obenstehenden Abschnitt "Faktoren, die die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den unter dem Programm begebenen Schuldverschreibungen beeinträchtigen können"). Wird das Kreditrisiko schlagend, kann dies dazu führen, dass die Emittentin Zinszahlungen und/oder Kapitalrückzahlungen zum Teil oder zur Gänze nicht leistet.

Anleger, die in Schuldverschreibungen investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)

Unter dem Credit Spread versteht man den Aufschlag, den die Emittentin dem Inhaber einer Schuldverschreibung zur Abgeltung des übernommenen Kreditrisikos bezahlen muss. Credit Spreads werden als Aufschläge auf die aktuellen risikolosen Zinsen oder als Kursabschläge angeboten und verkauft.

Zu den Faktoren, die Credit Spreads beeinflussen, zählen unter anderem die Bonität und das Rating der Emittentin, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls, die Recovery Rate (Wiederbeschaffungsquote), die verbleibende Laufzeit der Schuldverschreibung sowie Verpflichtungen auf Grund von Besicherungen oder Garantien bzw. Erklärungen hinsichtlich bevorzugter Bedienung oder Nachrangigkeit. Die Liquiditätslage, das allgemeine Zinsniveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Währung, auf die die maßgebliche Verbindlichkeit lautet, können ebenfalls einen negativen Einfluss entfalten.

Für Anleger besteht das Risiko, dass der Credit Spread der Emittentin ansteigt, was den Kurs der Schuldverschreibungen sinken lassen würde.

Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern

Das Inflationsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Schuldverschreibungen oder den Einnahmen daraus sinkt, wenn die Kaufkraft einer Währung auf Grund von Inflation schrumpft. Durch Inflation verringert sich der Wert des Ertrags. Übersteigt die Inflationsrate die für die Schuldverschreibungen bezahlten Zinsen, wird die Rendite der Schuldverschreibungen negativ.

Es gibt keine Sicherheit dafür, dass sich für die Schuldverschreibungen ein liquider Sekundärmarkt entwickeln wird, noch dafür, dass dieser gegebenenfalls bestehen bleibt. Auf einem illiquiden Markt ist der Anleger unter Umständen nicht in der Lage, seine Schuldverschreibungen zu einem angemessenen Marktpreis zu verkaufen (Liquiditätsrisiko)

Ein Antrag auf Zulassung des Programms und/oder der Schuldverschreibungen zu den Märkten (wie am Deckblatt definiert), die auf der von der Europäischen Kommission herausgegebenen Liste der geregelten Märkte angeführt sind, wird gestellt. Weiters ist gemäß den Bestimmungen des Programms auch eine Notierung der Schuldverschreibungen an einem anderen Markt oder an einer anderen Börse, aber auch der Verzicht auf jegliche Notierung möglich.

Unabhängig von einer allfälligen Notierung der Schuldverschreibungen gibt es weder eine Sicherheit dafür, dass sich ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickeln wird noch dafür, dass dieser, falls er sich entwickelt, bestehen bleibt. Der Umstand, dass eine Notierung der Schuldverschreibungen möglich ist, erhöht deren Liquidität gegenüber nicht notierten Schuldverschreibungen nicht notwendigerweise. Notieren die Schuldverschreibungen nicht an einer Börse, können Kursinformationen für solche Schuldverschreibungen schwieriger zu erhalten sein, was die Liquidität der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen kann. In einem illiquiden Markt ist es einem Anleger unter Umständen nicht möglich, seine Schuldverschreibungen jederzeit zu angemessenen Preisen oder Preisen, die eine vergleichbare Rendite wie ähnliche Anlagen, für die ein entwickelter Sekundärmarkt besteht, bieten, zu verkaufen. Dies gilt insbesondere für Schuldverschreibungen, die auf Zins-, Währungs- oder Marktrisiken besonders empfindlich reagieren, für bestimmte Anlageziele oder -strategien erstellt wurden oder eigens strukturiert wurden, um den Veranlagungserfordernissen bestimmter Anlegerklassen gerecht zu werden. Schuldverschreibungen dieser Art hätten generell einen eingeschränkten Sekundärmarkt und würden eine höhere Kursvolatilität als konventionelle Schuldtitel aufweisen. Illiquidität kann schwerwiegende negative Aufwirkungen auf den Marktwert von Schuldverschreibungen haben. Die Möglichkeit, die Schuldverschreibungen zu verkaufen, kann zusätzlich durch länderspezifische Umstände eingeschränkt sein.

Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird

Notieren die Schuldverschreibungen auf einem oder mehreren (geregelten oder ungeregelten) Märkten, kann die Notierung der Schuldverschreibungen – abhängig von den

an der jeweiligen Börse geltenden Regelungen – von der jeweiligen Börse oder einer zuständigen Regulierungsbehörde aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch der Verletzung von Kurslimits, bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, beim Auftreten operativer Probleme der Börse oder, ganz allgemein, wenn dies zur Aufrechterhaltung eines funktionierendes Markts oder zur Wahrung der Anlegerinteressen für erforderlich gehalten wird, ausgesetzt oder unterbrochen werden. Weiters kann der Handel mit den Schuldverschreibungen auf Grund einer Entscheidung der Börse, einer Regulierungsbehörde oder auf Antrag der Emittentin beendet werden. Wird der Handel mit einem Basiswert der Schuldverschreibungen ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt, wird im Allgemeinen auch der Handel mit den entsprechenden Schuldverschreibungen ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt und bestehende Order für den Verkauf oder Kauf solcher Schuldverschreibungen werden üblicherweise storniert. Die Anleger sollten beachten, dass die Emittentin keinen Einfluss auf Handelsaussetzungen oder –unterbrechungen hat (ausgenommen den Fall, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen auf Grund einer Entscheidung der Emittentin eingestellt wird) und dass die Anleger die damit verbundenen Risiken auf jeden Fall tragen müssen. Insbesondere kann der Fall eintreten, dass Anleger bei Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels ihre Schuldverschreibungen unter Umständen nicht verkaufen können und dass die Börsenkurse der Schuldverschreibungen deren Kurs nicht entsprechend widerspiegeln. Weiters kann eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit Basiswerten der Schuldverschreibungen eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit den Schuldverschreibungen verursachen und außerdem zu einer künstlichen oder falschen Bewertung der Schuldverschreibungen führen. Schließlich sollten Anleger beachten, dass selbst im Falle einer Aussetzung, einer Unterbrechung oder einer Einstellung des Handels mit Schuldverschreibungen oder Basiswerten derartige Maßnahmen unter Umständen weder ausreichend, noch adäquat oder zeitgerecht erfolgen, um Kursstörungen zu verhindern oder die Interessen der Anleger zu wahren; wird der Handel mit Schuldverschreibungen etwa nach der Veröffentlichung von kursrelevanten Informationen, die sich auf solche Schuldverschreibungen beziehen, ausgesetzt, kann der Kurs der Schuldverschreibungen bereits negativ beeinflusst worden sein. Alle diese Risiken hätten, sollten sie schlagend werden, eine wesentliche negative Auswirkung auf die Investoren.

Inhaber von Schuldverschreibungen können bei Verkauf der Schuldverschreibungen einem Marktpreisrisiko ausgesetzt sein (Marktpreisrisiko)

Die Entwicklung der Marktpreise der Schuldverschreibungen ist von verschiedenen Faktoren abhängig, wie etwa Schwankungen der Marktzinsen, der Politik der Zentralbanken, allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, Inflationsraten oder einem Mangel an bzw. einer überschießenden Nachfrage nach der maßgeblichen Art von Schuldverschreibungen. Für den Inhaber der Schuldverschreibungen besteht daher das Risiko, dass die Marktpreise seiner Schuldverschreibungen eine ungünstige Entwicklung nehmen, wobei das Risiko schlagend wird, wenn der Inhaber die Schuldverschreibungen vor der endgültigen Fälligkeit dieser Schuldverschreibungen verkauft. Entschließt sich der Inhaber, die Schuldverschreibungen bis zu ihrer Endfälligkeit zu behalten, werden die Schuldverschreibungen mit dem im maßgeblichen Konditionenblatt festgesetzten Betrag getilgt.

Bestimmte Schuldverschreibungen können eine Option enthalten oder mit einer solchen kombiniert sein, deren Kurs sich ändern und damit den Marktpreis der Schuldverschreibungen beeinflussen kann. Der Optionspreis (die Optionsprämie) wird hauptsächlich von der Differenz zwischen dem Preis des Basiswertes und dem Ausübungspreis, der Restlaufzeit der auszuübenden Option und der Volatilität des Basiswerts beeinflusst. Weniger Einfluss auf den Optionspreis haben Faktoren wie Zinsen, Marktbedingungen und der Dividendensatz des Basiswerts. Änderungen im Preis und in der Volatilität des Basiswerts beeinflussen den Preis der Option wesentlich. Der Wert der Option verringert sich meist gegen den Verfalltag hin, danach ist die Option überhaupt wertlos. Der Inhaber solcher Schuldverschreibungen trägt daher das Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Preises der Option, die in diesen Schuldverschreibungen enthalten oder mit ihnen kombiniert ist.

Falls die Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit getilgt werden, trägt der Inhaber dieser Schuldverschreibungen Risiken, wie etwa das Risiko, dass seine Anlage eine geringere Rendite erzielt als erwartet (Risiko der vorzeitigen Tilgung)

Aus dem Konditionenblatt geht hervor, ob die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen vor einer eventuellen Fälligkeit zurückzurufen (optionales Kündigungsrecht) oder ob die Schuldverschreibungen bei Eintritt eines im Konditionenblatt festgelegten Ereignisses vorzeitig getilgt werden (ein eine vorzeitige Tilgung auslösendes Ereignis). Wenn die Emittentin die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit tilgt oder die Schuldverschreibungen auf Grund eines Ereignisses, das eine vorzeitige Tilgung auslöst, vorzeitig getilgt werden, trägt der Inhaber dieser Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Anlage auf Grund der vorzeitigen Tilgung eine geringere Rendite abwirft als erwartet. Die Emittentin kann ihr optionales Rückrufrecht ausüben, wenn die Rendite für vergleichbare Schuldverschreibungen auf den Kapitalmärkten fällt, was bedeutet, dass der Anleger den für die Schuldverschreibungen erhaltenen Tilgungserlös eventuell nur mit geringerer Rendite reinvestieren kann.

Anleger sollten beachten, dass Inhaber von Schuldverschreibungen dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Inhaber von Schuldverschreibungen, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Inhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. In den Konditionenblättern von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben (Punkt 16(v) "Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht"). Dies soll es potentiellen Anlegern erleichtern, die jeweilige Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlichen der Emittentin zustehenden vorzeitiges Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die eine Veranlagung in variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen sind, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Schuldverschreibungen nicht zu.

Es besteht ein Risiko, dass Inhaber von Schuldverschreibungen nicht in der Lage sind, Erlöse aus den Schuldverschreibungen so zu reinvestieren, dass sie den gleichen Ertrag erzielen (Wiederveranlagungsrisiko)

Inhaber von Schuldverschreibungen tragen gegebenenfalls das Risiko, dass die ihnen aus einer Anlage in die Schuldverschreibungen zufließenden Zinsen oder Dividenden im Falle einer vorzeitigen Tilgung der Schuldverschreibungen nicht so reinvestiert werden können, dass damit der gleiche Ertrag wie mit den getilgten Schuldverschreibungen erzielt werden kann.

Inhaber von fix verzinslichen Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Kurs dieser Schuldverschreibungen auf Grund von Veränderungen des Marktzinssatzes sinkt

Inhaber von fixverzinslichen Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Kurs solcher Schuldverschreibungen auf Grund von Veränderungen des Marktzinssatzes sinkt. Während der nominelle Zinssatz von fix verzinslichen Schuldverschreibungen, wie im Konditionenblatt festgelegt, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen fix ist, ändert sich auf dem Kapitalmarkt der aktuelle Zinssatz für die gleiche Laufzeit (der "**Marktzinssatz**") üblicherweise täglich.

Mit den Schwankungen des Marktzinssatzes ändert sich auch der Kurs der fix verzinslichen Schuldverschreibungen, allerdings üblicherweise in gegenläufiger Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, sinkt der Kurs von fix verzinslichen Schuldverschreibungen üblicherweise so lange, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinssatz entspricht. Wenn der Marktzinssatz sinkt, steigt der Kurs von fix verzinslichen Schuldverschreibungen üblicherweise so lange, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinssatz entspricht.

Behält der Inhaber von fixverzinslichen Schuldverschreibungen diese bis zum Ende der Laufzeit, sind für ihn derartige Schwankungen des Marktzinssatzes ohne Bedeutung, da die Schuldverschreibungen letztlich zum festgelegten Rückzahlungsbetrag, meist dem Nennwert der Schuldverschreibungen, getilgt werden. Das gleich gilt für Schuldverschreibungen mit steigender (Step-Up Notes) oder fallender (Step-Down Notes) Verzinsung, wenn die Marktzinssätze für vergleichbare Schuldverschreibungen höher als die für diese Schuldverschreibungen geltenden Zinssätze sind.

Inhaber von variabel verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko schwankender Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge

Variabel verzinsten Schuldverschreibungen sind häufig volatile Kapitalanlagen. Ein Inhaber von variabel verzinsten Schuldverschreibungen trägt das Risiko schwankender Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge. Schwankende Zinsniveaus machen es unmöglich, den Ertrag von variabel verzinsten Schuldverschreibungen im Vorhinein zu bestimmen.

Sind variabel verzinsten Schuldverschreibungen derart strukturiert, dass sie Multiplikatoren oder sonstige Hebefaktoren, Ober- oder Untergrenzen (*Caps* oder *Floors*) oder eine Kombination solcher Merkmale oder von Merkmalen ähnlicher Art enthalten, kann sich der Marktwert volatiler gestalten als jener von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, die solche Merkmale nicht enthalten. Wird die Höhe der zu zahlenden Zinsen in Verbindung mit einem Multiplikator von größer als eins oder durch Bezugnahme auf einen sonstigen Hebefaktor bestimmt, erhöht sich die Auswirkung von Schwankungen der Zinssätze auf die zu zahlenden Zinsen. Wurde eine Obergrenze festgelegt, wird die Höhe der Zinsen niemals darüber hinaus steigen, womit der Inhaber nicht in der Lage sein wird, von einer günstigen, über die Obergrenze hinaus gehenden Entwicklung zu profitieren. Die Rendite könnte daher beträchtlich niedriger als jene von ähnlichen variabel verzinslichen Schuldverschreibungen ohne Obergrenze ausfallen.

Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit fix und variabel verzinsten Perioden sind sowohl dem oben beschriebenen Risiko von fixverzinsten als auch dem oben beschriebenen Risiko von variabel verzinsten Schuldverschreibungen ausgesetzt.

Der Marktwert von Inverse/Reverse Floaters (umgekehrt variabel verzinslicher Schuldverschreibungen) ist volatiliter als der Marktwert konventionellerer variabel verzinslicher Schuldverschreibungen, die auf dem selben Referenzzinssatz basieren

Inverse Floaters (auch Reverse Floaters genannt) haben einen Zinssatz, der als Differenz zwischen einem festen Zinssatz und einem variablen Referenzzinssatz, wie etwa der Euro Inter-bank Offered Rate ("**EURIBOR**") oder der London Inter-bank Offered Rate ("**LIBOR**") errechnet wird, was bedeutet, dass der Zinsertrag derartiger Schuldverschreibungen sinkt, wenn der Referenzzinssatz steigt. Der Marktwert von Inverse Floaters ist üblicherweise volatiliter als der Marktwert konventionellerer variabel verzinslicher Schuldverschreibungen, die (bei sonst vergleichbaren Bedingungen) auf demselben Referenzzinssatz basieren. Inverse Floaters sind volatiliter, da ein Ansteigen des Referenzzinssatzes nicht nur die für die Schuldverschreibungen zu bezahlenden Zinsen verringert, sondern unter Umständen auch auf ein Ansteigen des herrschenden Zinsniveaus reagiert, was den Marktwert solcher Schuldverschreibungen noch weiter negativ beeinflussen kann.

Veränderungen in den Marktzinssätzen haben auf die Kurse von Nullkupon-Schuldverschreibungen einen wesentlich stärkeren Einfluss als auf die Kurse gewöhnlicher Schuldverschreibungen

Nullkupon-Schuldverschreibungen schütten keine laufenden Zinsen aus, sondern werden mit einem Abschlag von ihrem Nominalwert begeben. An Stelle periodischer Zinszahlungen stellt die Differenz zwischen Rückzahlungsbetrag und Ausgabekurs den Zinsertrag bis zum Ende der Laufzeit dar und spiegelt den Marktzinssatz wider. Ein Inhaber von Nullkupon-Schuldverschreibungen trägt das Risiko, dass der Kurs derartiger Schuldverschreibungen auf Grund von Veränderungen des Marktzinssatzes sinken kann. Der Kurs von Nullkupon-Schuldverschreibungen verhält sich volatiliter als der Kurs von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen und reagiert auf Änderungen des Marktzinssatzes stärker als verzinsten Schuldverschreibungen mit ähnlicher Laufzeit.

Strukturierte Schuldverschreibungen sind mit besonderem Risiko behaftet

Im Allgemeinen kann eine Anlage in Schuldverschreibungen, bei denen die Prämie und/oder die Zinsen und/oder der Tilgungsbetrag durch Bezugnahme auf einen oder mehrere Titel von Indices, Aktien, Fonds, Waren, Währungen oder Zinsen oder Formeln direkt oder invers bestimmt werden, beträchtliche Risiken beinhalten, die bei ähnlichen Anlagen in konventionelle Schuldtitel nicht auftreten. Zu diesen Risiken zählt das Risiko, dass Inhaber derartiger Schuldverschreibungen überhaupt keine Zinsen erhalten oder dass der resultierende Zinssatz unter jenem liegt, der zur gleichen Zeit für einen konventionellen Schuldtitel zu zahlen wäre und/oder dass Inhaber derartiger Schuldverschreibungen den Tilgungsbetrag der Schuldverschreibungen zur Gänze oder zu einem erheblichen Teil verlieren könnten. Zusätzlich sollten Anleger beachten, dass der Marktpreis solcher Schuldverschreibungen sehr volatil sein kann (abhängig von der Volatilität des maßgeblichen Basiswertes).

Weder der aktuelle noch der historische Wert des maßgeblichen Basiswertes sollte als Hinweis auf die zukünftige Wertentwicklung dieses Basiswertes während der Laufzeit einer Schuldverschreibung angesehen werden.

Im Falle einer Obergrenze wird ein Inhaber einer Schuldverschreibung nicht in der Lage sein, über diese Obergrenze hinaus von einer günstigen Entwicklung zu profitieren.

Ist der Zinssatz und/oder der Tilgungsbetrag einer Emission von Schuldverschreibungen nicht fix, sondern wird er/werden sie entsprechend der im Konditionenblatt dargestellten Struktur der Schuldverschreibungen bestimmt, kann eine solche Emission auch eine Obergrenze (Cap) beinhalten. Wurde eine Obergrenze festgelegt, wird die Höhe der Zinsen und/oder des Tilgungsbetrages niemals darüber hinaus steigen, womit der Inhaber nicht in der Lage sein wird, von einer günstigen, über die Obergrenze hinaus gehenden Entwicklung zu profitieren. Die Rendite könnte daher beträchtlich niedriger ausfallen als jene ähnlich strukturierter Schuldverschreibungen ohne Obergrenze.

Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung und Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Tilgung tragen das Risiko schwankender Zinssätze und/oder Kapitalwerte und erhalten unter bestimmten Umständen überhaupt keine Zinszahlungen und/oder keinen Tilgungsbetrag

Indexbezogene Schuldverschreibungen können entweder als Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung begeben werden, für die Zinszahlungen unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder sonstige Faktoren und/oder von der Emittentin und dem/den jeweiligen Händler(n) (wie im Konditionenblatt festgelegt) festgelegten Formeln ermittelt werden, oder als Schuldverschreibungen mit indexbezogener Tilgung, für die die Tilgungszahlung unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder sonstige Faktoren und/oder von der Emittentin und dem/den jeweiligen Händler(n) (wie im Konditionenblatt festgelegt) festgelegten Formeln ermittelt werden, oder können als Kombination von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung und mit indexbezogener Tilgung begeben werden.

Ist die Zahlung von Zinsen an einen bestimmten Index gebunden, trägt ein Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung das Risiko schwankender Zinsniveaus und eines ungewissen Zinsertrags oder erhält eventuell überhaupt keine Zinsen, womit die Rendite von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Verzinsung auch negativ ausfallen kann. Ist die Tilgungszahlung an einen bestimmten Index gebunden, trägt der Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexbezogener Tilgung das Risiko, dass der Betrag der Tilgung ungewiss ist. Je nach Berechnung des Tilgungsbetrages kann die Rendite einer Schuldverschreibung mit indexbezogener Tilgung auch negativ sein, und ein Anleger kann den Wert der Kapitalanlage zur Gänze oder zum Teil verlieren. Je volatil der maßgebliche Index, umso größer ist die Ungewissheit in Bezug auf Zinsertrag und Höhe des Tilgungsbetrags. Die Ungewissheit in Bezug auf Zinsen und Höhe des Tilgungsbetrags machen es unmöglich, die Rendite von indexbezogener Schuldverschreibungen im Vorhinein zu bestimmen.

Aktienbezogene Schuldverschreibungen sind mit ähnlichen Risiken wie eine direkte Anlage in Aktien behaftet

Aktienbezogene Schuldverschreibungen können entweder als Schuldverschreibungen mit aktienbezogener Verzinsung begeben werden, wobei die Zinszahlungen unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Korb von Aktien (wie im Konditionenblatt festgelegt) berechnet werden, oder als Schuldverschreibungen mit aktienbezogenem Tilgungsbetrag, wobei die Kapitalrückzahlung unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Korb von Aktien (wie im Konditionenblatt festgelegt) berechnet wird. Schuldverschreibungen mit aktienbezogenem Tilgungsbetrag können auch vorsehen, dass die Rückzahlung durch physische Übergabe von Referenzwerten erfolgt. Entsprechend kann eine Anlage in Schuldverschreibungen mit aktienbezogenem Tilgungsbetrag mit ähnlichen Risiken wie eine direkte Veranlagung in Aktien behaftet sein, weshalb sich Anleger entsprechend beraten lassen sollten. Im Fall von Schuldverschreibungen mit aktienbezogenem Tilgungsbetrag kann der Anleger seine Kapitalanlage zur Gänze oder zum Teil verlieren.

Fondsbezogene Schuldverschreibungen sind mit ähnlichen Risiken wie eine direkte Anlage in Fonds behaftet

Fondsbezogene Schuldverschreibungen können entweder als Schuldverschreibungen mit fondsbezogener Verzinsung begeben werden, wobei die Zinszahlungen unter Bezugnahme auf einen Fonds oder einen Korb oder ein Portfolio von Fonds (wie im Konditionenblatt festgelegt) berechnet werden, oder als Schuldverschreibungen mit fondsbezogenem Tilgungsbetrag, wobei die Kapitalzahlung unter Bezugnahme auf einen Fonds oder einen Korb oder ein Portfolio von Fonds (wie im Konditionenblatt festgelegt) berechnet wird. Schuldverschreibungen mit fondsbezogenem Tilgungsbetrag können auch vorsehen, dass die Tilgung durch physische Übergabe von Referenzwerten erfolgt. Entsprechend kann eine Anlage in Schuldverschreibungen mit fondsbezogenem Tilgungsbetrag mit ähnlichen Risiken behaftet sein, wie eine direkte Anlage in einen Fonds, weshalb sich die Anleger entsprechend beraten lassen sollten. Insbesondere kann ein Anleger das Marktrisiko der Positionen zu tragen haben, in die der Fonds (oder die Fonds) investiert (investieren), sowie das Risiko, dass der Verwalter des Fonds (oder der Fonds) fahrlässig oder betrügerisch agiert. Die (positive oder negative) Wertentwicklung des Fonds kann einen direkten Einfluss auf fondsbezogene Schuldverschreibungen haben. Im Fall von Schuldverschreibungen mit fondsbezogenem Tilgungsbetrag kann der Anleger den Wert seiner Kapitalanlage zur Gänze oder zum Teil verlieren.

Auf Hedgefonds bezogene Schuldverschreibungen sind mit hohem Risiko behaftet

Besondere Überlegungen gelten für die Anlage in Schuldverschreibungen, die auf Hedgefonds bezogen sind: Eine Anlage in Schuldverschreibungen, die wirtschaftlich einen Hedgefonds darstellen, ist mit hohem Risiko behaftet. Daher sollte nur ein kleiner Teil der verfügbaren Mittel in derartige Schuldverschreibungen investiert werden, und es sollten nicht alle verfügbaren Mittel bzw. keine durch Kredit finanzierten Mittel in derartige Schuldverschreibungen investiert werden. Eine Anlage in solche Schuldverschreibungen wird Anlegern angeboten, die über besondere Kenntnisse im Bereich Kapitalanlagen verfügen. Anleger sollten sich nur dann für eine derartige Kapitalanlage entscheiden, wenn sie in der Lage sind, die mit derartigen Schuldverschreibungen verbundenen Risiken sorgfältig zu prüfen.

Zahlungen in Zusammenhang mit warenbezogenen Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Ware abhängig

Zahlungen in Zusammenhang mit warenbezogenen Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Ware abhängig. Eine Anlage in warenbezogenen Schuldverschreibungen ist nicht das gleiche wie eine Anlage in die als Basiswert dienende Ware oder eine Anlage, die direkt an eine solche Ware gebunden ist. Die Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Ware kann sowohl negativ als auch positiv sein, und die Performance zu einem bestimmten Zeitpunkt ist kein Hinweis auf die vergangene oder zukünftige Wertentwicklung. Es gibt keine Garantie für die zukünftige Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Ware. Vor einer Anlage in warenbezogene Schuldverschreibungen sollten potenzielle Anleger daher sorgfältig überlegen, ob eine Anlage, die auf der Wertentwicklung einer als Basiswert dienenden Ware basiert, für sie geeignet ist. Warenbezogene Schuldverschreibungen sind mit komplexen Risiken behaftet, wie zum Beispiel Warenpreissrisiken, Zinssatzrisiken, dem Kreditrisiko und/oder politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Risiken.

Zahlungen in Zusammenhang mit währungsbezogenen oder zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung der als Basiswert dienenden Währung bzw Zinssätze abhängig

Eine Anlage in währungsbezogene oder zinssatzbezogene Schuldverschreibungen kann mit ähnlichen Risiken behaftet sein, wie eine direkte Anlage in den Basiswert derartiger Schuldverschreibungen, und die Anleger sollten sich daher entsprechend beraten lassen. Die

Anleger sollten sich jedoch dessen bewusst sein, dass eine Anlage in solche Schuldverschreibungen nicht das gleiche ist wie eine direkte Anlage in eine Währung bzw einen Zinssatz und/oder eine Anlage, die direkt an eine solche Währung bzw Zinssatz gebunden ist. Insbesondere werden Schwankungen der Währung oder des Zinssatzes (bzw. jeder in einem Korb enthaltenen Währung oder Zinssatzes) den Wert einer solchen Schuldverschreibung beeinflussen. Es gibt keine Garantie für die zukünftige Entwicklung der Währung oder des Zinssatzes. Der von der Emittentin zu zahlende Tilgungsbetrag bzw die Verzinsung könnte wesentlich unter dem Emissionspreis beziehungsweise dem vom Inhaber der Schuldverschreibung investierten Kaufpreis liegen und könnte sogar Null betragen, im welchem Fall der Inhaber seine gesamte Kapitalanlage verlieren kann.

Die Möglichkeit von Interessenskonflikten ist gegeben

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen emittieren nicht nur Schuldverschreibungen, sondern verfügen daneben über weitere Geschäftsbereiche, die selbstständig mit Unternehmen in Geschäftsbeziehung stehen, die Teil jener Vermögenswerte sein können, die als Basiswerte der Schuldverschreibungen dienen (z.B. ein Index, einzelne Aktien oder Körbe). Es ist nicht auszuschließen, dass von diesen selbstständigen Geschäftsbereichen getroffene Entscheidungen auf einen den Schuldverschreibungen zugrundeliegenden Basiswert einen negativen Einfluss nehmen können.

Die Verpflichtungen der Emittentin auf Grund von nachrangigen Schuldverschreibungen stellen unbesicherte, nachrangige Verpflichtungen dar, die allen Forderungen sämtlicher nicht nachrangiger Gläubiger der Emittentin im Rang nachgehen

Die Emittentin kann nachrangige Schuldverschreibungen begeben. Die Verpflichtungen der Emittentin im Falle nachrangiger Schuldverschreibungen sind unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind derartige Verpflichtungen gegenüber den Forderungen sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin nachrangig, so dass in einem solchen Fall Beträge auf Grund der Verpflichtungen unter diesen Schuldverschreibungen erst dann zahlbar werden, wenn die Forderungen aller nicht-nachrangigen Gläubiger der Emittentin bereits zur Gänze erfüllt wurden.

Im Zuge der Umsetzung von Basel III in Österreich könnten neue Regeln für Kreditinstitute umgesetzt werden, die es der Aufsichtsbehörde ermöglichen, unter gewissen Umständen Investoren, die Schuldverschreibungen halten, an Verlusten zu beteiligen. Auch wenn keine Bestimmung in den Bedingungen der nachrangigen Schuldverschreibungen enthalten ist, die die Umwandlung der nachrangigen Schuldverschreibungen in Stammaktien oder deren Abschreibung bei Auftreten eines Umstandes, der sich auf die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Emittentin auswirkt, vorschreibt, ist es daher möglich, dass im Falle der Einführung eines Abwicklungsverfahrens für Kreditinstitute jegliche neuen Befugnisse, die der Aufsichtsbehörde eingeräumt werden, so ausgeübt werden, dass die nachrangigen Schuldverschreibungen, die unter diesem Programm ausgegeben worden sind, im Rahmen einer Abwicklung der Emittentin im Ergebnis Verluste tragen. Eine solche Verlustbeteiligung kann durch verschiedene Arten herbeigeführt werden, die die Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen beeinträchtigen könnte, wie unter anderem eine Abschreibung der ausstehenden Kapital- und/oder Zinsbeträge aufgrund der Tatsache, dass die Aufsichtsbehörde die Emittentin zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als wirtschaftlich gesund einschätzt oder aufgrund eines anderen auslösenden Ereignisses, oder durch die Umwandlung der Schuldverschreibungen in Stammaktien. Die gesetzliche Einführung einer solchen Verlustbeteiligung könnte die Rechte sowie die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel der Gläubiger der Schuldverschreibungen sowie den Marktwert der Schuldverschreibungen nachteilig beeinträchtigen.

Forderungen der Emittentin können nicht mit auf Grund der nachrangigen Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aufgerechnet

werden, noch können von der Emittentin oder einem Dritten in Bezug auf die durch die nachrangigen Schuldverschreibungen verbrieften Verbindlichkeiten vertragliche Sicherheiten gestellt werden. Eine Einschränkung der Nachrangigkeit oder Änderung der Laufzeit der Nachrangigen Schuldverschreibungen mittels einer späteren Vereinbarung ist nicht möglich.

Anleger, die in Reverse Convertible Bonds (Aktien-, Waren-, Währungs-, oder Fondsbezogene Schuldverschreibungen) investieren, sind den Schwankungen des Marktpreises der Schuldverschreibungen und des Basiswerts ausgesetzt und tragen außerdem alle mit einer direkten Veranlagung in den Basiswert verbundenen Risiken

Aktien-, Waren-, Währungs-, oder Fondsbezogene Schuldverschreibungen (*Reverse Convertible Bonds*) verleihen der Emittentin das Recht, die Schuldverschreibungen in Basiswerte (zB börsennotierte oder nicht börsennotierte Aktien oder sonstige aktienähnliche Wertpapiere der Emittentin oder anderer Kapitalgesellschaften, Waren, Währungen oder Fonds bzw. daraus bestehenden Körben) umzuwandeln. Am Ende der Laufzeit kann die Emittentin entscheiden, ob sie das Wandlungsrecht ausübt oder die Schuldverschreibungen durch Barzahlung tilgt. Ein Inhaber einer solchen Schuldverschreibung trägt das Risiko der Schwankungen des Marktpreises der Schuldverschreibungen sowie gegebenenfalls das Ausfallrisiko der Emittentin des Basiswertes sowie die mit einer direkten Anlage in den Basiswert verbundenen Risiken.

Die Ratings der Schuldverschreibungen sind nicht unbedingt ein adäquater Maßstab für sämtliche mit einer Anlage in solche Schuldverschreibungen verbundenen Risiken und können ausgesetzt, herabgestuft und zurückgezogen werden

Ein Rating von Schuldverschreibungen bringt nicht sämtliche Risiken einer Anlage in solche Schuldverschreibungen zum Ausdruck. Zudem können Ratings ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgezogen werden. Eine solche Aussetzung, Herabstufung oder Zurückziehung kann den Marktwert und den Kurs der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen. Ein Rating stellt keine Empfehlung für den Kauf, den Verkauf oder das Halten von Wertpapieren dar und kann von der Ratingagentur jederzeit revidiert oder zurückgezogen werden.

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen fremdfinanziert, kann dies das Verlustrisiko deutlich erhöhen

Wird von einem Anleger zur Finanzierung des Erwerbs der Schuldverschreibungen ein Kredit oder Darlehen verwendet und gerät die Emittentin mit ihren Verpflichtungen unter den Schuldverschreibungen in Verzug oder sinkt ihr Kurs deutlich, kann der Anleger nicht nur einen möglichen Verlust seiner Kapitalanlage erleiden, sondern wird auch die Kreditrückzahlung und die dafür anfallenden Zinszahlungen zu leisten haben. Ein Kredit oder Darlehen kann das Verlustrisiko wesentlich erhöhen. Anleger sollten nicht davon ausgehen, dass sie in der Lage sein werden, die Rückzahlung des Fremdkapitals oder die dafür anfallenden Zinsen aus den Gewinnen einer Transaktion oder dem Ertrag aus Schuldverschreibungen zu leisten. Anleger sollten vielmehr vor einer Veranlagung ihre finanzielle Lage dahingehend prüfen, ob sie in der Lage sind, Zinsen für den Kredit zu zahlen sowie den Kredit auf Aufforderung zurückzuzahlen und bedenken, das sie statt einer Realisierung von Gewinnen unter Umständen auch Verluste erleiden können.

Mit dem Kauf und dem Verkauf von Schuldverschreibungen verbundene Nebenkosten können das Ertragspotenzial der Schuldverschreibungen wesentlich beeinflussen

Beim Kauf oder Verkauf von Schuldverschreibungen können neben dem Kauf- oder Verkaufspreis der Schuldverschreibungen verschiedene Arten von Nebenkosten (einschließlich Transaktionsgebühren und Provisionen) anfallen. Diese Nebenkosten können den Ertrag aus dem Besitz der Schuldverschreibungen wesentlich und bis auf Null reduzieren. Finanzinstitute verrechnen in der Regel Provisionen entweder als fixe Mindestprovisionen oder als vom Auftragswert abhängige prozentuelle Provisionen. Soweit zusätzliche – inländische oder ausländische – Parteien an der Durchführung eines Auftrags

beteiligt sind, wie zum Beispiel inländische Händler oder Broker auf Auslandsmärkten, können Anlegern auch Brokergebühren, Provisionen und sonstige Gebühren und Kosten derartiger Parteien (Drittkosten) verrechnet werden.

Neben den direkt mit dem Kauf der Schuldverschreibungen verbundenen Kosten (direkten Kosten) müssen Anleger auch Folgekosten (wie etwa Depotgebühren) berücksichtigen. Anleger sollten sich vor einer Anlage in Schuldverschreibungen über die in Zusammenhang mit dem Kauf, der Verwahrung und dem Verkauf von Schuldverschreibungen anfallenden Zusatzkosten informieren.

Investoren müssen sich auf die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Clearingsystems verlassen

Die Schuldverschreibungen werden über die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft gekauft und verkauft. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung dafür, dass die Schuldverschreibungen tatsächlich in das Wertpapierdepot des jeweiligen Anlegers übertragen werden. Investoren müssen sich auf die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Clearingsystems verlassen.

Die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen sollten sorgfältig bedacht werden

Zinszahlungen für Schuldverschreibungen bzw. von einem Anleger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen realisierte Gewinne können in seinem Heimatland oder in anderen Ländern zu versteuern sein. Die steuerlichen Auswirkungen für Investoren im Allgemeinen werden unter "Besteuerung" beschrieben; allerdings können sich die steuerlichen Auswirkungen für einen einzelnen Anleger von der für Anleger im Allgemeinen beschriebenen Situation unterscheiden. Potenzielle Anleger sollten sich daher hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen an ihren Steuerberater wenden. Außerdem können sich die geltenden Steuervorschriften in Zukunft zuungunsten der Anleger ändern.

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleger haben

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen werden österreichischem Recht unterliegen. Anleger sollten daher beachten, dass das geltende Recht unter Umständen nicht das Recht ihres eigenen Landes ist und dass das auf die Schuldverschreibungen anwendbare Recht ihnen unter Umständen nicht einen ähnlichen oder adäquaten Schutz bietet wie ihr eigenes Recht. Des Weiteren kann hinsichtlich der Auswirkungen einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung oder einer Änderung österreichischen Rechts (oder des in Österreich anwendbaren Rechts) bzw. der nach dem Prospektdatum üblichen Verwaltungspraxis keine Zusicherung gegeben oder Aussage getroffen werden.

Ein österreichisches Gericht kann für die Schuldverschreibungen einen Kurator bestellen, der im Namen der Inhaber deren Rechte ausübt und ihre Interessen vertritt

Gemäß dem österreichischen Kuratorengesetz kann auf Ansuchen eines Beteiligten (z.B. des Inhabers einer Schuldverschreibung) oder auf Initiative des zuständigen Gerichts von einem österreichischen Gericht ein Kurator bestellt werden, der die gemeinsamen Interessen der Inhaber der Schuldverschreibungen in Angelegenheiten, die deren kollektive Rechte betreffen, vertritt. Insbesondere kann dieser Fall eintreten, wenn gegen die Emittentin ein Insolvenzverfahren eingeleitet wird, in Zusammenhang mit allfälligen Änderungen der Bedingungen der Schuldverschreibungen oder bei die Emittentin betreffenden Änderungen, oder unter sonstigen ähnlichen Umständen. Bei Bestellung eines Kurators übt dieser die kollektiven Rechte der Inhaber von Schuldverschreibungen aus und vertritt deren Interessen

und ist berechtigt, in deren Namen Erklärungen abzugeben, die für alle Inhaber von Schuldverschreibungen verbindlich sind. Wenn ein Kurator die Interessen der Inhaber von Schuldverschreibungen vertritt und deren Rechte ausübt, kann dies zu einem Interessenskonflikt mit einzelnen oder allen Inhabern von Schuldverschreibungen führen oder auf deren Interessen auf sonstige Weise negative Auswirkungen haben.

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und besteht zur Gänze aus Informationen, die in den übrigen Teilen des Prospekts bzw. in den jeweils anwendbaren Schuldverschreibungsbedingungen enthalten sind.

Wörter und Ausdrücke, die in den Emissionsbedingungen und/oder Konditionenblättern definiert sind, haben in diesem Abschnitt dieselbe Bedeutung, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Emittentin	Erste Group Bank AG
Beschreibung	Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden
Zahlstelle; Berechnungsstelle	Erste Group Bank AG
Art der Begebung	<p>Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich auf nicht-syndizierter Basis begeben.</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden in Serien (jeweils eine "Serie") mit einem oder mehreren Begebungstagen und ansonsten gleichen (oder ansonsten gleichen mit Ausnahme der ersten Zinszahlung) Ausstattungsmerkmalen begeben, wobei Schuldverschreibungen einer Serie mit allen übrigen Schuldverschreibungen dieser Serie fungibel sind. Jede Serie kann in Tranchen (jeweils eine "Tranche") am selben oder an verschiedenen Begebungstagen begeben werden. Die besonderen Merkmale jeder Tranche werden in den Schuldverschreibungsbedingungen angegeben.</p>
Konsolidierung	Schuldverschreibungen einer Serie können mit Schuldverschreibungen einer anderen Serie konsolidiert werden und die Bestimmungen dieser Konsolidierung werden in den entsprechenden Schuldverschreibungsbedingungen angegeben werden.
Ausgabekurs	Schuldverschreibungen können zum Nennbetrag oder abzüglich eines Disagios oder zuzüglich eines Agios begeben werden. Im Falle von Daueremissionen wird der Erstausgabekurs angegeben und danach laufend an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst. Ein allfälliger Ausgabeaufschlag ist in den Schuldverschreibungsbedingungen angegeben.

Form der Schuldverschreibungen	Jede Schuldverschreibung lautet auf den Inhaber und jede Serie von Schuldverschreibungen ist durch eine oder mehrere auf den Inhaber lautende Sammelurkunde(n) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin trägt.
Hinterlegung der Schuldverschreibungen	Am oder vor dem Begebungstag jeder Tranche wird die die Inhaberschuldverschreibungen verbrieftende Sammelurkunde bei der OeKB als Wertpapiersammelbank hinterlegt. Jede Sammelurkunde wird so lange von der OeKB verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Wertpapiersammelbank und anwendbarem Recht übertragen werden können.
Währungen	Die Schuldverschreibungen lauten auf eine der folgenden Währungen, wie im Konditionenblatt angegeben: Euro, Norwegische Kronen, Schweizer Franken, Britisches Pfund, Australischer Dollar, Kanadischer Dollar, US-Dollar, Tschechische Krone, Forint, Zloty, Neuer Rumänischer Leu, Kuna, Türkische Lira.
Laufzeiten	Die Laufzeit der Schuldverschreibungen ist im Konditionenblatt bezeichnet. Die Schuldverschreibungen weisen keine Mindest- oder Höchstlaufzeit auf, ausgenommen, dass nachrangiges Kapital eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren aufweist.
Stückelung	Die Schuldverschreibungen haben entweder keine festgelegte Stückelung (Stücknotiz) oder werden in von der Emittentin in den Endgültigen Konditionen bestimmten Stückelungen begeben.
Fixverzinsliche Schuldverschreibungen	Fixe Zinsen sind nachträglich an dem Tag oder den Tagen, die im Konditionenblatt angegeben sind, zahlbar.
Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen	Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen werden gemäß den separaten Bestimmungen des Konditionenblattes verzinst.
Fix und variabel verzinsliche	Fix und variabel verzinsliche Schuldverschreibungen werden gemäß den

Schuldverschreibungen	separaten Bestimmungen des Konditionenblattes verzinst.
Nullkupon-Schuldverschreibungen	Nullkupon-Schuldverschreibungen können zu ihrem Nennbetrag oder abzüglich eines Disagios oder zuzüglich eines Agios begeben werden und werden nicht verzinst.
Indexbezogene Schuldverschreibungen	Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) werden hinsichtlich indexbezogener Schuldverschreibungen durch Bezugnahme auf einen Index (z.B. Aktien-, Waren- oder anderen Index bzw. auf einen Aktien-, Waren- oder anderen Indexkorb) berechnet (wie im Konditionenblatt angegeben).
Aktienbezogene Schuldverschreibungen	Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) auf aktienbezogene Schuldverschreibungen werden durch Bezugnahme auf einen Einzeltitel oder einen Aktienkorb, wie im Konditionenblatt angegeben, berechnet.
Fondsbezogene Schuldverschreibungen	Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) werden hinsichtlich fondsbezogener Schuldverschreibungen durch Bezugnahme auf einen entsprechenden Fonds oder einen Korb von Fonds, wie von der Emittentin bestimmt, (und im Konditionenblatt angegeben) berechnet.
	Fonds können direkt oder indirekt gemäß dem Prinzip der Portfoliodiversifikation in Aktien, Anleihen, strukturierte Schuldverschreibungen, Immobilien, Geldmarktinstrumente, Finanzinstrumente, Waren, Indizes, Fonds und andere Veranlagungen investieren. Fonds können an einem Markt gelistet oder ungelistet sein und in verschiedenen Rechtsformen und Strukturen, abhängig von der anwendbaren Rechtsordnung und dem Anlageziel, gegründet werden. Insbesondere können Fonds als offene oder geschlossene Fonds mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit und mit oder ohne eigene Verwaltungsgesellschaft errichtet werden. Abhängig von der Rechtsordnung, der der Fonds unterliegt, seiner Struktur, seiner Anlageziele, etc kann der Fonds gemäß der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in

Wertpapieren (OGAW) (die "**OGAW Richtlinie**") in der geltenden Fassung errichtet sein. Die Arten von Fonds, die als Basiswerte für Fondsbezogene Schuldverschreibungen dienen können, sind nicht auf Fonds gemäß der OGAW-Richtlinie beschränkt und können auch verschiedene Kategorien von Fonds wie Einzelfonds-, Dachfonds-Strukturen, Indexfonds und Fonds, die Indizes abbilden, Immobilienfonds, Hedgefonds, alternative Investmentfonds und weitere Fonds, deren Struktur, Anlageziele, Anlegerbeteiligung, etc von der Struktur, den Anlagezielen, der Anlegerbeteiligung, etc gemäß der OGAW-Richtlinie abweicht, einschließen. In Abhängigkeit von der anwendbaren Rechtsordnung können Fonds unter der Aufsicht von Aufsichtsbehörden stehen oder nicht und bestimmte Veranlagungsgrenzen und beschränkte Rückzahlungsrechte aufweisen.

**Warenbezogene
Schuldverschreibungen**

Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) auf warenbezogene Schuldverschreibungen werden durch Bezugnahme auf eine Ware (oder einen Warenkorb), wie im Konditionenblatt angegeben, berechnet.

**Währungsbezogene
Schuldverschreibungen**

Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) auf währungsbezogene Schuldverschreibungen werden durch Bezugnahme auf eine Währung (oder einen Währungskorb), wie im Konditionenblatt angegeben, berechnet.

**Zinssatzbezogene
Schuldverschreibungen**

Zahlungen (sei es in Bezug auf Kapital oder Zinsen und sei es zur Fälligkeit oder an einem anderen Zeitpunkt) auf zinssatzbezogene Schuldverschreibungen werden durch Bezugnahme auf einen Zinssatz (oder einen Zinssatzkorb), wie im Konditionenblatt angegeben, berechnet.

Zinsperioden und Zinssätze

Die Länge der Zinsperioden der Schuldverschreibungen und die anwendbaren Zinssätze oder die Berechnungsart können sich von Zeit zu Zeit ändern oder für eine Serie gleich bleiben. Schuldverschreibungen können einen Höchstzinssatz oder einen Mindestzinssatz oder beides aufweisen. Sämtliche Informationen in diesem Zusammenhang werden in den

Schuldverschreibungsbedingungen angegeben.

Rückzahlung

Schuldverschreibungen können zum Nennwert oder zu einem anderen Betrag (der auf Grundlage einer Formel oder anders errechnet wird) rückzahlbar sein, wie in den jeweiligen Schuldverschreibungsbedingungen angegeben.

Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin

Das Konditionenblatt hinsichtlich jeder Emission von Schuldverschreibungen gibt an, ob die Schuldverschreibungen (gänzlich oder teilweise) vor Ende ihrer Laufzeit nach Wahl der Emittentin zurückgezahlt werden können, sowie unter welchen Bedingungen dies möglich ist.

Anleger sollten beachten, dass Inhaber von Schuldverschreibungen dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Inhaber von Schuldverschreibungen, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Inhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. In den Konditionenblättern von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben (Punkt 16(v) "Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht"). Dies soll es potentiellen Anlegern erleichtern, die jeweilige Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu

vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitiges Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die eine Veranlagung in variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen sind, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Schuldverschreibungen nicht zu.

Rang von nicht nachrangigen Schuldverschreibungen

Die Verbindlichkeiten der Emittentin aus nicht nachrangigen Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, nicht-nachrangige und unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin.

Rang von nachrangigen Schuldverschreibungen

Die Verbindlichkeiten der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen begründen direkte, nachrangige und unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin.

Rang von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe)

Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) begründen direkte, unbedingte, nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die jeweils durch einen gesonderten Deckungsstock besichert sind.

Besteuerung

Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Kapital- und Zinsbeträge werden unter Einbehalt oder Abzug jener Steuern, Abgaben oder Gebühren gezahlt, die von der Republik Österreich oder einer Steuerbehörde der Republik Österreich im Wege des Einbehalts oder des Abzugs auferlegt, einbehalten oder erhoben werden, und deren Einbehalt oder Abzug der Emittentin obliegt.

Anwendbares Recht

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Sachrecht unter Ausschluss seiner Verweisungsnormen.

Gerichtsstand

Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für den 1. Wiener Gemeindebezirk in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

Börsenotierung

Die Schuldverschreibungen sollen zur Börsennotiz im Amtlichen Handel und/oder im Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse und/oder im Amtlichen Handel (*Official List*) an der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) und/oder an der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergischen Wertpapierbörse) und/oder an der Frankfurter Börse zugelassen werden.

Zulassung zum Handel

Die Zulassung des Programms und/oder der Schuldverschreibungen an den Österreichischen Märkten und/oder der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) und/oder der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergischen Wertpapierbörse) und/oder an der Frankfurter Börse kann beantragt werden. Unter dem Programm begebene Schuldverschreibungen können zum Handel an jedem anderen geregelten oder nicht geregelten Markt oder an jeder anderen Börse zum Handel zugelassen werden.

Zum Datum dieses Basisprospekts sind vergleichbare Schuldverschreibungen der Emittentin zum Handel am amtlichen Handel der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*), Euronext Amsterdam, der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergischen Wertpapierbörse), der SWX Swiss Exchange und an den Märkten zugelassen.

Verwendung des Emissionserlöses

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Schuldverschreibungen werden von der Erste Group Bank zur Gewinnerzielung, für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse und, im Falle von nachrangigen Schuldverschreibungen, zur Stärkung ihrer Kapitalbasis verwendet.

Investoren

Die Schuldverschreibungen sollen primär Privatkunden der Erste Group angeboten werden. Grundsätzlich erfolgt aber die Einladung zur Angebotsstellung an keine begrenzte Zielgruppe und Schuldverschreibungen können auch anderen Investoren angeboten werden.

Verkaufsbeschränkungen

Die Schuldverschreibungen wurden und werden weder gemäß dem Securities Act registriert und noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen oder andere Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

ÜBERBLICK ÜBER PFANDBRIEFE UND KOMMUNALSCHULDVERSCHREIBUNGEN (ÖFFENTLICHE PFANDBRIEFE)

Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) sind Schuldverschreibungen nach österreichischem Recht, deren Ausstattung im Hypothekbankgesetz und der Verordnung über die Einführung des Hypothekbankgesetzes geregelt sind. In Abhängigkeit von der Einordnung der Schuldverschreibungen als Pfandbriefe oder Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe), sind die Ansprüche der Anleger aus den Schuldverschreibungen jederzeit durch ein Sondervermögen (den jeweiligen Deckungsstock) gesichert. Die Vermögensgegenstände des Deckungsstocks sind in einem besonderen Register (Deckungsregister) bei der Emittentin angeführt. Vermögensgegenstände aus dem Deckungsstock dürfen ausschließlich zur Befriedigung von Ansprüchen aus den entsprechenden Schuldverschreibungen verwendet werden.

Die Vermögensgegenstände aus dem Deckungsstock für Pfandbriefe bestehen aus Hypothekarkrediten (oder Teilen davon), wobei die Belehnung des Grundstücks 60% des Werts des Grundstücks nicht überschreiten darf. Dies gilt für österreichische Hypotheken; Hypotheken über Immobilien in Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz dürfen ebenso als Deckungsvermögen verwendet werden, vorausgesetzt dass die rechtliche und wirtschaftliche Position der Gläubiger der Pfandbriefe vergleichbar ist mit jener der Gläubiger österreichischer Hypotheken. In gewissem Ausmaß dürfen auch Hypotheken, die diesem Standard nicht entsprechen, bis zu einer Grenze von 10% aller dem Standard entsprechenden Hypotheken in den Deckungsstock aufgenommen werden.

Der Deckungsstock für Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) besteht aus Kreditforderungen gegen, oder Schuldverschreibungen, die von österreichischen Körperschaften des öffentlichen Rechts oder anderen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz oder deren Regionalregierungen oder deren örtlichen Gebietskörperschaften, für die die zuständigen Behörden nach Art 43 Abs 1 lit b Z 5 der Richtlinie 2000/12/EG eine Gewichtung von höchstens 20% festgelegt haben oder gegen Übernahme der Gewährleistung durch eine der vorgenannten Körperschaft, begeben oder garantiert werden.

Bestimmte Vermögensgegenstände, die für die Emittentin treuhändig gehalten werden, sowie Derivatverträge zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen oder Schuldnerisiken in Zusammenhang mit Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) dürfen ebenfalls in den Deckungsstock aufgenommen werden.

Der Gesamtnennbetrag der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe muss in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Hypotheken von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein, ergänzt durch eine sichernde Überdeckung im Ausmaß von 2% des Nennwerts der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe. Weiters sieht die Satzung der Emittentin derzeit vor, dass zusätzlich zur Deckung des Nennwerts der Pfandbriefe auch die Deckung des Barwerts der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe jederzeit sichergestellt sein muss. Dieselben Erfordernisse hinsichtlich der sichernden Überdeckung und der Deckung des Barwerts gelten auch analog für Kommunalschuldverschreibungen (*Öffentliche Pfandbriefe*).

Ist infolge einer Rückzahlung von Hypotheken oder aus einem anderen Grund die vorgeschriebene Deckung der ausgegebenen Pfandbriefe nicht vollständig vorhanden, kann die Emittentin die fehlende Hypothekendeckung durch (i) Schuldverschreibungen, die als Deckung für Kommunalschuldverschreibungen (*Öffentliche Pfandbriefe*) zulässig sind, vorausgesetzt, diese werden an einem geregelten Markt in Österreich oder einem Mitgliedstaat der OECD gehandelt, (ii) Guthaben bei bestimmten Zentralbanken oder bestimmten Kreditinstituten, oder (iii) Bargeld, ersetzen ("**Ersatzdeckung**"). Die Ersatzdeckung darf zu keinem Zeitpunkt 15% des Gesamtnennbetrags der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe übersteigen. Schuldverschreibungen von Körperschaften öffentlichen Rechts (Punkt (i) oben) dürfen als Ersatzdeckung für Pfandbriefe nur bis zu

einem Höchstbetrag angesetzt werden, der um 5% des Nennwerts unter ihrem jeweiligen Börse- oder Marktpreis bleibt, den Nennwert aber nicht übersteigt.

Gemäß den gesetzlichen Vorschriften können Pfandbriefe grundsätzlich nur ausgegeben werden, wenn ihre Laufzeit die Laufzeit der Hypotheken nicht wesentlich übersteigt. Als weitere Voraussetzung darf der Anteil des Nennwertes der neu ausgegebenen Pfandbriefe mit einer Laufzeit von mehr als 15 Jahren am Ende jedes Kalendervierteljahres innerhalb eines Durchrechnungszeitraums von drei Jahren nicht mehr als 60% des Nennwertes der insgesamt neu ausgegebenen Pfandbriefe betragen. Bei der Berechnung darf der Nennwert der Pfandbriefe mit einer Laufzeit von mehr als 15 Jahren um den Nennwert der während des Durchrechnungszeitraums neu erworbenen Deckungswerte mit einer Laufzeit von mehr als 15 Jahren vermindert werden. Weiters gibt es besondere Regeln im Hinblick auf Pfandbriefe, hinsichtlich derer die Emittentin auf ihr Recht auf Rückzahlung höchstens für einen Zeitraum eines Drittels der Laufzeit verzichtet hat oder mit deren Tilgung spätestens nach Ablauf eines Drittels der Laufzeit zu beginnen ist.

Für jeden Deckungsstock wird vom Finanzminister für einen Zeitraum von fünf Jahren ein Treuhänder bestellt, der die Urkunden über die in das Hypothekenregister eingetragenen Werte sowie das zur Ersatzdeckung bestimmte Geld gemeinsam mit der Emittentin verwahrt. Die vorrangige Aufgabe des Treuhänders ist, sicherzustellen, dass die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe oder Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) und die Ansprüche des Vertragspartners der Emittentin aus dem Derivatvertrag (Sicherungsgeschäft) jederzeit vorhanden ist. Alle in das Register eingetragenen Werte können nur mit Zustimmung des Treuhänders aus dem Register gelöscht werden.

Die Deckungsstöcke stellen jeweils eigenständige Sondermassen für die Forderungen der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) und die Gläubiger aus den Derivatverträgen (so vorhanden) dar. Im Falle der Insolvenz der Emittentin sieht das anwendbare österreichische Recht ausdrücklich eher ein Fortbestehen als eine Liquidation vor: Im Falle der Insolvenz werden Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) nicht automatisch beendet, sondern die Geldflüsse bleiben grundsätzlich unberührt. Jede Sondermasse wird von einem besonderen vom Gericht bestellten Verwalter (der auch ein anderes Kreditinstitut sein kann) verwaltet, ohne dabei die Rechte der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) zu verletzen. Der besondere Verwalter hat fällige Forderungen der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) aus der Sondermasse zu erfüllen und die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen mit Wirkung für die Sondermasse zu treffen, etwa durch Einziehung fälliger Hypothekarforderungen, Veräußerung einzelner Deckungswerte oder durch Zwischenfinanzierungen. Nach seiner Bestellung hat der besondere Verwalter die im Register eingetragenen Werte jeweils gemeinsam mit den Verbindlichkeiten aus den Pfandbriefen und den Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) an ein geeignetes Kreditinstitut zu verkaufen. Nur falls ein Verkauf der Sondermasse nicht möglich ist und die im Register eingetragenen Werte zur Befriedigung der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) nicht ausreichen, findet eine Liquidation der Sondermasse statt. In diesem Fall gelten die Forderungen aus den Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) als sofort fällig und aus dem Erlös werden die Inhaber der Papiere befriedigt.

Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) sind rückgriffsberechtigte Verbindlichkeiten der Emittentin. Da Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) allgemeine Verbindlichkeiten des Kreditinstituts darstellen, können die Inhaber dieser Wertpapiere auch auf die Vermögenswerte der Emittentin außerhalb des Deckungsstocks zugreifen. Hinsichtlich dieser Vermögenswerte stehen die Ansprüche der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) im gleichen Rang wie die unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, und ihre Ansprüche

sind begrenzt mit dem voraussichtlichen Ausfall der entsprechenden Sondermasse im Falle der Liquidation der Sondermasse.

Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, beim zuständigen Gericht die Bestellung eines gemeinsamen Kurators zur Vertretung der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) zu beantragen. Dieser Kurator kann auch im Falle der Insolvenz der Emittentin bestellt werden und auf Antrag dessen, dessen Rechte jeweils durch den Mangel einer gemeinsamen Vertretung der Inhaber der Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) gehemmt würden. In diesem Fall können die gemeinsamen Rechte der Inhaber, die aus den Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) erwachsen, nur durch den gemeinsamen Kurator ausgeübt werden. Die Inhaber können an den durch den gemeinsamen Kurator durchgeführten Verfahren auf eigene Kosten teilnehmen.

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die Emittentin wird die nachstehenden allgemeinen Emissionsbedingungen (allenfalls ergänzt um die ergänzenden Emissionsbedingungen für Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen auf Seite 62 ff) für jede Emission von Schuldverschreibungen mittels eines Konditionenblattes ergänzen und vervollständigen, sodass sich für jede solche Emission von Schuldverschreibungen die auf diese anwendbaren Schuldverschreibungsbedingungen durch eine Kombination der Emissionsbedingungen und des Konditionenblattes ergeben. Jene Variablen, die nachstehend mit eckigen Klammern und/oder Anweisungen markiert sind, werden zur Gänze durch die im Konditionenblatt enthaltenen Werte und Textteile ergänzt bzw ersetzt. In kursiver Schrift gesetzte Anweisungen sind nicht Teil der Schuldverschreibungsbedingungen. Änderungen der Nummerierung sind, soweit erforderlich, möglich.

Um die Lesbarkeit der auf eine Emission von Schuldverschreibungen jeweils anwendbaren Bedingungen zu steigern, wird die Emittentin außerdem dem Konditionenblatt ausformulierte Schuldverschreibungsbedingungen als Anhang anfügen. Im Falle eines Widerspruches zwischen den durch das Konditionenblatt ergänzten Emissionsbedingungen und den konsolidierten Schuldverschreibungsbedingungen gehen erstere vor.

Kopien des Konditionenblattes und der konsolidierten Schuldverschreibungen sind für die Gläubiger kostenlos bei der Emittentin und der Zahlstelle erhältlich.

Allgemeine Emissionsbedingungen

[Bezeichnung der Schuldverschreibungen]

[Seriennummer]

[ISIN]

§ 1

Form und Nennbetrag

- (1) Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") der Erste Group Bank AG (die "**Emittentin**") wird in **[Währung einfügen]** (die "**Währung**") im Gesamtnennbetrag von **[im Fall von Daueremission einfügen: bis zu [150.000.000 EUR] [anderer Betrag]]** in Worten: [hundertfünfzig Millionen Euro] **[anderer Betrag in Worten]** **[im Fall von Einzelemission einfügen: Gesamtnennbetrag]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten]**) am **[Begebungstag einfügen]** (der "**Begebungstag**") begeben und ist eingeteilt in Stückelungen von **[festgelegte Stückelungen einfügen]** (der "**Nennbetrag**").
- (2) Die Schuldverschreibungen sind durch eine oder mehrere Sammelurkunde(n) (jeweils eine "**Sammelurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft, welche die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter der Emittentin trägt. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und die Inhaber von Schuldverschreibungen (die "**Gläubiger**") haben kein Recht, die Ausstellung effektiver Schuldverschreibungen zu verlangen.
- (3) Jede Sammelurkunde wird so lange von der Oesterreichischen Kontrollbank AG (oder einem ihrer Rechtsnachfolger) als Wertpapiersammelbank verwahrt (die "**Wertpapiersammelbank**"), bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Wertpapiersammelbank übertragen werden können.

§ 2

Rang

[im Fall von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[im Fall von nachrangigem Kapital einfügen: Die Schuldverschreibungen stellen nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 BWG dar.

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nachrangige (gemäß § 45 Abs 4 Bankwesengesetz) Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird. Im Fall der Liquidation oder des Konkurses der Emittentin dürfen die Forderungen aus den Schuldverschreibungen erst nach den Forderungen der anderen nicht nachrangigen Anleihegläubiger der Emittentin befriedigt werden, so dass Zahlungen auf die Schuldverschreibungen solange nicht erfolgen, wie die

Ansprüche der anderen nicht nachrangigen Anleihegläubiger der Emittentin nicht vollständig befriedigt sind. Kein Gläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen.

Für die Rechte der Gläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Nachträglich können der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen und eine allenfalls anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden.

[im Fall von Hypothekendarlehen einfügen:]

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Darlehen sind nach Maßgabe des österreichischen Hypothekendarlehensgesetzes gedeckt und stehen mindestens im gleichen Rang mit allen anderen Verpflichtungen der Emittentin aus Darlehen.

Darlehen werden durch einen gesonderten Deckungsstock von Deckungswerten besichert, welcher neben anderen geeigneten Vermögenswerten erstrangige Hypotheken an österreichischen Liegenschaften und an bestimmten Liegenschaften, welche in anderen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz gelegen sind, sowie Sicherungsgeschäfte (Derivatverträge) zur Verminderung künftiger Zins-, Währungs- oder Schuldnerisiken enthalten kann. Die Deckungswerte für Darlehen werden im Hypothekenregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem Hypothekendarlehensgesetz geführt wird. Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Darlehen hat in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Hypotheken (oder andere geeignete Vermögenswerte) von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag zuzüglich einer sichernden Überdeckung von 2% des Nennwerts der im Umlauf befindlichen Darlehen gedeckt zu sein. Die Satzung der Emittentin sieht vor, dass zusätzlich zur Deckung des Nennwertes der Darlehen die jederzeitige Deckung nach dem Barwert der im Umlauf befindlichen Darlehen sichergestellt sein muss. Darlehen sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 230b Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches].

[im Fall von Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Darlehen) einfügen:]

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die öffentlichen Darlehen sind nach Maßgabe des österreichischen Hypothekendarlehensgesetzes gedeckt und stehen mindestens im gleichen Rang mit allen anderen Verpflichtungen der Emittentin aus Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Darlehen).

Kommunalschuldverschreibungen (öffentliche Darlehen) werden durch einen gesonderten Deckungsstock von Deckungswerten besichert, welcher neben anderen geeigneten Vermögenswerten Darlehensforderungen gegen inländische Körperschaften des öffentlichen Rechts oder andere Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich oder die Schweiz sowie deren Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften, für welche die zuständigen Behörden nach Art 43 Abs 1 lit b Z 5 der Richtlinie 2000/12/EG eine Gewichtung von höchstens 20% festgelegt haben, oder Forderungen, denen eine Garantie durch eine der vorgenannten Körperschaften zukommt, oder von einer der vorgenannten Körperschaften ausgegebene Schuldverschreibungen oder Schuldverschreibungen, für die eine der vorgenannten Körperschaften die Garantie übernimmt, sowie Sicherungsgeschäfte (Derivatverträge) zur Verminderung künftiger Zins-, Währungs- oder Schuldnerisiken enthalten kann. Die Deckungswerte für die Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Darlehen) werden im Hypothekenregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem Hypothekendarlehensgesetz geführt wird. Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Darlehen) hat in Höhe des Nennwerts

jederzeit durch Deckungswerte von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag zuzüglich einer sichernden Überdeckung von zumindest 2% des Nennwerts der im Umlauf befindlichen Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Pfandbriefe) gedeckt zu sein. Die Satzung der Emittentin sieht außerdem vor, dass der Barwert der im Umlauf befindlichen Kommunalschuldverschreibungen (öffentlichen Pfandbriefe) jederzeit durch geeignete Vermögenswerte sichergestellt sein muss. Kommunalschuldverschreibungen (öffentliche Pfandbriefe) sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 230b Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.]

§ 3 Ausgabekurs

[Im Fall von Daueremissionen einfügen:

Der Erstausgabekurs beträgt anfänglich [100%] **[anderen Prozentsatz angeben]** des Nennbetrages [, plus einem Ausgabeaufschlag in Höhe von **[Ausgabeaufschlag einfügen]**]. Der Ausgabekurs wird laufend an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst.]

[Im Fall von Nicht-Daueremissionen einfügen:

Der Ausgabekurs beträgt [100%] **[anderen Prozentsatz angeben]** des Nennbetrages [, plus einem Ausgabeaufschlag in Höhe von **[Ausgabeaufschlag einfügen]**].]

§ 4 Laufzeit

Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beginnt mit [dem Begebungstag] **[anderen Laufzeitbeginn einfügen]** und endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag gemäß § 6(1) vorangehenden Tages.

§ 5 Verzinsung

[Im Fall von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen: Regelmäßige Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen erfolgen nicht.]

[Im Fall von fixverzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:

- (1) Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich/**andere einfügen**] **[Zinssatz einfügen]**% [per annum] ab dem **[Fixen Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) (der "**Fixe Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 6(1) definiert) **[im Fall von Schuldverschreibungen ohne festen Fälligkeitstag andere(s) maßgebliche(s) (Datum) (Daten) einfügen]** (ausschließlich) verzinst.
- (2) Die Zinsen sind nachträglich am **[Fixzinszahlungstag(e) einfügen]** eines jeden Jahres (jeweils ein "**Fixzinszahlungstag**") zahlbar. Die erste fixe Zinszahlung erfolgt am **[ersten Fixzinszahlungstag einfügen]** (der "**erste Fixzinszahlungstag**").
- (3) Als "**Fixzinsperiode**" gilt jeweils der Zeitraum vom Fixen Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Fixzinszahlungstag (ausschließlich), und jeder weitere Zeitraum von einem Fixzinszahlungstag (einschließlich) bis zum [folgenden Fixzinszahlungstag (ausschließlich)] [bzw. bis zum Variablen Verzinsungsbeginn (ausschließlich)] **[bei Anpassung der Zinsperiode einfügen:** , allenfalls angepasst gemäß § 7(2)].]

[Im Fall von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:

- (1) Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich/**andere einfügen**] mit dem Variablen Zinssatz (wie unten definiert(ab dem [**Variablen Verzinsungsbeginn einfügen**] (einschließlich) (der "**Variable Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 6(1) definiert) [**im Fall von Schuldverschreibungen ohne festen Fälligkeitstag andere(s) maßgebliche(s) (Datum) (Daten) einfügen**] (ausschließlich) verzinnt.
- (2) Die Zinsen sind nachträglich an jedem Variablen Zinszahlungstag zahlbar. "**Variabler Zinszahlungstag**" bedeutet [**im Fall von festgelegten variablen Zinszahlungstagen einfügen**: jeder [**festgelegte variable Zinszahlungstage einfügen**] eines Jahres.] Die erste variable Zinszahlung erfolgt am [**ersten variablen Zahlungstag einfügen**] (der "**erste Variable Zinszahlungstag**")
- (3) Als "**Variable Zinsperiode**" gilt jeweils der Zeitraum vom Variablen Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Variablen Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeder weitere Zeitraum von einem Variablen Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Variablen Zinszahlungstag (ausschließlich) [**bei Anpassung der Zinsperiode einfügen**: , allenfalls angepasst gemäß § 7(2)].
- (4) Der variable Zinssatz (der "**Variable Zinssatz**") für jede Variable Zinsperiode errechnet sich wie folgt:

[Zinssatz oder Formel einfügen]

[Beschreibung der Formel einfügen]

[Definition EURIBOR und Bildschirmseite EURIBOR einfügen]

[Definition LIBOR und Bildschirmseite LIBOR einfügen]

[Definition CMS und Bildschirmseite EURIBOR einfügen]

[Anderer variabler Zinssatz und allenfalls Bildschirmseite einfügen]

[Wenn Bildschirmseite kostenpflichtig ist, folgendes einfügen: Der Zugriff auf Informationen der Bildschirmseite ist kostenpflichtig. Die betreffenden Informationen können jederzeit kostenfrei bei der Emittentin eingeholt werden.]

[Falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Variable Zinsperiode ermittelte Variable Zinssatz niedriger ist als [**Mindestzinssatz einfügen**] [per annum], so ist der Variable Zinssatz für diese Variable Zinsperiode [**Mindestzinssatz einfügen**] [per annum].]

[Falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen: Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Variable Zinsperiode ermittelte Variable Zinssatz höher ist als [**Höchstzinssatz einfügen**] [per annum], so ist der Variable Zinssatz für diese Variable Zinsperiode [**Höchstzinssatz einfügen**] [per annum].]

[Bestimmungen zu einer Barriere einfügen, wenn anwendbar]

[andere oder weitere Vorschriften bezüglich variabel verzinslicher Schuldverschreibungen einfügen]

[allenfalls Bestimmungen zum Verzinsungswechsel einfügen]

- [(5) Sollte zur festgelegten Zeit der in § 5(4) genannte Angebotssatz auf der Bildschirmseite nicht erscheinen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle der vier [Banken mit der größten Bilanzsumme, deren Angebotssätze zur Bestimmung des

zuletzt auf der Bildschirmseite erschienen Angebotssatzes verwendet wurden] **[andere Referenzbanken einfügen]** (die "Referenzbanken") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz p.a.) für Einlagen in der festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie unten definiert) gegenüber führenden Banken [im [Londoner] **[anderer]** Interbanken-Markt] [in der Euro-Zone] (der "relevante Markt") etwa zur festgelegten Zeit am Variablen Zinsfeststellungstag anfordern. Falls zumindest zwei Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der **[Zinsbasis anführen]** für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet **[falls EURIBOR der Referenzzinssatz ist, einfügen:** auf das nächste tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist] **[in allen anderen Fällen einfügen:** auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,000005 aufgerundet wird]) der ermittelten Angebotssätze. Falls an einem Variablen Zinsfeststellungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, wird der **[Zinsbasis anführen]** für die betreffende Variable Zinsperiode wie folgt berechnet:

Der **[Zinsbasis anführen]** entspricht dem arithmetischen Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) jener Sätze, die die Berechnungsstelle von den ausgewählten Referenzbanken um 11:00 ([Brüssel] [London] Zeit) am betreffenden Variablen Zinsfeststellungstag für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Variable Zinsperiode angeboten bekommt.

Falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, dann soll der **[Zinsbasis anführen]** für die betreffende Variable Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Variable Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Variable Zinsperiode sein, den bzw. die einen oder mehrere Banken der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden Variablen Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken am relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen).

Für den Fall, dass der **[Zinsbasis anführen]** nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist der **[Zinsbasis anführen]** der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Variablen Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

"**Variabler Zinsfeststellungstag**" meint den [zweiten] **[andere Anzahl von Tagen einfügen]** Zinsfeststellungsgeschäftstag (wie nachstehend definiert) vor Beginn der jeweiligen Variablen Zinsperiode.

"**Zinsfeststellungsgeschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem [die Banken in [Wien] **[anderer Ort oder Orte]** für Geschäfte geöffnet sind und] das TARGET System (wie unten definiert) zur Abwicklung von Zahlungen in Euro zur Verfügung steht [die Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Hauptfinanzzentrum oder Finanzzentren einfügen]** Zahlungen abwickeln.]]

[(4)]/[(5)]/[(6)] **Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Fall von "30/360":

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (i) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats

fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (ii) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Fall von "actual/actual (ICMA)":

- (a) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer ist als die Zinsperiode in welche dieser fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen in diesem Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (i) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (ii) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.
- (b) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (i) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der dieser beginnt, geteilt durch das Produkt aus (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (ii) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt aus (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.]

[Im Fall von "30E/360" oder "Eurobond Basis":

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat von 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Fall von "Actual/365" oder "Actual/Actual (ISDA)":

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365).]

[Im Fall von "Actual/365 (Fixed)" einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[Im Fall von "Actual/360":

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.]

§ 6 Rückzahlung

- (1) **[Im Fall von Schuldverschreibungen mit festem Fälligkeitstag einfügen, soweit diese nicht basiswertabhängig sind:** Die Schuldverschreibungen werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag am **[Fälligkeitstag einfügen]** (der "Fälligkeitstag") zurückgezahlt.]¹

[Im Fall von Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen: Die Schuldverschreibungen werden gemäß § 6a zurückgezahlt].

[Im Fall von Schuldverschreibungen ohne festen Fälligkeitstag andere maßgebliche Vorschriften einfügen]

[weitere Ereignisse/Definitionen einfügen]

- [(2) **bei vorzeitiger Rückzahlung nach Wahl der Emittentin einfügen:** Es steht der Emittentin frei, am **[Wahlrückzahlungstag(e) einfügen]** ([der] [jeweils ein] "Wahlrückzahlungstag") die Schuldverschreibungen vollständig [oder teilweise] zu ihrem Wahlrückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum Wahlrückzahlungstag aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen, nachdem sie die Gläubiger mindestens [fünf] **[andere Kündigungsfrist einfügen]** Geschäftstage zuvor gemäß § 12 benachrichtigt hat. Jede Rückzahlung muss sich auf Schuldverschreibungen im Nennbetrag oder eines Vielfachen davon beziehen. **[bei Teilrückzahlung einfügen:** Im Fall einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen gemäß den Regeln [der Wertpapiersammelbank] [andere Regel einfügen] spätestens 30 Tage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum ausgewählt.

Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Inhaber von Schuldverschreibungen dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Inhaber von Schuldverschreibungen, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Inhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. [In den Konditionenblättern von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist)] [Im konkreten Fall der **[Emissionsbezeichnung einfügen]** bemisst sich] die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten auf etwa [●] bis [●] Basispunkte und vergleichbare hypothetische Schuldverschreibungen, deren Wert berechnet bzw. deren theoretische

¹ Schuldverschreibungen, die nachrangiges Kapital verbriefen, haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren vorzusehen.

Absicherungskosten von in diesem Geschäftsbereich tätigen Kreditinstituten ermittelt wurden, würden daher in diesem entsprechenden Ausmaß für die Emittentin teurer sein und eine entsprechende Reduzierung der Rendite zur Folge haben] [angeben.]] Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzwert soll es ihnen erleichtern, die gegenständliche Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitiges Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die eine Veranlagung in variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen sind, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Schuldverschreibungen nicht zu.]

[(2)]/(3)] Der "Rückzahlungsbetrag" [jeder Schuldverschreibung ist [ihr Nennbetrag] [anderenfalls Rückzahlungsbetrag je Nennbetrag oder Berechnungsmethode einfügen].]

[Der "Wahrrückzahlungsbetrag" jeder Schuldverschreibung ist [ihr Nennbetrag] [anderenfalls Wahrrückzahlungsbetrag pro Nennbetrag oder Berechnungsmethode einfügen].]

[Der "Mindestrückzahlungsbetrag" jeder Schuldverschreibung beträgt [Betrag einfügen] und der "Höchstrückzahlungsbetrag" jeder Schuldverschreibung beträgt [Betrag einfügen].]

[Im Fall von Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen sind hier die entsprechenden ergänzenden Emissionsbedingungen einzufügen].

§ 7 Zahlungen

- (1) Zahlungen, sowohl Zins-, als auch Tilgungszahlungen ("Zahlungen") auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe der anwendbaren steuerlichen und sonstigen Gesetze und Vorschriften in der festgelegten Währung.
- (2) Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der Zahlungstermin

[Bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben. [bei Anpassung der Zinsperiode einfügen: Dementsprechend kommt es zu einer Verlängerung/Verkürzung der abzurechnenden bzw. zu einer Verkürzung/Verlängerung der nachfolgenden Zinsperiode und zu einer Verringerung/Erhöhung der jeweiligen Zinsbeträge].]

[Bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen. [bei Anpassung der Zinsperiode einfügen: Dementsprechend kommt es zu einer Verlängerung/Verkürzung der abzurechnenden bzw. zu einer Verkürzung/Verlängerung

der nachfolgenden Zinsperiode und zu einer Verringerung/Erhöhung der jeweiligen Zinsbeträge].]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Convention ("FRN Convention") einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Fälligkeitstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Fälligkeitstag der jeweils letzte Geschäftstag jenes Monats, in welchem dieser Zeitpunkt gefallen wäre, wenn er nicht angepasst worden wäre. **[bei Anpassung der Zinsperiode einfügen:** Dementsprechend kommt es zu einer Verlängerung/Verkürzung der abzurechnenden bzw. zu einer Verkürzung/Verlängerung der nachfolgenden Zinsperiode und zu einer Verringerung/Erhöhung der jeweiligen Zinsbeträge].]

[Bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen. **[bei Anpassung der Zinsperiode einfügen:** Dementsprechend kommt es zu einer Verlängerung/Verkürzung der abzurechnenden bzw. zu einer Verkürzung/Verlängerung der nachfolgenden Zinsperiode und zu einer Verringerung/Erhöhung der jeweiligen Zinsbeträge].]

- (3) "**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem [die Banken in [Wien] **[anderer Ort oder Orte]** für Geschäfte geöffnet sind und] das TARGET System (wie nachstehend definiert) zur Abwicklung von Zahlungen in Euro zur Verfügung steht [die Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Hauptfinanzzentrum oder Finanzzentren einfügen]** Zahlungen abwickeln]. "**TARGET System**" bezeichnet das "Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET)" Zahlungssystem, das eine einheitliche gemeinsam genutzte Plattform verwendet und am 19.11.2007 in Betrieb gestellt wurde (TARGET2) oder dessen Nachfolger.

§ 8

Zahlstelle. Berechnungsstelle

Die Emittentin fungiert als Zahlstelle und Berechnungsstelle.

§ 9

Besteuerung

Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Kapital- und Zinsbeträge werden unter Einbehalt oder Abzug jener Steuern, Abgaben oder Gebühren gezahlt, die von der Republik Österreich oder einer Steuerbehörde der Republik Österreich im Wege des Einbehalts oder des Abzugs auferlegt, einbehalten oder erhoben werden, und deren Einbehalt oder Abzug der Emittentin obliegt.

§ 10

Verjährung

Forderungen der Gläubiger auf die Rückzahlung von Kapital verjähren 30 Jahre nach Fälligkeit. Forderungen der Gläubiger auf die Zahlung von Zinsen verjähren drei Jahre nach Fälligkeit.

§ 11

Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Ankauf und Entwertung

- (1) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises, des Begebungstags und gegebenenfalls des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu

begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.

- (2) Die Emittentin und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Sofern diese Rückkäufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gegenüber erfolgen.
- (3) Sämtliche zurückgekauften Schuldverschreibungen können von der Emittentin entwertet, gehalten oder wiederverkauft werden.

§ 12 Mitteilungen

- (1) Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Tatsachenmitteilungen sind im Internet auf der Website **[Website einfügen]** zu veröffentlichen. Jede derartige Tatsachenmitteilung gilt mit dem **[[fünften] [anderen einfügen]** Tag nach dem] Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem **[[fünften] [anderen einfügen]** Tag nach dem] Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als übermittelt. Allfällige börserechtliche Veröffentlichungsvorschriften bleiben hiervon unberührt. Rechtlich bedeutsame Mitteilungen werden an die Inhaber der Schuldverschreibungen im Wege der depotführenden Stelle übermittelt.]
- (2) Die Emittentin ist berechtigt, eine Veröffentlichung nach Absatz 1 durch eine Mitteilung an die Wertpapier-Sammelbank zur Weiterleitung an die Gläubiger zu ersetzen, vorausgesetzt, dass in Fällen, in denen die Schuldverschreibungen an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse diese Form der Mitteilung zulassen. Jede derartige Mitteilung gilt **[am] [[fünften Tag] [anderen einfügen]** nach dem] Tag der Mitteilung an die Wertpapier-Sammelbank als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13 Anwendbares Recht. Gerichtsstand

- (1) Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Sachrecht unter Ausschluss seiner Verweisungsnormen.
- (2) Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für den 1. Wiener Gemeindebezirk in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

Ergänzende Emissionsbedingungen für Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen

Die allgemeinen Emissionsbedingungen werden durch Einfügung der unten abgedruckten Bestimmungen ersetzt oder ergänzt. Das Konditionenblatt bestimmt, ob die nachfolgenden ergänzenden Emissionsbedingungen Anwendung finden.

§ 6a

Rückzahlung. Außerordentliche Ereignisse

- (1) Die Schuldverschreibungen werden [zu ihrem Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert)] am **[Fälligkeitsdatum einfügen]** (der "**Fälligkeitstag**") [durch physische Lieferung der nachstehend beschriebenen Anzahl an Basiswerten am Liefertag (wie unten definiert)] zurückgezahlt.

[Der "**Rückzahlungsbetrag**"] [die "**Anzahl der Basiswerte**"] bezüglich jeder Schuldverschreibung berechne(t)(n) sich am **[Bewertungstag einfügen]** um **[Bewertungszeit einfügen]** (der "**Bewertungszeitpunkt**") wie folgt: **[Berechnungsmethode einfügen]**.

"**Basiswerte**" meint **[Beschreibung der Basiswerte oder des Basiswertkorbes einfügen]**.

[Der Rückzahlungsbetrag] [die Anzahl der Basiswerte] wird von der Berechnungsstelle in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen berechnet und den Gläubigern von der Berechnungsstelle gemäß §12 unverzüglich nach Feststellung mitgeteilt.

[im Fall vorzeitiger Rückzahlung bei außerordentlichen Ereignissen einfügen]:

- (2) Sollte [die Notierung [des Basiswertes] [eines oder mehrerer der im Korb enthaltenen Basiswerte] an der **[Maßgebliche Börse einfügen]** (die "**Maßgebliche Börse**") aus nicht durch die Emittentin zu vertretenden Gründen endgültig eingestellt werden] und [ein Ersatzkurs (wie unten definiert) nicht festgestellt werden können] **[andere außerordentliche Ereignisse einfügen]**, hat die Emittentin die Schuldverschreibungen zum Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zusammen mit bis (ausschließlich) zum Tag der Rückzahlung aufgelaufenen Zinsen zurückzuzahlen. Die Emittentin wird die Gläubiger spätestens [5] **[Anzahl der Tage angeben]** [Geschäftstage] [Tage] vor Rückzahlung gemäß § 12 darüber unterrichten. In diesem Fall zahlt die Emittentin [drei Geschäftstage] **[andere Frist angeben]** nach dem Tag der Bekanntmachung der vorzeitigen Rückzahlung an die Gläubiger für jede Schuldverschreibung einen Betrag (der "**Vorzeitige Rückzahlungsbetrag**"), der [dem Rückzahlungsbetrag entspricht]

[andere Berechnungsmethode einfügen]]

§ 6b

Lieferung von Basiswerten

- (1) Die Lieferung der Basiswerte erfolgt an die Gläubiger oder deren Order [durch Gutschrift auf ein vom Gläubiger zu benennendes Wertpapier-Depotkonto] **[anderen Lieferort angeben]** [drei Geschäftstage nach dem Fälligkeitstag] **[andere Frist angeben]** (der "**Liefertag**").
- (2) Soweit Schuldverschreibungen durch physische Lieferung der Basiswerte an denselben Gläubiger zurückgezahlt werden, werden diese zum Zweck der Berechnung der Anzahl der Basiswerte zusammengezählt. Soweit die Anzahl der Basiswerte, die

nach diesen Bedingungen berechnet worden sind, eine ganze Zahl ergeben, werden sie an den Gläubiger geliefert. Ein Anspruch auf danach allenfalls verbleibende Bruchteile an Basiswerten wird durch Barauszahlung dieser Bruchteile erfüllt, die zu diesem Zweck auf drei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet werden, wie von der Berechnungsstelle [auf der Grundlage des Kurses der Basiswerte an der Maßgeblichen Börse am Bewertungszeitpunkt] **[andere Berechnungsmethode einfügen]** berechnet, und gegebenenfalls in die festgelegte Währung konvertiert auf Basis des Umrechnungskurses der Berechnungsstelle an diesem Tag (der "**Ausgleichsbetrag**").

- (3) Alle Kosten der Gläubiger und dritter Personen (dh nicht der Emittentin), die notwendig sind, um die Lieferung der Basiswerte an einen Gläubiger durchzuführen, gehen zu Lasten des betreffenden Gläubigers (zB Depotgebühren, Abgaben, Beurkundungsgebühren, Registrierungsgebühren, Transaktionskosten oder Ausführungsgebühren und/oder Steuern und Abgaben, die wegen der Lieferung der Basiswerte bezüglich einer Schuldverschreibung erhoben werden).
- (4) Liegt vor und noch andauernd an dem maßgeblichen Liefertag eine Lieferungsstörung vor, welche die Lieferung der Basiswerte aus nicht von der Emittentin zu vertretenden Gründen undurchführbar (zB wenn Abwicklungssysteme nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen) oder wirtschaftlich unsinnig (dh wenn die Lieferung mit Kosten dritter Personen verbunden wäre, die mehr als 10% pro Basiswert ausmachen) macht, so wird der maßgebliche Liefertag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, an dem keine Lieferungsstörung vorliegt; hiervon ist der betreffende Gläubiger gemäß §12 zu informieren. Unter diesen Umständen hat der betreffende Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlungen, seien es Zins- oder sonstige Zahlungen, in Zusammenhang mit der Verzögerung der Lieferung der entsprechenden Basiswerte gemäß diesem Abschnitt. Die Emittentin gerät durch diese Verschiebung nicht in Verzug. Wenn die Lieferung der Basiswerte in Bezug auf eine Schuldverschreibung wegen einer Lieferungsstörung nicht oder nicht innerhalb einer Frist von [fünf] Geschäftstagen nach dem Fälligkeitstag durchführbar ist ("Unmöglichkeit der Lieferung"), hat die Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die betreffende Schuldverschreibung statt durch Lieferung der Basiswerte durch Zahlung eines Barbetrages an den betreffenden Gläubiger zu erfüllen, und zwar spätestens am dritten Geschäftstag nach dem Tag, an dem sie die betreffenden Gläubiger gemäß §12 über die Unmöglichkeit der Lieferung informiert hat. Der betreffende Barbetrag errechnet sich wie folgt: **[Berechnungsmethode einfügen]** Die Zahlung des betreffenden Abrechnungspreises bei Lieferungsstörung erfolgt gemäß §5.]

[bei Aktien- und Fondsbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:]

- (5) Weder die Emittentin noch die Zahlstelle sind verpflichtet, den betreffenden Gläubiger oder irgendeine andere Person vor oder nach der Rückzahlung durch physische Lieferung der Basiswerte, diese in irgendeinem Register einzutragen oder dafür Sorge zu tragen, dass eine solche Eintragung erfolgt.]

**[§ 6c
(Anpassungsereignisse)]**

[bei Indexbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:]

- (1) Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Gläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder

der Gläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt.

Wenn ein Basiswert

- (a) anstatt von **[ursprüngliche Indexberechnungsstelle einfügen]** (die "Indexberechnungsstelle") von einer Indexberechnungsstelle, die der Indexberechnungsstelle nachfolgt oder deren Funktion übernimmt (die "Nachfolge-Indexberechnungsstelle") berechnet und veröffentlicht wird, oder
- (b) durch einen Ersatzindex (der "Ersatzindex") ersetzt wird, der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,

wird der Basiswert, wie von der Nachfolge-Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht, oder der Ersatzindex herangezogen. Jede Bezugnahme in diesen Bedingungen auf die Indexberechnungsstelle oder den Basiswert gilt, als Bezugnahme auf die Nachfolge-Indexberechnungsstelle oder den Ersatzindex.

Wenn vor dem Laufzeitende die Indexberechnungsstelle eine Änderung in der Berechnungsformel oder der Berechnungsmethode vornimmt, ausgenommen solche Änderungen, welche für die Bewertung und Berechnung des betreffenden Index aufgrund von Änderungen oder Anpassungen der in dem betreffenden Index enthaltenen Komponenten vorgesehen sind, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß §12 bekanntmachen und die Berechnungsstelle wird die Berechnung ausschließlich in der Weise vornehmen, dass sie anstatt des veröffentlichten Kurses des jeweiligen Index einen solchen Kurs heranziehen wird, der sich unter Anwendung der ursprünglichen Berechnungsformel und der ursprünglichen Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung ausschließlich solcher Komponenten, welche in dem jeweiligen Index vor der Änderung der Berechnung enthalten waren, ergibt. Wenn am oder vor dem maßgeblichen Bewertungstag die Indexberechnungsstelle eine Änderung mathematischer Natur der Berechnungsformel und/oder der Berechnungsmethode hinsichtlich des jeweiligen Index vornimmt, wird die Berechnungsstelle diese Änderung übernehmen und eine entsprechende Anpassung der Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode vornehmen.

[bei Aktienbezogenen Schuldverschreibungen, vorausgesetzt, Anpassungsereignisse sind erforderlich:

- (1) Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Gläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder der Gläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt.

Sollte während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ein Anpassungsereignis (wie unten definiert) eintreten, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß §12 bekanntmachen. [Die Schuldverschreibungen werden durch die Emittentin angepasst,

um die Gläubiger der Schuldverschreibungen wirtschaftlich so zu stellen, wie sie ohne dieses Anpassungsereignis stehen würden. **[im Fall von börsennotierten Basiswerten einfügen:** Die Emittentin wird in der Regel Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der jeweiligen Börse, an der die Basiswerte notieren, im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen.] **[im Fall von börsennotierten Optionen auf die Basiswerte einfügen:** Der Emittentin kommt dabei kein Ermessen zu, vielmehr wird sie Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der Maßgeblichen Optionenbörse im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen. **"Maßgebliche Optionenbörse"** ist die **[Maßgebliche Optionenbörse einfügen]**

Ein Gläubiger der Schuldverschreibung erhält weder eine Rückzahlung zum Nennwert noch irgendwelche Aktien bzw einen Ausgleichsbetrag, wenn die Gesellschaft, welche die Basiswerte ausgegeben hat, mit der die Schuldverschreibungen zurückbezahlt werden können, am Fälligkeitstag nicht mehr existiert (zB infolge Konkurs oder Liquidation).

[andere Anpassungsmaßnahmen]

[bei Aktienbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

"Anpassungsereignis" bedeutet hinsichtlich der Emittentin der Basiswerte insbesondere Kapitalmaßnahmen, beispielsweise Kapitalerhöhungen, Emissionen von Wertpapieren mit Options- oder Wandlungsrechten auf die Basiswerte, Ausschüttungen von Sonderdividenden, Aktiensplits, Ausgliederungen, Verstaatlichungen, Übernahmen durch eine andere Gesellschaft, und Fusionen und andere die Emittentin der Basiswerte betreffende Ereignisse, die in ihren Auswirkungen auf den inneren Wert der Basiswerte oder die Beteiligung, welche die Basiswerte vermitteln, mit den genannten Ereignissen wirtschaftlich vergleichbar sind (nicht aber Konkurs, Liquidation oder ein anderes Insolvenzverfahren) **[weitere Anpassungsereignisse einfügen]**. Eine Beendigung der Notierung der Basiswerte bleibt ohne Auswirkungen auf das Schuldverhältnis zwischen Emittentin und Gläubiger der Schuldverschreibung.]

[bei Fondsbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

"Anpassungsereignis" bedeutet Änderungen in der Zusammensetzung und/oder Gewichtung der Einzelwerte [des Basiswertes] [der im Korb enthaltenen Basiswerte]. **[weitere Anpassungsereignisse einfügen]**. **[Anpassungsmaßnahmen einfügen]**

[bei Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

"Anpassungsereignis" bedeutet **[Anpassungsereignisse einfügen]**. **[Anpassungsmaßnahmen einfügen]**

(Marktstörungen)

[bei Indexbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Wenn zum Bewertungszeitpunkt der Kurs [des Basiswertes] [einer oder mehrerer der im Korb enthaltenen Basiswerte] nicht festgestellt und veröffentlicht wird oder eine Marktstörung (wie nachstehend definiert) vorliegt, dann wird der Bewertungszeitpunkt auf den nächstfolgenden Geschäftstag (wie nachstehend definiert), an dem der Kurs [des Basiswertes] [einer oder mehrerer der im Korb enthaltenen Basiswerte] festgestellt und veröffentlicht wird und keine Marktstörung vorliegt, verschoben. Erfolgt dies bis zum []nachfolgenden Geschäftstag nicht, gilt dieser fünfte Geschäftstag als Laufzeitende und die Berechnungsstelle wird den Wert des Index auf der Basis eines Ersatzkurses festlegen.

[anderen Wert/ Berechnungsmethode für Ersatzkurs einfügen]

Eine "**Marktstörung**" bedeutet die Aussetzung oder Einschränkung des Handels eines oder mehrerer [im Basiswert] [in einem oder mehreren im Korb enthaltenen Basiswerte] enthaltenen Komponenten an der [**maßgebliche Börse einfügen**], oder die Aussetzung oder Einschränkung des Handels von auf einen oder mehrere der im Basiswert enthaltenen Komponenten bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der [**maßgebliche Optionenbörse einfügen**]. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten der betreffenden Börse beruht. Eine im Laufe eines Handelstages eintretende Beschränkung im Handel aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte, für die Handelaussetzung relevante von der jeweiligen Börse vorgegebene Grenzen überschreiten, gilt nur dann als Marktstörung, wenn diese Beschränkung bis zum Ende der Handelszeit an dem betreffenden Tag fort dauert. [**weitere Marktstörungseignisse einfügen**]

[bei Aktienbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Wenn zum Bewertungszeitpunkt der Kurs [des Basiswertes] [einer oder mehrerer der im Korb enthaltenen Basiswerte] nicht festgestellt und veröffentlicht wird oder eine Marktstörung (wie nachstehend definiert) vorliegt, dann wird der Bewertungszeitpunkt auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie nachstehend definiert), an dem der Kurs [des Basiswertes] [einer oder mehrerer der im Korb enthaltenen Basiswerte] festgestellt und veröffentlicht wird und keine Marktstörung vorliegt, verschoben. Erfolgt dies bis zum fünften nachfolgenden Börseschäftstag nicht, gilt dieser fünfte Börseschäftstag als Laufzeitende und die Berechnungsstelle wird den Wert des Basiswertes auf der Basis eines Ersatzkurses festlegen.] [**anderen Wert / Berechnungsmethode einfügen**].

"**Börseschäftstage**" sind Tage, an denen (i) planmäßig am Bewertungszeitpunkt ein Kurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und (ii) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Optionenbörse vorgesehen ist.

Eine "**Marktstörung**" bedeutet die Aussetzung oder Einschränkung des Handels [des Basiswertes] [eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] an der Maßgeblichen Börse, oder die Aussetzung oder Einschränkung des Handels von auf den betreffenden Basiswert bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der Maßgeblichen Optionenbörse. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten der betreffenden Börse beruht. Eine im Laufe eines Handelstages eintretende Beschränkung im Handel aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte, für die Handelaussetzung relevante, von der jeweiligen Börse vorgegebene Grenzen überschreiten, gilt nur dann als Marktstörung, wenn diese Beschränkung bis zum Ende der Handelszeit an dem betreffenden Tag fort dauert. [**weitere Marktstörungseignisse einfügen**]

[bei Fondsbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Eine "**Marktstörung**" bedeutet [**Marktstörungseignisse und Folgen von Marktstörungen einfügen**].]

[bei Warenbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Wenn zum Bewertungszeitpunkt der Kurs des [Basiswertes] [einer oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] nicht festgestellt und veröffentlicht wird oder eine Marktstörung (wie nachstehend definiert) vorliegt, dann wird der Bewertungszeitpunkt

auf den nächstfolgenden Börsegeschäftstag (wie nachstehend definiert), an dem der Kurs des [Basiswertes] [einer oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] festgestellt und veröffentlicht wird und keine Marktstörung vorliegt, verschoben. Erfolgt dies bis zum fünften nachfolgenden Börsegeschäftstag nicht, gilt dieser fünfte Börsegeschäftstag als Laufzeitende und die Berechnungsstelle wird den Wert des Basiswertes auf der Basis eines Ersatzkurses festlegen. **"Ersatzkurs"** ist [, soweit erhältlich, der von der jeweiligen Börse, an der der Basiswert notiert, bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes. Falls ein solcher nicht feststellbar ist, hat die Berechnungsstelle eine Berechnung des Ersatzkurses des Basiswertes, wie dieser den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht, von [einer unabhängigen Investmentbank] [oder] [einem Wirtschaftsprüfer] [**andere unabhängige Stelle einfügen**] einzuholen] [**anderen Wert / Berechnungsmethode einfügen**].

"Börsegeschäftstage" sind Tage, an denen (i) planmäßig am Bewertungszeitpunkt ein Kurs des Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und (ii) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Optionenbörse vorgesehen ist.

Eine **"Marktstörung"** bedeutet (i) die Aussetzung oder Einschränkung des Handels [des Basiswertes] [einer oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] an der Maßgeblichen Börse, oder die Aussetzung oder Einschränkung des Handels von auf den betreffenden Basiswert bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der Maßgeblichen Optionenbörse. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten der betreffenden Börse beruht. Eine im Laufe eines Handelstages eintretende Beschränkung im Handel aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte, für die Handelsaussetzung relevante, von der jeweiligen Börse vorgegebene Grenzen überschreiten, gilt nur dann als Marktstörung, wenn diese Beschränkung bis zum Ende der Handelszeit an dem betreffenden Tag fort dauert, oder (ii) dass kein Preis für die Basiswerte veröffentlicht wird oder eine Feststellung des Preises aus anderen Gründen nicht möglich ist] [**weitere Marktstörungseignisse einfügen**].]

[bei Währungsbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Wenn zum Bewertungszeitpunkt der Wert [des Basiswertes] [eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] nicht festgestellt und veröffentlicht wird [**weitere Störungseignisse einfügen**], dann wird der Bewertungszeitpunkt auf den nächstfolgenden Geschäftstag, an dem keine Störung vorliegt, verschoben. Erfolgt dies bis zum fünften nachfolgenden Börsegeschäftstag nicht, gilt dieser fünfte Börsegeschäftstag als Laufzeitende und die Berechnungsstelle wird den betreffenden Basiswert auf der Basis eines Ersatzkurses festlegen. **"Ersatzkurs"** ist [der von der Berechnungsstelle eingeholte, von [einer unabhängigen Investmentbank] [oder] [einem Wirtschaftsprüfer] [**andere unabhängige Stelle einfügen**] berechnete oder zur Verfügung gestellte Kurs des Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht] [**anderen Wert / Berechnungsmethode einfügen**].]

[bei Zinssatzbezogenen Schuldverschreibungen einfügen:

- (2) Wenn zum Bewertungszeitpunkt der Wert [des Basiswertes] [eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte] nicht festgestellt und veröffentlicht wird [**weitere Störungseignisse einfügen**], dann wird der Bewertungszeitpunkt auf den nächstfolgenden Geschäftstag, an dem keine Störung vorliegt, verschoben. Erfolgt dies bis zum fünften nachfolgenden Börsegeschäftstag nicht, gilt dieser fünfte Börsegeschäftstag als Laufzeitende und die Berechnungsstelle wird den Wert des Basiswertes auf der Basis eines Ersatzwertes festlegen. **"Ersatzkurs"** ist [der von der Berechnungsstelle eingeholte, von [einer unabhängigen Investmentbank] [oder] [einem Wirtschaftsprüfer] [**andere unabhängige Stelle einfügen**] berechnete oder zur Verfügung gestellte Kurs des Basiswertes, der den an diesem Tag

herrschenden Marktgegebenheiten entspricht] **[anderen Wert /**
Berechnungsmethode einfügen].]

MUSTER KONDITIONENBLATT DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Konditionenblatt

Erste Group Bank AG

[Logo der Erste Group Bank AG]

[Datum]

Emission von [Gesamtnominale der Tranche] [Bezeichnung der Schuldverschreibung]

(Serie ●)

(die "Schuldverschreibungen")

unter dem

Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden

Dieses Konditionenblatt enthält die endgültigen Bedingungen (im Sinne des Artikel 5.4 der EU-Prospekt-Richtlinie) zur Begebung von Schuldverschreibungen unter dem Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden (das "**Programm**") der Erste Group Bank AG (die "**Emittentin**") und ist in Verbindung mit den im Basisprospekt über das Programm in der Fassung vom ● [ergänzt um [den Nachtrag] [die Nachträge] vom [●]] enthaltenen Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen, allenfalls ergänzt um ergänzende Emissionsbedingungen (zusammen die "**Emissionsbedingungen**") und (falls nicht ident) dem zuletzt gebilligten und veröffentlichten Prospekt betreffend das Programm zu lesen.

Begriffe, die in den Emissionsbedingungen definiert sind, haben, falls dieses Konditionenblatt nicht etwas anderes bestimmt, die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesem Konditionenblatt verwendet werden. Bezugnahmen in diesem Konditionenblatt auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der Emissionsbedingungen.

Dieses Konditionenblatt enthält Werte und Textteile, auf die in den Emissionsbedingungen Bezug genommen oder verwiesen wird. Insoweit sich die Emissionsbedingungen und dieses Konditionenblatt widersprechen, geht dieses Konditionenblatt den Emissionsbedingungen vor. Das Konditionenblatt kann Änderungen und/oder Ergänzungen der Emissionsbedingungen vorsehen.

Dieses Konditionenblatt ist auf der Internetseite der Emittentin unter "www.erstegroup.com" **[einfügen, wenn Schuldverschreibungen zum Handel an einem geregelten Markt der Bourse de Luxembourg zugelassen sind:** und auf der Internetseite der Bourse de Luxembourg unter "www.bourse.lu"] **[einfügen, wenn Schuldverschreibungen an einer anderen als der Wiener und/oder Bourse de Luxembourg zugelassen sind und die Regelungen dieser Börse eine Veröffentlichungspflicht der Konditionenblätter auf der Internetseite der Börse vorsehen:** und auf der Internetseite der **[entsprechende Börse einfügen]** unter **[Webadresse einfügen]** verfügbar.

[einfügen, wenn Kündigungsrecht der Emittentin vorgesehen ist: Der Ausschluss des Kündigungsrechts der Inhaber der Schuldverschreibungen vor Ende der Laufzeit ist eine notwendige Bedingung für die Absicherung des Risikos der Emittentin aus den Schuldverschreibungen. Die Emittentin wäre ohne Ausschluss des Kündigungsrechts der

Inhaber der Schuldverschreibungen nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen in der Form überhaupt zu begeben oder die Emittentin müsste die erhöhten Absicherungskosten in den Rückzahlungsbetrag bzw. die Verzinsung der Schuldverschreibungen einberechnen und dadurch die Rendite der Anleger auf die Schuldverschreibungen reduzieren. Anleger sollten daher genau abwägen, ob sie der Ausschluss des vorzeitigen Kündigungsrechts der Anleger benachteiligt und, falls sie der Ansicht sind, dies sei der Fall, nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- | | |
|--|---|
| 1. Bezeichnung der Schuldverschreibungen: | [●] |
| 2. Seriennummer: | [●] |
| 3. Rang: | [Nicht nachrangig]
[Nachrangiges Kapital]
[Hypothekenpfandbriefe]
[Kommunalschuldverschreibungen
(öffentliche Pfandbriefe)] |
| 4. Währung: | [Euro]
[Norwegische Krone]
[Schweizer Franken]
[Britisches Pfund]
[Australischer Dollar]
[Kanadischer Dollar]
[US-Dollar]
[Tschechische Krone]
[Forint]
[Zloty]
[Neuer Rumänischer Leu]
[Kuna]
[Türkische Lira] |
| 5. Gesamtnennbetrag: | [●] |
| 6. Ausgabekurs: | [●] |
| 7. Ausgabeaufschlag: | [●] [Nicht anwendbar] |
| 8. Festgelegte Stückelung(en)/Nennbeträge: | [●] |
| 9. (i) Begebungstag: | [●] |
| (ii) Daueremission: | [Anwendbar / Nicht anwendbar] |

VERZINSUNG

- | | |
|---------------------------|---|
| 10. Fixe Verzinsung: | [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar,
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen) |
| (i) Zinssatz (Zinssätze): | [●]% per annum |
| (ii) Verzinsung: | [jährlich] [halbjährlich] [vierteljährlich]
[andere] |

- (iii) Fixer Verzinsungsbeginn: [●] [Begebungstag]
- (iv) Fixzinszahlungstag: [●]; der erste Fixzinszahlungstag ist der [●]
- [Die Zinsperiode wird angepasst] [Die Zinsperiode wird nicht angepasst]
11. Variable Verzinsung: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- (i) Variabler Zinssatz: [●] (Berechnungsmethode einfügen)
- (ii) Verzinsung: [jährlich] [halbjährlich] [vierteljährlich]
[andere]
- (iii) Variabler Verzinsungsbeginn: [●]
- (iv) Variabler Zinszahlungstag: [●]; der erste Variable Zinszahlungstag ist der [●]
- [Die Zinsperiode wird angepasst] [Die Zinsperiode wird nicht angepasst]
- (v) Variabler Zinsfeststellungstag und Zinsfeststellungsgeschäftstag: [●]
- (vi) Sonstige Bestimmungen einfügen, insbesondere zu relevantem Markt und Zeitpunkt der Berechnung der Zinsbasis, Mindestzinssatz, Höchstzinssatz, Barriere, Verzinsungswechsel, Referenzbanken, relevanten Markt und/oder sonstige Details zur Verzinsung: [●]
12. Zinstagequotient: [30/ 360]
[Actual/Actual (ICMA)]
[30E/ 360 oder Eurobond Basis]
[Actual/ 365 oder Actual/Actual (ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
[andere]
13. Nullkupon-Schuldverschreibung: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(allenfalls weitere Bedingungen einfügen)

RÜCKZAHLUNG

14. Fälligkeitstag: [●] (wenn kein fester Fälligkeitstag, andere maßgebliche Vorschriften einfügen)
15. Rückzahlungsbetrag: [Nennbetrag] [anderer Betrag]
(Berechnungsmethode einfügen)

16. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin (§ 6(2)): [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- (i) Wahrrückzahlung [vollständig] [vollständig oder teilweise]
 - (ii) Wahrrückzahlungstag(e): [●]
 - (iii) Wahrrückzahlungsbetrag (-beträge: [[●] je Stückelung von [●] (wenn nicht Nennbetrag)] [*Berechnungsmethode einfügen*]
 - (iv) Teilrückzahlung: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*Regeln einfügen, wenn erforderlich*)
 - (v) Kündigungsfrist: [●]
 - (vi) Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht [●] [Kann nicht angegeben werden]
17. Basiswertbezogene Rückzahlung (§ 6a): [Anwendbar: Die ergänzenden Emissionsbedingungen für Index-, Aktien-, Fonds-, Waren-, Währungs- und Zinssatzbezogene Schuldverschreibungen finden Anwendung/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- (i) Basiswert(e): [●]
 - (ii) Rückzahlung durch physische Lieferung: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Punktes (ii) streichen*)
 - Anzahl der Basiswerte: [●]
 - Lieferort: [●]
 - Lieferfrist: [●]
 - Berechnungsmethode für Ausgleichsbetrag: [●]
 - Berechnungsmethode für Barbetrag: [●]
 - (iii) Bewertungstag, Bewertungszeit: [●]
 - (iv) Bestimmungen zur vorzeitigen Rückzahlung, insbesondere Maßgebliche Börse, andere außerordentliche Ereignisse, Anzeigefrist, Zahlungsfrist, vorzeitiger Rückzahlungsbetrag: [●]

- (v) Bestimmungen zu Anpassungsereignissen einfügen, insbesondere ursprüngliche Indexberechnungsstelle, Maßgeblichen Optionenbörse, weitere Anpassungsereignisse, Risikohinweise, Berechnungsstelle und -methode des Ersatzkurses: [●]
- (vi) Bestimmungen zu Marktstörungen einfügen, insbesondere maßgebliche Börse, Maßgebliche Optionenbörse, weitere Marktstörungenereignisse, Berechnungsstelle und -methode des Ersatzkurses: [●]
18. Geschäftstag (§ 7(3)) [und Zinsfeststellungsgeschäftstag (§ 5(5))]: [●]
19. Weitere Regelungen und/oder Erläuterungen zur Rückzahlung, Höchst- und/oder Mindestrückzahlungsbetrag etc: [●]

SONSTIGE ANGABEN

20. Börsenotierung [Wiener Börse/ Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) – Official List / Stuttgarter Börse (Baden-Württembergische Wertpapierbörse) / Frankfurter Börse [andere angeben] /Nicht anwendbar]
21. Zulassung zum Handel: Ein Antrag auf Zulassung der Schuldverschreibungen [zum Amtlichen Handel der Wiener Börse (www.wienerboerse.at)] [zum Regierten Freiverkehr der Wiener Börse (www.wienerboerse.at)] [zum amtlichen Handel der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) (www.bourse.lu)] [zum Handel an einem geregelten Markt der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) (www.bourse.lu)] [zum Handel an einem [geregelten] [ungeregelten] Markt der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergische Wertpapierbörse) (www.boerse-stuttgart.de)] [zum Handel an einem [geregelten] [ungeregelten] Markt der Frankfurter Börse (www.boerse-frankfurt.de)] [anderen Markt und dessen Website einfügen] [wurde gestellt] [soll gestellt werden] [andere Regelung einfügen]
- [Nicht anwendbar]
22. Geschätzte Gesamtkosten: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls

- anwendbar, Angabe von Einzelheiten]
23. (i) Emissionsrendite: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*nur bei fixverzinslichen oder Nullkupon-Schuldverschreibungen anwendbar*)
- Die Emissionsrendite ist am Tag der Begebung auf der Basis des Ausgabekurses [einschließlich/ausschließlich Ausgabeaufschlag] berechnet und ist keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft.
- (ii) Berechnungsmethode der Emissionsrendite: [Interne-Zinsfuß-Methode (IRR, Internal Rate of Return)]
- [Andere Methode angeben]
24. Clearingsystem: [Oesterreichische Kontrollbank AG, Am Hof 4, 1010 Wien] [anderes Clearingsystem angeben]
25. (i) ISIN: [●]
- (ii) Common Code: [●] [Nicht anwendbar]
26. Deutsche Wertpapierkennnummer: [●]
27. Website für Veröffentlichungen: [●]

ANGABEN ZUM ANGEBOT

28. Zeitraum bzw Beginn der Zeichnung: [Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen und Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrages an die Zeichner]
29. Bedingungen, denen das Angebot unterliegt: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten]
30. Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten]
31. Koordinatoren und/oder Platziierer: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten]
32. Übernahme der Schuldverschreibungen: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten, einschließlich des Datums des Übernahmevertrages, seiner Hauptmerkmale, einschließlich der Quoten, sowie des Gesamtbetrages der Übernahmeprovision und der Platzierungsprovision]
33. Intermediäre im Sekundärhandel: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls

anwendbar, Angabe von Einzelheiten]

34. Interessen von Seiten natürlicher oder juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind: [Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten]

WEITERE ANGABEN

35. Ergänzungen und/oder Erläuterungen zu Preisgestaltungen, Berechnung von Rückkaufs- und/oder Tilgungspreisen, etc [Nicht anwendbar] [falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten]

[einfügen, wenn erforderlich: Beschreibung des Basiswerts

(Bei indexbezogenen Schuldverschreibungen, oder solchen, die von einem anderen variablen Basiswert abhängig sind, sind folgende Angaben einzufügen: Erklärung mit Erläuterungen zum Typ des Basiswertes und Einzelheiten darüber, wo Angaben über den Basiswert eingeholt werden können, insbesondere wo Angaben über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswertes und seine Volatilität eingeholt werden können, und, wenn der Basiswert ein Wertpapier ist, Angabe des Namens des Wertpapieremittenten, der ISIN, und, wenn der Basiswert ein Index ist, Angabe der Bezeichnung des Index und einer Indexbeschreibung, falls der Index von der Emittentin zusammengestellt wird, oder, wenn der Index nicht von der Emittentin zusammengestellt wird, Angabe des Ortes, wo Angaben zu diesem Index zu finden sind, und, wenn der Basiswert ein Zinssatz ist, Beschreibung des Zinssatzes, und, bei sonstigen Basiswerten, gleichwertige Angaben, und, handelt es sich um einen Korb von Basiswerten, Angabe der Gewichtungen jedes einzelnen Basiswertes im Korb.)

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen in Bezug auf **[Basiswert oder Basiswertkorb einfügen]** auf die sich die Schuldverschreibungen beziehen (die "Basiswerte"), bestehen lediglich aus Auszügen oder Zusammenfassungen von öffentlich zugänglichen Informationen. Die Emittentin übernimmt die Verantwortung, dass die Informationen richtig zusammengestellt oder zusammengefasst wurden. Neben diesen Zusicherungen wird keine weitergehende oder sonstige Verantwortung für die Informationen von der Emittentin übernommen. Insbesondere übernimmt die Emittentin nicht die Verantwortung dafür, dass die hier enthaltenen Angaben über die Basiswerte zutreffend oder vollständig sind oder dass kein Umstand eingetreten ist, der die Richtigkeit oder Vollständigkeit beeinträchtigen könnte.]

[einfügen, wenn erforderlich: Notifizierung

Die Emittentin hat die Finanzmarktaufsichtsbehörde in Österreich ersucht, [der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland] eine Bestätigung über die Billigung zu übermitteln, womit bescheinigt wird, dass der Prospekt im Einklang mit der EU-Prospekt-Richtlinie erstellt wurde.]

Zweck des Konditionenblattes

Dieses Konditionenblatt beinhaltet die endgültigen Bedingungen, die erforderlich sind, um diese Emission von Schuldverschreibungen gemäß dem Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden der Erste Group Bank AG zu begeben **[[und] in [Österreich] [Deutschland] öffentlich anzubieten] [und] [deren Zulassung zum Handel [an der Wiener Börse] [an der Luxemburger Börse] [an der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergische Wertpapierbörse)] [an der Frankfurter Börse] [anderer Markt] zu erlangen].**

Verantwortlichkeit

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die in diesem Konditionenblatt enthaltenen Angaben. [(Relevante Information von Seiten Dritter) wurde aus (Quelle angeben) entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen sorgfältig wiedergegeben wurden und dass, soweit ihr bekannt ist und wie sie sich aufgrund der von (Quelle angeben) veröffentlichten Angaben versichern konnte, keine Tatsachen verschwiegen wurden, die die wiedergegebenen Informationen unrichtig oder irreführend machen würden].

Erste Group Bank AG
als Emittentin

[ANNEX:
[- Spezielle Risikofaktoren für diese Emission]

- Konsolidierte Schuldverschreibungsbedingungen

ERSTE GROUP BANK AG

Einleitung

Die Erste Group Bank AG ("**Erste Group Bank**") ist als Aktiengesellschaft im Firmenbuch unter FN 33209 m beim Handelsgericht Wien eingetragen. Sie hat ihren Firmensitz an der Adresse Graben 21, 1010 Wien, Österreich; die Telefonnummer lautet +43-50100-0.

Die Erste Group Bank wurde 1819 als Vereinskasse unter dem Namen "Verein der Ersten österreichischen Spar-Casse" gegründet und war, wie der Name erkennen lässt, die erste Sparkasse in Österreich. In der Folge in "DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Bank" umbenannt, wurde das gesamte Unternehmen im Jahr 1993 in die "DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Bank Aktiengesellschaft" ("**Die Erste**") eingebracht. Mit der Verschmelzung der GiroCredit Bank Aktiengesellschaft der Sparkassen mit der Ersten wurde per 4.10.1997 die damals zweitgrößte Bankengruppe Österreichs geschaffen und gleichzeitig der Name der Bank in "Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG" geändert.

Mit Rechtswirksamkeit zum 9.8.2008 wurde das Österreich-Geschäft der Erste Group aufgrund eines Beschlusses der Hauptversammlung vom 6.5.2008 in eine eigene Gesellschaft abgespalten und diese als "Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG" ("**Erste Bank Oesterreich**") benannt; gleichzeitig änderte die nunmehrige Muttergesellschaft ihren Namen auf „Erste Group Bank AG“. Die Erste Group Bank fungiert als oberste Muttergesellschaft und bleibt im EWR als einzige Gesellschaft der Erste Group börsennotiert (siehe unten "Die Geschäftssegmente der Erste Group").

Hintergrund

Die Erste Group Bank ist das Spitzeninstitut des österreichischen Sparkassensektors. In Zentral- und Osteuropa ist die Erste Group mit rund 17 Millionen Kunden eine führende Bankengruppe im Retail-Geschäft (für Informationen zu Marktanteilen der Erste Group in der CEE-Region siehe "Erste Group Bank AG - Geschäftsüberblick – Die Geschäftssegmente der Erste Group – Die Aktivitäten der Erste Group in Zentral- und Osteuropa"). Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2011 auf EUR 210 Milliarden.

Die Erste Group ist ein führender Finanzdienstleister in Österreich und in Zentral- und Osteuropa ("**CEE**"). Sie bietet ein umfassendes Angebot an Bank- und Finanzdienstleistungen einschließlich Einlagengeschäft, Kreditgeschäft, Hypothekarkreditgeschäft, Investment Banking, Wertpapierhandel und Derivatgeschäft (für eigene Rechnung und auf Kundenrechnung), Portfoliomanagement, Projektfinanzierung, Außenhandelsfinanzierung, Unternehmensfinanzierung, Kapital- und Geldmarktdienstleistungen, Devisen- und Valutenhandel, Leasing und Factoring an.

Die "Erste Group" setzt sich zusammen aus der Erste Group Bank und deren Tochtergesellschaften und Beteiligungen, darunter unter anderem Erste Bank Oesterreich in Österreich, Česká spořitelna in der Tschechischen Republik, BCR in Rumänien, Slovenská sporiteľňa in der Slowakischen Republik, Erste Bank Hungary in Ungarn, Erste Bank Croatia, Erste Bank Serbia, Erste Bank Ukraine, Salzburger Sparkasse, Tiroler Sparkasse, S-Bausparkasse, weitere Sparkassen im Haftungsverbund (siehe "Haftungsverbund" weiter unten), Erste Group Immorent und andere.

In einem Netzwerk von rund 3.200 Filialen beschäftigte die Erste Group zum 31.12.2011 weltweit 50.452 Mitarbeiter. Die Erste Group ist in ihrem erweiterten Heimmarkt in Zentral- und Osteuropa (neben Österreich besonders in der Tschechischen Republik, Rumänien, der Slowakischen Republik, Ungarn, Kroatien, Serbien und der Ukraine) tätig und hat Niederlassungen in den wichtigsten internationalen Finanzzentren wie New York, London und Hongkong.

Grundkapital der Erste Group Bank

Das Grundkapital der Erste Group Bank belief sich per 31.12.2011 auf EUR 782 Millionen und war aufgeteilt in 390.767.262 nennwertlose stimmberechtigte Stamm-Stückaktien. Aufgrund jüngst erfolgter Übernahmen stieg die Gesamtzahl der Aktien der Erste Group Bank von 390.767.262 auf 394.568.647 und das Grundkapital auf EUR 789.137.294 zum 28.2.2012.

Die Aktien der Erste Group Bank sind an der Wiener Börse (Amtlicher Handel), der Prager Börse und der Bukarester Börse gelistet und zum Handel zugelassen.

Im Jahr 2009 emittierte die Erste Group Bank Partizipationskapital in einem Gesamtnominale von EUR 1,76 Mrd; davon wurde ein Volumen von EUR 1,224 Mrd von der Republik Österreich gezeichnet; EUR 540 Mio wurden bei privaten und institutionellen Anlegern platziert.

Geschäftsüberblick

Strategie

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die Erste Group darin bestärkt, sich noch konsequenter auf ihre Kernaktivitäten – ein nachhaltig betriebenes Bankgeschäft mit Privatpersonen, Unternehmen und dem öffentlichen Sektor im östlichen Teil der Europäischen Union sowie Österreich – zu konzentrieren. Tätigkeiten, die dieser Definition nicht entsprechen, sollen mittelfristig um- oder abgebaut werden.

Die Erste Group ist bestrebt, ihre Kundenbeziehungen über das reine Kredit- und Einlagengeschäft hinaus zu entwickeln, um Dienstleistungen zu nachhaltig attraktiven Bedingungen anbieten zu können. Dies gilt nicht nur für das Privatkundengeschäft der Erste Group, sondern auch für ihre Firmenkunden- und Immobiliengeschäft sowie für das Geschäft mit staatlichen Institutionen. Ebenso gilt dies für alle Länder, in denen die Erste Group tätig ist.

Die Grundlage für das Bankgeschäft der Erste Group bildet das Kundengeschäft in Zentral- und Osteuropa. Während der geografische Fokus in allen Geschäftsbereichen und insbesondere im Privat- und Firmenkundengeschäft ganz klar im östlichen Teil der Europäischen Union liegt, ist die Definition im Kapitalmarkt- und Interbankgeschäft sowie im Geschäft mit dem öffentlichen Sektor etwas breiter gefasst, um Kundenbedürfnisse optimal abdecken zu können.

Strategie der Erste Group

Kundengeschäft in Zentral- und Osteuropa				
Östlicher Teil der EU		Fokus CEE, geringes Exposure im Rest Europas		
Privatkunden	Firmenkunden	Kapitalmärkte	Öffentlicher Sektor	Interbank-Geschäft
<p>Fokus auf Hypothekar- und Konsumkredite in Landeswährung refinanziert durch lokale Einlagen</p> <p>FX-Kredite nur gegen Refinanzierung durch lokale FX-Einlagen (RO & HR)</p> <p>Sparprodukte, Vermögensverwaltung und Pensionsprodukte</p> <p>Mögliche zukünftige Expansion nach Polen</p>	<p>Betreuung von lokalen Firmenkunden und KMUs</p> <p>Beratungsleistungen mit Fokus auf Zugang zu Kapitalmärkten und Corporate Finance</p> <p>Immobiliengeschäft, das über die Finanzierung hinaus geht</p> <p>Mögliche zukünftige Expansion nach Polen</p>	<p>Fokus auf Kundengeschäft, inkl. Handelsaktivitäten für Kunden</p> <p>Neben den Kernmärkten auch Präsenz in Polen, Türkei, Deutschland und London mit Fokus auf institutionellen Kunden und ausgewähltem Produktmix</p> <p>Aufbau von leistungsfähigen Anleihen- und Aktienmärkten in CEE</p>	<p>Staats- und Kommunalfinanzierung mit Fokus auf Infrastrukturentwicklung in Kernmärkten</p> <p>Staatspapiere werden nur zum Zweck von Market-Making, aus Liquiditätsgründen oder zum Bilanzmanagement gehalten</p>	<p>Fokus auf Banken, die in Kernmärkten tätig sind</p> <p>Bankgeschäft nur aus Liquiditätsgründen, zum Bilanzmanagement oder zur Unterstützung des Kundengeschäfts</p>

Quelle: Geschäftsbericht 2011

Hinweis: "Östlicher Teil der EU" erfasst zum Datum dieses Prospekts die Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Rumänien.

Privatkundengeschäft

Das Geschäft mit Privatkunden, welches das gesamte Spektrum von Kredit-, Einlagen- und Anlageprodukten sowie Kontoführung und Kreditkarten abdeckt, ist das zentrale Geschäft der Erste Group. In diesem Bereich ist der größte Teil des Kapitals der Erste Group gebunden, wobei ein Großteil der Erträge erwirtschaftet und der überwiegende Teil der anderen Kernaktivitäten mit den Einlagen der Kunden finanziert wird. Das Privatkundengeschäft hat für die Erste Group bei der Weiterentwicklung ihres Produktangebots die höchste Priorität.

Firmenkundengeschäft

Das Geschäft mit Klein- und Mittelbetrieben, regionalen und multinationalen Konzernen sowie Immobilienunternehmen ist das zweite Hauptgeschäft, das ebenso wesentlich zu den Erträgen der Erste Group beiträgt. Das Ziel der Erste Group ist es, Kundenbeziehungen über das reine Kreditgeschäft hinaus zu vertiefen. Konkret sollen Firmenkunden in der Kernregion die Erste Group als ihre Hausbank wählen und neben dem Finanzierungsgeschäft auch den Zahlungsverkehr über die Erste Group abwickeln bzw. die Erste Group als ersten Ansprechpartner für jede Art von Bankgeschäft sehen.

Kapitalmarktgeschäft

Ein kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft war und wird auch in Zukunft Teil des umfassenden Angebots von Produkten und Dienstleistungen der Erste Group an ihre Privat- und Firmenkunden sein. Die strategische Bedeutung des zentral geführten und lokal verankerten Kapitalmarktgeschäfts der Erste Group besteht darin, alle anderen Geschäftsbereiche in der Interaktion mit den Kapitalmärkten zu unterstützen und so ihren Kunden einen professionellen Zugang zu den Finanzmärkten zu bieten. Zusätzlich erfüllt die Erste Group auch Funktionen wie Marketmaking, Kapitalmarkt-Research und Produktstrukturierung.

Geschäft mit dem öffentlichen Sektor

Ein solides Einlagengeschäft ist einer der Grundpfeiler des Geschäftsmodells der Erste Group. Erste Group stellt einen erheblichen Anteil dieser Liquidität den öffentlichen Gebietskörperschaften als Finanzierung zur Verfügung. Dadurch werden unter anderem die unverzichtbaren Investitionen der öffentlichen Hand ermöglicht. Kunden der Erste Group im öffentlichen Sektor sind vor allem Gemeinden, regionale Körperschaften und Staaten. Diese unterstützt die Erste Group über die reine Finanzierung hinaus in den Bereichen Kapitalmarktemissionen, Infrastrukturfinanzierung und Projektfinanzierung. Darüber hinaus kooperiert die Erste Group mit supranationalen Institutionen.

Interbank-Geschäft

Das Interbank-Geschäft ist ein integraler Bestandteil des Geschäftsmodells der Erste Group, dessen strategische Funktion die Sicherstellung der Liquiditätserfordernisse ihres Kundengeschäfts ist. Im Mittelpunkt steht dabei die kurzfristige Hereinnahme und Ausleihung liquider Mittel von bzw. an andere Finanzinstitute.

Beziehungen mit den österreichischen Sparkassen

Der österreichische Sparkassensektor umfasst alle österreichischen Sparkassen mit Ausnahme der UniCredit Bank Austria AG. Die UniCredit Bank Austria AG ist rechtlich als Sparkasse organisiert und nimmt am Einlagensicherungssystem der Sparkassen teil; die Prüfungsstelle des Sparkassen-Prüfungsverbandes ist ihre gesetzlich zuständige Prüfeinrichtung.

Nach dem österreichischen Bankwesengesetz sind Sparkassen verpflichtet, bei der Erste Group Bank als dem Zentralinstitut der Sparkassengruppe einen bestimmten Betrag an Spareinlagen und anderen Euro-Einlagen (die "Liquiditätsreserve") zu halten. Aufgrund einer von der Europäischen Kommission verlangten Gesetzesänderung ist es den Sparkassen nun erlaubt, die Liquiditätsreserve bei anderen Banken als dem Zentralinstitut, dem sie angeschlossen sind, anzulegen. Nichtsdestotrotz hielten zum 31.12.2011 alle Sparkassen des Sparkassensektors ihre Liquiditätsreserve bei der Erste Group Bank.

Die Erste Group Bank bietet den Sparkassen und deren Kunden eine große Bandbreite an Dienstleistungen und Produkten an. Die Palette dieser Dienstleistungen und Produkte umfasst Syndizierungsdienstleistungen, Beratung beim Risikomanagement, Unterstützung in rechtlichen Angelegenheiten, Retail-Hypotheken, Investmentfondsprodukte, Portfolio- und Vermögensverwaltungsdienstleistungen sowie Dienstleistungen im Wertpapiergeschäft.

Haftungsverbund

Der Haftungsverbund wurde im Jahr 2002 auf Grundlage einer Reihe von Vereinbarungen zwischen der Mehrzahl der österreichischen Sparkassen, darunter die Haftungsverbund-Grundsatzvereinbarung, gegründet. Als integraler Bestandteil der gemeinsamen Marketingstrategie und Zusammenarbeit zwischen den Sparkassen basiert der Haftungsverbund auf drei Grundpfeilern:

- der gemeinsamen Produktentwicklung und Integration zentraler Funktionen; einer einheitlichen Risikopolitik (einschließlich standardisierter Kreditrisikoklassifizierung); einem koordinierten Liquiditätsmanagement und gemeinsamen Kontrollstandards;
- einem gemeinsamen Frühwarnsystem, das der Erkennung finanzieller Probleme von Mitgliedssparkassen dient, und das Unterstützungsmechanismen, einschließlich Interventionsmöglichkeiten in die Unternehmensführung zur Abwendung von Insolvenzen, vorsieht; und
- der gegenseitigen Haftung für bestimmte Verbindlichkeiten der Mitgliedsinstitute.

In den Jahren 2007 und 2008 schloss die Erste Group Bank weitere Vereinbarungen, darunter die Zusatzvereinbarung, mit allen Mitgliedern des österreichischen Sparkassensektors (mit Ausnahme der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft), die der Erste Group Bank, auf vertraglicher Basis, einen bestimmenden Einfluss auf die Sparkassen verschaffen. Diese Vereinbarungen wurden von der österreichischen Bundeswettbewerbsbehörde als Zusammenschlüsse im Sinne der europäischen Fusionskontrollverordnung bzw. des österreichischen Kartellgesetzes formell genehmigt. Der Zweck dieser Zusammenschlüsse besteht in der Stärkung der Einheit und der Performance innerhalb der Sparkassengruppe; dieses Ziel soll insbesondere durch einen gemeinsamen Ansatz in den folgenden vier Hauptbereichen erreicht werden:

- der gemeinsamen Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen;
- der Schaffung einer einheitlichen Identität durch eine Einmarkenstrategie;
- der Standardisierung der Geschäfts- und Vertriebsstrategien in den Bereichen Privatkunden und Corporate Banking; und
- der Entwicklung gemeinsamer Managementinformations- und Kontrollsysteme sowie der Integration zentraler Funktionen.

Die Erste Group Bank und die Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft haben eine ähnliche gegenseitige Haftungsvereinbarung abgeschlossen, die sich dadurch unterscheidet, dass sie als Exklusivvereinbarung zwischen Erste Group Bank, Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft und Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG ("Erste Bank Oesterreich") abgeschlossen wurde.

Die Erste Group Bank besitzt mit 52% des Stammkapitals (die sie direkt bzw. indirekt über die 100%ige Tochter Erste Bank Oesterreich hält) den kontrollierenden Anteil an der Haftungsverbund GmbH (Firmenbuch Nr. 315373 i) ("Lenkungs-gesellschaft") (die übrigen 48% sind im Besitz von anderen österreichischen Sparkassen im Haftungsverbund) und das Recht zur Ernennung von Mitgliedern der Geschäftsführung. Die Haftungsgesellschaft ist verantwortlich für den Beschluss von Maßnahmen zur Unterstützung von in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Mitgliedern, die Auszahlung von Entschädigungszahlungen an Kunden in ihrer Funktion als Treuhänderin des Haftungsverbunds, und für die Durchsetzung bestimmter Informations- und Kontrollrechte gegenüber den Mitgliedssparkassen. Abgesehen von den in den Vereinbarungen und Zusatzvereinbarungen festgelegten Bestimmungen, ist die Tätigkeit des Haftungsverbundes auch durch eine Reihe von Rule Books geregelt, in denen für die Bereiche Risikomanagement, Treasury, und Revision detaillierte Vorgaben festgelegt sind.

Die Haftungsgesellschaft hat vier Gesellschaftsorgane: die Geschäftsführung, den Beirat, den Gesellschafterausschuss und die Gesellschafterversammlung. Die Geschäftsführung besteht aus vier Geschäftsführern, von welchen zwei von der Erste Bank Oesterreich, die beiden übrigen von den anderen Mitgliedssparkassen ernannt werden. Bei Stimmgleichheit hat der Vorsitzende, der von der Erste Bank Oesterreich ernannt wird, die entscheidende Stimme. Der Gesellschafterausschuss besteht aus fünfzehn Mitgliedern, von denen acht von der Erste Bank Oesterreich und die übrigen sieben von den Mitgliedsinstituten ernannt werden. Der Gesellschafterausschuss überwacht in erster Linie die Einhaltung der Bestimmungen der Zusatzvereinbarung. Für die Umsetzung gemeinsamer Geschäfts- und Marketingstrategien wurden für verschiedene Bereiche wie interne Revision, Rechnungslegung, Infrastruktur und Risikomanagement Arbeitsausschüsse eingesetzt. Den Vorsitz der jeweiligen Arbeitsausschüsse hält ein Mitarbeiter der Erste Group Bank oder Erste Bank Oesterreich.

Der Haftungsverbund schafft die Basis für einen gemeinsamen Ansatz im Risikomanagement und dessen Umsetzung im österreichischen Sparkassensektor. Dies beinhaltet die Formulierung von allgemeinen Richtlinien für das unternehmerische Handeln, die Feststellung der Risikotragfähigkeit der einzelnen Mitgliedssparkassen und die Festlegung von Risikolimits.

Zu den der Haftungsgesellschaft eingeräumten Steuerungsrechten zählen: die vorherige Zustimmung der Haftungsgesellschaft zu Vorstandsernennungen der Mitgliedsinstitute; vorherige Zustimmung der Haftungsgesellschaft zu Jahresbudgets und Investitionsplänen; vorherige Zustimmung zu wesentlichen Änderungen der Geschäftstätigkeit von Mitgliedsinstituten; und, im Fall einer fortgesetzten Nichteinhaltung wesentlicher vertraglicher und sonstiger Bestimmungen, der Ausschluss aus dem Haftungsverbund.

Die Mitglieder des Haftungsverbunds verfügen über eine gemeinsame IT-Plattform und ein gemeinsames Managementberichtswesen. Dies erlaubt der Haftungsgesellschaft eine umfassende Berichterstattung zur Geschäfts- und Finanzlage der einzelnen Mitgliedssparkassen, und gibt ihr Zugriff zu Daten zur Ermittlung von Schlüsselkennzahlen und zur Erstellung von Risikoprofilen auf Einzelinstitutsebene und auf zusammengefasster Basis. Diese Analysen werden abhängig von den jeweils gesammelten Informationen vierteljährlich, monatlich oder sogar täglich durchgeführt.

Ein wichtiger Schwerpunkt des Haftungsverbunds ist das Frühwarnsystem. Wenn das Überwachungssystem Anzeichen für mögliche finanzielle Probleme eines Mitgliedsinstituts erkennen lässt, nimmt die Haftungsgesellschaft Kontakt zu der betroffenen Sparkasse auf, um Abhilfemaßnahmen zu erörtern. Besorgniserregende Situationen konnten bisher größtenteils durch Intervention über das Frühwarnsystem beigelegt werden.

Falls ein Mitglied des Haftungsverbunds in ernste Schwierigkeiten gerät, ist die Haftungsgesellschaft befugt, in die Geschäftsführung der betroffenen Mitgliedssparkassa einzugreifen oder nach eigenem Ermessen Interventionen oder Unterstützungsmaßnahmen durch andere Mitglieder des Haftungsverbunds zu veranlassen. Wirtschaftliche Probleme gelten in den folgenden Situationen als gegeben: (i) wenn die Kernkapitalquote (in der Definition gemäß Bankwesengesetz) für die vorangegangenen drei Monate unter 5% oder die Eigenmittelquote (in der Definition gemäß Bankwesengesetz) für die vergangenen drei Monate unter 8,5% gefallen ist, (ii) wenn in einem Geschäftsjahr kein Jahresüberschuss vor Steuern erwirtschaftet wurde, (iii) wenn die verwalteten Kundengelder im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahrs um 20% gefallen sind, oder wenn diese Kundengelder im Vergleich zu den zwei vorangegangenen Jahren einen Rückgang aufweisen, der auf einen erheblichen und dauerhaften Verlust an Marktanteilen hinweist, oder (iv) wenn die Eigenkapitalverzinsung im vorangegangenen Geschäftsjahr unter dem durchschnittlichen 12-Monats-Euribor-Zinssatz der vorangegangenen drei vollen Geschäftsjahre liegt. Wenn ein Mitglied des Haftungsverbunds in finanzielle Schwierigkeiten gerät, ist die Haftungsgesellschaft befugt, Unterstützungsmaßnahmen anzuordnen und zu ergreifen. Die Unterstützung kann, inter alia, in Form von bestimmten Restrukturierungsmaßnahmen, Beiziehung von externen Beratern, Liquiditätsspritzen, Gewährung nachrangiger Darlehen, Übernahme von Garantien oder Zufuhr von Eigenkapital erfolgen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung von derartigen Unterstützungsmaßnahmen kann die Haftungsgesellschaft verlangen, dass zusätzliche Vorstandmitglieder in den Vorstand der in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Mitgliedssparkasse ernannt werden bis die finanziellen Schwierigkeiten überwunden sind, oder dass einzelne Vorstandmitglieder abgesetzt oder ersetzt werden.

Wird ein Mitgliedsinstitut insolvent, garantieren die übrigen Mitgliedsinstitute mittels der Haftungsgesellschaft die Auszahlung aller vom insolventen Mitgliedsinstitut an Kunden geschuldeten Beträge, einschließlich:

- aller Einlagen (gemäß § 1 Abs. 1, Z 1 BWG);
- aller Geldforderungen aufgrund von Guthaben aus Bankgeschäften; und
- aller Geldforderungen aus der Begebung von Wertpapieren,

sofern die betreffenden Beträge nicht einem Kreditinstitut geschuldet werden. Diese Garantie unterliegt ebenfalls der in Bezug auf die obgenannte maximale Verpflichtung der einzelnen Mitgliedsinstitute genannten Obergrenze.

Jedes Mitgliedsinstitut hat sich verpflichtet, im Fall einer Insolvenz eines Mitgliedsinstituts Mittel im Ausmaß von kumulativ maximal 1,5% der risikogewichteten Aktiva des betreffenden (einen Beitrag leistenden) Instituts, berechnet auf nicht konsolidierter Basis und auf Grundlage des letzten Abschlusses, zuzüglich 75% des für das betreffende Geschäftsjahr erwarteten Gewinns vor Steuern zur Verfügung zu stellen.

Jede Sparkasse, die Mitglied des Haftungsverbunds ist, hat das Recht, die Haftungsverbund-Grundsatzvereinbarung und die Zusatzvereinbarung zu kündigen, wenn sie dies der Erste Group Bank innerhalb einer Frist von zwölf Wochen nach dem Eintritt eines Kontrollwechsels über die Erste Group Bank anzeigt. Ein Kontrollwechsel über die Erste Group Bank wird definiert als ein Erwerb von mehr als 25% der Stimmrechte oder der Aktien der Erste Group Bank durch eine Person, die kein Mitglied des österreichischen Sparkassensektors ist. Wenn eine Kündigung der Haftungsverbund-Grundsatzvereinbarung und der Zusatzvereinbarung wirksam wird, würde die betreffende Sparkasse aufhören, ein Mitglied des Haftungsverbunds zu sein.

Änderungen in den bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften in Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel III-Regeln, die in Österreich voraussichtlich am 1.1.2013 in Kraft treten werden, werden vermutlich Änderungen bezüglich der Common Equity Tier 1-Quote ("hartes Kernkapital") für Bankengruppen bringen. Dies wurde zum Anlass genommen, in Hinblick auf Bilanzierungs- und Bankenregulierungsbestimmungen die vertikale Struktur des Haftungsverbundes in eine horizontale umzugestalten, da für horizontal strukturierte Gruppen eine Konsolidierung voraussichtlich nicht erforderlich sein wird. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung am 15.5.2012 sowie in der anschließenden Aufsichtsratssitzung ermächtigt, sofern eine derartige Umstrukturierung des Haftungsverbundes erforderlich oder vorteilhaft ist, dem horizontal organisierten, von der Haftungsverbund GmbH geführten Haftungsverbund beizutreten.

Die Umstrukturierung würde eine Anpassung des früheren Haftungsverbundes nach sich ziehen, so dass alle am Haftungsverbund teilnehmenden Sparkassen der einheitlichen Führung durch die Haftungsverbund GmbH unterstehen, ohne dass damit irgendeine Abhängigkeit der teilnehmenden Sparkassen untereinander entsteht. Alle Sparkassen, die Mitglieder des Haftungsverbunds sind, und die Erste Group Bank sind Gesellschafter der Haftungsverbund GmbH. Im Fall ihres Beitritts zu der horizontal organisierten Gruppe wird die Erste Group Bank ihr Dirimierungsrecht in der Geschäftsführung der Haftungsverbund GmbH aufgeben und sich auf eine ihrer direkten und indirekten Beteiligung entsprechenden Stellung als Minderheitengesellschafterin zurückziehen. Zweck der Schaffung einer horizontal organisierten Gruppe ist es, wesentliche negative Auswirkungen auf das Eigenkapital der Erste Group Bank zu vermeiden und die Zusammenarbeit mit den Sparkassen auch unter den zukünftigen rechtlichen Rahmenbedingungen fortzusetzen.

Die Geschäftssegmente der Erste Group

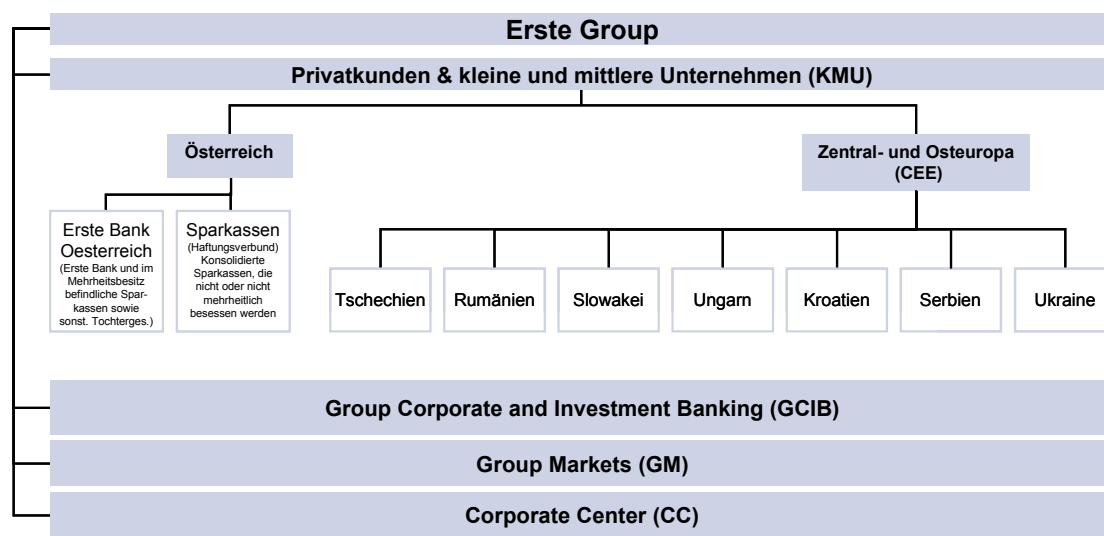
Die Segmentberichterstattung der Erste Group erfolgt nach den IFRS Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Sie gliedert sich in vier Hauptsegmente: (i) Privatkunden & KMU, (ii) Group Corporate & Investment Banking, (iii) Group Markets, und (iv) Corporate Center.

Das Segment Privatkunden & KMU beinhaltet die einzelnen auf das lokale Kundengeschäft fokussierten Regionalbanken der Erste Group. Um die Transparenz zu erhöhen und die Konsistenz mit der bestehenden Segmentierung zu wahren, wird das Österreich-Segment in die Subsegmente Erste Bank Oesterreich (inklusive lokaler Tochterunternehmen und Sparkassen mit Mehrheitsbeteiligung) und Sparkassen unterteilt. Das Letztere beinhaltet jene Sparkassen, die aufgrund der Zugehörigkeit zum Haftungsverbund konsolidiert werden. Die CEE-Tochterunternehmen werden weiterhin separat ausgewiesen.

Das Segment Group Corporate & Investment Banking inkludiert alle Großkunden, die in den Märkten der Erste Group tätig sind und einen BIP-gewichteten Umsatz von mehr als EUR 175 Mio erwirtschaften. Das Segment Group Markets fasst die in eigenen Abteilungen gegliederten Geschäftseinheiten wie Group Treasury und Debt Capital Markets zusammen. Das Segment Corporate Center beinhaltet gruppenweite Dienstleistungen in den Bereichen Marketing, Organisation und Informationstechnologie und anderer Abteilungen, die die Umsetzung der Strategie auf Gruppenebene unterstützen. Weiters werden diesem Segment Konsolidierungseffekte und bestimmte nicht operative Sondereffekte zugeordnet. Auch das Bilanzstrukturmanagement ist dem Segment Corporate Center zugerechnet. Die Ergebnisse der lokalen Asset/Liability-Geschäftseinheiten werden weiterhin in den Einzelsegmenten berichtet.

Die folgende Graphik zeigt die Struktur der Erste Group:

Struktur der Segmentberichterstattung in der Erste Group



Quelle: Geschäftsbericht 2011

Privatkunden & KMU

Das Segment Retail & KMU umfasst das Privatkunden- und KMU-Geschäft in Österreich und Zentral- und Osteuropa. Die beiden Regionen gliedern sich in Sparkassen und Erste Bank Oesterreich einerseits und die Aktivitäten in Tschechien, Rumänien, Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien und der Ukraine andererseits.

Das Privatkunden und KMU-Geschäft der Erste Group in Österreich

Erste Bank Oesterreich

Dieses Segment umfasst die Erste Bank Oesterreich und die drei im Mehrheitsbesitz der Erste Bank Oesterreich befindlichen Tochtergesellschaften: Salzburger Sparkasse, Tiroler Sparkasse und Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl. Die Weinviertler Sparkasse AG wurde im Herbst 2011 in die Erste Bank Oesterreich integriert. Der Verschmelzungsvertrag zwischen der Weinviertler Sparkasse AG und der Erste Group wurde im Juli 2011 unterzeichnet, wobei die Verschmelzung rückwirkend zum 1.1.2011 wirksam geworden ist. Die entsprechende Eintragung im Firmenbuch erfolgte im September 2011. Anschließend wurde die Weinviertler Sparkasse AG, deren Haupteigentümer die Erste Bank Oesterreich

(seit Mai 2009 Anteil von 99,49%) ist, in die Erste Bank Oesterreich integriert. Ein weiterer Bestandteil dieses Segments sind die Aktivitäten der Erste Bank im Immobilien- und Hypothekengeschäft. Dazu gehören private Hypothekarkredite, die Finanzierung sowohl des geförderten als auch des gewerblichen Wohnbaus, aber auch die Hausverwaltung und die Immobilienvermittlung. Zu den wichtigsten operativen Einheiten gehört die s Bausparkasse, die als Marktführer in Österreich sowohl Privatkunden als auch gemeinnützige und gewerbliche Wohnbauträger finanziert. Seit 2005 zeichnet die s Bausparkasse darüber hinaus für Wohnbauanleihen-Transaktionen der Erste Bank Oesterreich verantwortlich. Weitere bedeutende Rollen spielen der Immobilienvermittler s REAL und die s Wohnbaubank, eine Spezialbank für Wohnbaufinanzierungen.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Finanzinformation des Segments Erste Bank Oesterreich für die Jahre 2011 und 2010:

In EUR Mio	2011	2010 angepasst*)
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	232,2	219,9
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	177,6	166,9
Kosten-Ertrags-Relation in %	60,5	60,6
Eigenkapitalverzinsung in %	16,3	14,6

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

*) Der Hinweis "angepasst" in diesem Abschnitt bezieht sich darauf, dass aufgrund der Volatilitäten auf den Finanz- und Kapitalmärkten das Management der Erste Group das ausstehende Portfolio an Credit Default Swaps (CDS), die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung der Erste Group analysiert hat. Basierend auf dieser Analyse hat die Erste Group die Rechnungslegung für diese Instrumente, die in vergangenen Perioden als Finanzgarantien ausgewiesen wurden, rückwirkend angepasst; diese Instrumente werden nunmehr als Finanzinstrumente erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und bewertet. Bis zum Jahresende 2011 wurde das ausstehende Nominale der Credit Default Swaps, die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, auf einen Nominalbetrag von EUR 57 Millionen reduziert. Die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der IT-Tools innerhalb der Erste Group hat zu einer rückwirkenden Anpassung der früheren Berechnungen der Effektivzinssätze (EIR) für Darlehen und Vorauszahlungen an Kunden geführt.

Sparkassen/Haftungsverbund

Das Segment Sparkassen umfasst 46 österreichische Sparkassen mit 753 Geschäftsstellen in Österreich, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Haftungsverbund konsolidiert werden und an denen die Erste Bank Oesterreich keine oder nur geringfügige Anteile hält. Jene Sparkassen, an denen die Erste Bank Oesterreich mehrheitlich beteiligt ist (Salzburger Sparkasse, Tiroler Sparkasse, Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl), werden dem Segment Erste Bank Oesterreich zugerechnet. Im Haftungsverbund sind 45 österreichische Sparkassen zusammengeschlossen und die Zusammenarbeit mit der Erste Bank Oesterreich rechtlich gefestigt. Zwischen Erste Bank Oesterreich und Sparkasse Oberösterreich besteht seit Mai 2010 eine gesonderte Haftungsvereinbarung.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungen der Erste Bank Oesterreich an den Sparkassen zum 31.12.2011:

	Beteiligung der Erste Group über Erste Bank Oesterreich in %
Sparkasse Mühlviertel-West Aktiengesellschaft	40,0
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft	29,8

Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft	25,0
Sparkasse Kremstal-Pyhrn Aktiengesellschaft	30,0
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft	25,0
Sparkasse Voitsberg-Köflach Bankaktiengesellschaft	5,0
Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011	

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Haftungsverbund für die Jahre 2011 und 2010:

In EUR Mio	2011	2010 angepasst
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	154,7	123,0
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	5,9	-5,4
Kosten-Ertrags-Relation in %	65,6	67,4
Eigenkapitalverzinsung in %	1,9	-1,9
Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011		

Das Retail- und KMU-Geschäft der Erste Group in Zentral- und Osteuropa

Die nachstehende Tabelle zeigt die Mehrheitsbeteiligungen der Erste Group Bank in Zentral- und Osteuropa (Stand 31.12.2011):

Land	Erste Group Bank Tochtergesellschaft	Beteiligung in %
Kroatien	Erste & Steiermärkische bank d.d., Rijeka	69,3
Tschechische Republik	Česká spořitelna a.s.	98,0
Ungarn	Erste Bank Hungary Zrt	100,0
Rumänien	Banca Comercială Română SA	89,1
Serbien	Erste Bank a.d., Novi Sad	80,5
Slowakische Republik	Slovenská sporiteľňa, a.s.	100
Ukraine	Public Company "Erste Bank"	100
Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011		

Darüber hinaus erwarb die Erste Group Bank im Jahr 2008 eine Minderheitsbeteiligung von 9,8% an der russischen Open Joint Stock Company Commercial Bank Center-Invest.

Über die Direktbeteiligungen hinaus hält die Erste Group Bank durch Sparkassen, die im Haftungsverbund konsolidiert werden, indirekt Beteiligungen in Slowenien (Banka Sparkasse d.d.), Bosnien-Herzegowina (Sparkasse Bank d.d.) und in Mazedonien (Sparkasse Bank Makedonija a.d. Skopje), sowie durch die Erste Bank Croatia eine Beteiligung in Montenegro (Erste Bank a.d. Podgorica).

Erste Bank Croatia

Das Segment Kroatien umfasst das Privatkunden- und KMU-Geschäft der Erste & Steiermärkische Bank, allgemein als Erste Bank Croatia bezeichnet, und die Erste Bank Montenegro. Sie betreut über ein modernes Netz aus 146 Filialen und gut entwickelte alternative Vertriebskanäle wie Internet, mobile Kommunikation und Bankomaten rund

970.000 Kunden. Als eines der großen Bankinstitute Kroatiens besitzt die Erste Bank Croatia in allen wichtigen Produktsegmenten zweistellige Marktanteile. Neben dem Bankgeschäft hält die Erste Bank Croatia auch führende Marktpositionen in einer breiten Palette von anderen Finanzdienstleistungen, so etwa im Fondsmanagement, bei Pensionsfonds, im Wertpapier- und im Leasinggeschäft.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Kroatien, von dem der größte Teil auf die Erste Bank Croatia entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

In EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	89,0	81,8
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	43,4	36,7
Kosten-Ertrags-Relation in %	40,4	41,9
Eigenkapitalverzinsung in %	17,3	16,2

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Česká spořitelna

Das Segment Tschechische Republik umfasst das Privatkunden- und KMU-Geschäft der Česká spořitelna sowie die Tätigkeit ihrer Töchter. Česká spořitelna ist die führende Retail-Bank des Landes und das größte Unternehmen der Erste Group in Zentral- und Osteuropa. Die Bank betreibt ein Netz aus 654 Filialen und 1.413 Geldautomaten. Sie betreut rund 5,2 Millionen Privatkunden, KMUs, Großunternehmen und Kommunen. Die Česká spořitelna hat etwa 3,2 Millionen Bankkarten, einschließlich etwa 400.000 Kreditkarten ausgegeben. Auch die in den Bereichen Bausparen, Pensionsfonds und Factoring tätigen Töchter der Bank nehmen dort jeweils führende Positionen ein.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Tschechische Republik, von dem der größte Teil auf die Česká spořitelna entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	587,8	467,4
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	456,2	378,9
Kosten-Ertrags-Relation in %	43,7	43,6
Eigenkapitalverzinsung in %	42,8	37,0

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Erste Bank Hungary

Das Segment Ungarn umfasst das Privat- und KMU-Geschäft der Erste Bank Hungary und ihrer Töchter. Die Erste Bank Hungary besitzt ein Filialnetz von 184 Filialen und Kommerzzentren sowie mehr als 450 Bankomaten und nutzt fast 350 Postämter als zusätzliche Vertriebsstellen. Die Erste Bank Hungary betreut rund 950.000 Kunden. Ihr

Marktanteil beträgt je nach Produkt zwischen 7% und 14%. Auch im Wertpapier- und im Leasinggeschäft nimmt die Bank eine starke Marktposition ein.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Ungarn, von dem der größte Teil auf die Erste Bank Hungary entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-549,8	-7,1
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	-566,6	-21,8
Kosten-Ertrags-Relation in %	38,6	39,9
Eigenkapitalverzinsung in %	-164,4	-5,6

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Banca Comercială Română S.A.

Das Segment Rumänien beinhaltet das Retail- und KMU-Kundengeschäft der Banca Comercială Română und ihrer Töchter. Die Bank bietet über ein 667 Filialen und mehr als 48 Geschäftsstellen umfassendes Filialnetz sowie per Internet- und Telefonbanking alle Dienstleistungen für Retail- und Geschäftskunden an. Zusätzlich betreibt sie mit mehr als 2.300 bzw. rund 18.000 Geräten das landesweit größte Geldautomaten- und POS-Kassenterminal-Netz. Mit einer Gesamtbilanzsumme von EUR 17,8 Milliarden und 3,7 Millionen Kunden war die Banca Comercială Română zum Jahresende 2011 auf dem rumänischen Bankenmarkt Marktführerin. Sie ist auch im Leasinggeschäft führend und im Pensionsvorsorgemarkt sowie im Wertpapiergeschäft gut positioniert.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Rumänien, von dem der größte Teil auf die Banca Comercială Română entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-54,8	24,8
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	-22,5	8,5
Kosten-Ertrags-Relation in %	44,2	39,2
Eigenkapitalverzinsung in %	-4,0	1,6

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Erste Bank Serbia

Das Segment Erste Bank Serbia umfasst das Geschäft der Erste Bank Serbia, die etwa 280.000 Kunden betreut und ein Netz aus 66 Filialen und neun Kommerzcentren für

Unternehmenskunden betreibt. Die Bank verfügt über eine breite Privat- und Firmenkundenbasis und ist in allen großen Geschäftszentren Serbiens gut vertreten. Die Bank hat derzeit bei wichtigen Produktsegmenten einen Marktanteil von rund 3%. Deutlich stärker ist ihre Position jedoch bei alternativen Vertriebskanälen; so beträgt ihr Marktanteil bei Zahlungskarten in Serbien 4,6% (2010: 4,3%).

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Serbien, von dem der größte Teil auf die Erste Bank Serbia entfällt, zum 31. Dezember 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	5,0	1,5
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	3,6	1,0
Kosten-Ertrags-Relation in %	68,1	74,9
Eigenkapitalverzinsung in %	8,7	2,4

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Slovenská sporiteľňa

Das Segment Slowakei umfasst das Privat- & KMU-Kundengeschäft der Slovenská sporiteľňa und ihrer Töchter. Die Slovenská sporiteľňa ist als ehemalige staatseigene Sparkasse die traditionelle Marktführerin im Retailbereich und eines des größten im Unternehmenssegment tätigen Institute. Die Slovenská sporiteľňa nimmt auch in den Bereichen Vermögensverwaltung, Leasing und Factoring führende Positionen ein. Sie betreut über ein Netz von 292 Filialen und 748 Geldautomaten an die 2,5 Millionen Kunden, was etwa der Hälfte der slowakischen Bevölkerung entspricht.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Slowakische Republik, von dem der größte Teil auf die Slovenská sporiteľňa entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	215,5	171,6
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	173,2	136,5
Kosten-Ertrags-Relation in %	40,5	41,3
Eigenkapitalverzinsung in %	43,2	31,6

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Erste Bank Ukraine

Das Segment Ukraine umfasst das Geschäft der Erste Bank Ukraine, die über ein landesweites Netz von 131 Filialen an die 230.000 Kunden betreut. Die Bank bietet eine breite Palette von Standard-Bankdienstleistungen wie Einlagenprodukte, Girokonten, Treasury-Service und Kredite für Privat- und Geschäftskunden an. Da die Erste Bank Ukraine ihre Geschäftstätigkeit erst 2007 aufgenommen hat, waren ihr Marktanteile 2011 noch gering

und lagen in den meisten Produktkategorien erst bei etwa 1%. An der Bilanzsumme gemessen, lag die Bank an 22. Stelle.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Ukraine, von dem der größte Teil auf die Erste Bank Ukraine entfällt, für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-23,6	-37,3
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	-23,2	-37,5
Kosten-Ertrags-Relation in %	142,4	96,7
Eigenkapitalverzinsung in %	-35,2	-63,6

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Tochterunternehmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Liste wichtiger Tochterunternehmen der Erste Group Bank zum 31.12.2011. Für die Zwecke dieser Tabelle sind in der "Erste Group" die österreichischen Sparkassen, die gemäß IFRS aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Haftungsverbund im Konzernabschluss der Erste Group Bank konsolidiert werden müssen und an denen die Erste Group Bank entweder einen Minderheitsanteil oder überhaupt keine Eigenkapitalbeteiligung hält, nicht enthalten:

Name des Tochterunternehmens	Land	Anteil der Erste Group (in%)
Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG:	Österreich	100
Banca Comercială Română SA	Rumänien	89,1
Česká spořitelna, a.s.	Tschechische Republik	98,0
Slovenská sporiteľňa, a. s.	Slowakische Republik	100
Erste Bank Hungary Zrt	Ungarn	100
Erste & Steiermärkische banka d.d., Rijeka	Kroatien	69,3
Erste Bank a.d., Novi Sad	Serbien	80,5
Public Company "Erste Bank"	Ukraine	100
Erste Asset Management GmbH	Österreich	100
Erste Group Immorent AG	Österreich	100
s IT Solutions Holding GmbH	Österreich	100
Ecetra Central European e-Finance AG	Österreich	100
Haftungsverbund GmbH	Österreich	63,4

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Zum Datum dieses Prospektes gab es seit dem 31.12.2011 keine wesentlichen Änderungen in den Anteilen der Erste Group an den oben gelisteten Tochtergesellschaften.

Group Corporate & Investment Banking

Das Segment Group Corporate and Investment Banking (GCIB) umfasst die länderübergreifend organisierten Sparten Group Large Corporates (große

Unternehmenskunden), Group Investment Banking, Erste Group Immorent (Immobilien) und International Business (Internationales Geschäft). Diese bieten großen Unternehmen, institutionellen Kunden und dem öffentlichen Sektor das volle Spektrum an Bankdienstleistungen. Die in der Division beschäftigten 1.250 hoch qualifizierten Mitarbeiter vereinen Branchen- und Produktexpertise mit Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und bieten Dienstleistungen in den Bereichen Fremdfinanzierung, Equity Capital Markets, Mergers & Acquisitions, Debt Advisory, Akquisitionsfinanzierung, Infrastrukturfinanzierung, Projektfinanzierung, Syndizierung, Immobilien & Leasing und Transaction Banking an. Die Division arbeitet eng mit den Geschäftsbereichen Kapitalmärkte, Retail und KMU zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Group Corporate and Investment Banking für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010 angepasst
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	116,4	161,4
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	73,8	115,8
Kosten-Ertrags-Relation in %	35,9	33,2
Eigenkapitalverzinsung in %	3,8	5,7

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Group Markets

Das Segment Group Markets umfasst die divisionalisierten Geschäftseinheiten Group Treasury und Group Capital Markets (GCM). Neben dem Treasury der Erste Holding beinhaltet es auch die Treasury-Einheiten der CEE-Töchter sowie der Filialen in Hongkong und New York, die Niederlassungen in Berlin und Stuttgart sowie die Investmentbanken in Polen, Ungarn und der Türkei und die Erste Asset Management. Der Bereich Group Capital Markets umfasst die divisionalisierten Kunden- und Eigenhandelsaktivitäten der Erste Group. Konkret ist GCM für den Handel von Devisen-, Zins- und Wertpapierprodukten für sämtliche Kundengruppen und die Entwicklung von marktorientierten Produkten für die Kernmärkte der Erste Group zuständig.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Group Markets für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	232,7	327,9
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	166,6	245,1
Kosten-Ertrags-Relation in %	51,1	41,7
Eigenkapitalverzinsung in %	53,4	75,7

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Corporate Center

Das Segment Corporate Center umfasst die Ergebnisse jener Gesellschaften, die nicht unmittelbar einem Geschäftssegment zugeordnet werden können, Erfolgskonsolidierungen zwischen den Segmenten, die anteiligen Abschreibungen des Kundenstocks insbesondere für BCR, Erste Card Club und Ringturm KAG sowie Einmaleffekte, die zur Wahrung der Vergleichbarkeit keinem Geschäftssegment zugeordnet wurden. Darüber hinaus wird auch das Bilanzstruktur-Management der Erste Group Bank AG (Holding) diesem Segment zugerechnet. Die Ergebnisse der lokalen Bilanzstruktur-Managementeinheiten werden weiterhin den jeweiligen Einzelsegmenten zugeordnet.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zusammengefassten Finanzinformationen für das Segment Corporate Segment für die Jahre 2011 und 2010:

in EUR Mio	2011	2010 angepasst
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-1.327,2	-210,8
Jahresgewinn/-verlust, zuzurechnen den Eigentümern des Mutterunternehmens	-1.207,0	-146,0
Kosten-Ertrags-Relation in %	274,7	237,1
Eigenkapitalverzinsung in %	-18,1	-2,2

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss 2011

Regulatorische Themen

Die Erste Group Bank, fast alle Haftungsverbundsparkassen sowie die Česká spořitelna haben sich mit Inkrafttreten der neuen Bestimmungen per 1.1.2007 erfolgreich für auf internen Ratings basierende (IRB) Ansätze gemäß Basel II im Kreditrisiko qualifiziert, nachdem 2006 der dafür erforderliche Prüfprozess durch die österreichische Aufsicht durchgeführt worden war. Im Retail-Segment wird von der Erste Group für das Kreditrisiko der auf internen Ratings basierende fortgeschrittene Ansatz, in allen anderen Basel-Segmenten der auf internen Ratings basierende Basisansatz verwendet. Seitdem haben weitere Tochtergesellschaften erfolgreich den IRB-Ansatz implementiert.

Für das operationale Risiko erhielt die Erste Group die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Verwendung des fortgeschrittenen Messansatzes (AMA, Advanced Management Approach) auf Konzernebene für die folgenden Gesellschaften (Erste Group Bank, Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Česká spořitelna a.s., Slovenská sporiteľňa a.s, Erste Bank Hungary Zrt, Banca Comercială Română S.A., Erste& Steiermärkische Bank d.d., Rijeka und Erste Leasing Hungary). Weitere Tochterunternehmen und Sparkassen, die derzeit den Basic Indicator Approach verwenden, werden in Zukunft ebenfalls um die Genehmigung zur Anwendung des AMA ansuchen. 2011 erhielt die Erste Group die Genehmigung für die Verwendung von Versicherungen zur Risikominderung im fortgeschrittenen Messansatz.

Seit 2010 unterzieht die Erste Group die Auswirkungen der geplanten, in der Öffentlichkeit als Basel III bekannten aufsichtsrechtlichen Änderungen einer eingehenden Überprüfung. Die Gruppe hat ein Basel III Programm eingerichtet, das sicherstellt, dass alle Erfordernisse, die sich aus der Eigenkapitalrichtlinie (*Capital Requirements Directive IV* (CRD IV))/Eigenkapital Verordnung (*Capital Requirements Regulation I* (CRR I)) sowie aus den zugehörigen nationalen und internationalen Regulierungen ergeben, in der gesamten Erste Group rechtzeitig und vollständig umgesetzt werden. Das Programm beinhaltet eine Komponente, die das Kapitalerfordernis (inklusive der Abzüge von den Eigenmitteln), die Änderungen in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva (RWA), das Kontrahentenkreditrisiko und die neue Kapitalanforderung für potenzielle Verluste aus der Neubewertung von Kreditrisiken (Credit Value Adjustments – CVA) abdeckt. Weitere Programmkomponenten betreffen die neuen Anforderungen an die Offenlegung, die neuen Liquiditätsvorschriften, die neu eingeführte

Leverage-Ratio sowie andere CRD IV-bezogene Projekte wie beispielsweise Value-at-risk (VaR) unter Stressbedingungen (SVaR).

Durch die Etablierung des Programms hat die Erste Group eine umfassende Sicht auf alle Anforderungen unter Basel III. Darüber hinaus erfolgt eine Abstimmung mit Programmen für andere interne und aufsichtsrechtliche Anforderungen aus den Bereichen Risikomanagement und Rechnungswesen, wie beispielsweise das Projekt IFRS 9.

In Bezug auf Veränderungen der risikogewichteten Aktiva nach Basel III hat die Erste Group im Jahr 2011 an der halbjährlichen Quantitative Impact Study (QIS) teilgenommen, die von Regulierungsbehörden koordiniert wurde. Auch in Zukunft wird die Erste Group an den jedes Quartal stattfindenden Übungen teilnehmen. Die Bank hat sowohl im Rahmen der QIS als auch darüber hinaus mehrere interne Berechnungen durchgeführt, um die Auswirkungen des neuen Akkords auf die risikogewichteten Aktiva zu bestimmen.

Die Erste Group hat auch die gemäß Basel III erforderlichen Liquiditätskennziffern berechnet, die ebenso im Rahmen der geplanten Übungen erhoben werden sollen. Die Erste Group hat Berechnungen durchgeführt, um den Status bezüglich der Kennzahlen in den einzelnen Einheiten zu erheben. Um in Zukunft diese Kennzahlen regelmäßig im Rahmen des Meldewesens berichten zu können, wurden die notwendigen Schritte eingeleitet.

Regulatorische Änderungen für das interne Modell im Marktrisiko gemäß Capital Requirements Directive III (CRD III) wurden für die Erste Group Ende 2011 schlagend. Die Einbeziehung von Stressed VaR und des Event-Risikos (für eigenkapitalbezogene Risiken) in das interne Modell wurde entwickelt und erhielt nach erfolgreicher Prüfung die Zustimmung durch den österreichischen Regulator im vierten Quartal 2011.

Um die Kapitalausstattung von Banken, einschließlich der Erste Group Bank, zu stärken, hat die Europäische Bankenaufsicht (EBA) eine Mindestkapitalquote von 9% (gemäß EBA-Definition) festgelegt, die bis Ende Juni 2012 zu erreichen ist.

Basierend auf einer Erstberechnung mit den Werten per 30.9.2011 betrug der Kapitalbedarf der Erste Group Bank EUR 743 Mio. Per 31.12.2011 ergab sich auf Basis der EBA-Berechnungslogik eine Kernkapitalquote von 8,9% bzw. ein Kapitalbedarf von EUR 166 Mio. Die Abdeckung des Kapitalsbedarfs erfolgt durch die Umsetzung mehrerer Maßnahmen: Das anrechenbare Kapital wird durch einbehaltene Gewinne gestärkt, wobei dieser Effekt durch den Rückkauf von Hybridkapital-Instrumenten optimiert wurde. Der selektive Abbau von nicht zum Kerngeschäft zählenden Aktiva wird im Jahr 2012 fortgesetzt. Per 31.3.2012 ergibt sich auf Basis der EBA-Berechnungslogik für die Erste Group Bank eine Kernkapitalquote von 9,7%.

Das gemäß der EBA-Berechnungsmethode berechnete Kernkapital inkludiert zwar das von der Republik Österreich gezeichnete Partizipationskapital, jedoch weder Hybridkapital noch das von privaten Investoren zur Verfügung gestellte Partizipationskapital.

Aktuelle Entwicklungen

Kauf von Anteilen an der BCR

Im Oktober und November 2011 unterzeichnete die Erste Group Bank verbindliche Vereinbarungen mit vier von fünf Societatea de Investitii Financiare (SIF)-Minderheitsaktionären der Banca Comerciala Romana (BCR) – Societatea de Investitii de Financiare Banat-Crisana S.A. (SIF Banat-Crisana), Societatea de Investitii de Financiare Transilvania S.A. (SIF Transilvania), Societatea de Investitii de Financiare Muntenia S.A. (SIF Muntenia) and Societatea de Investitii de Financiare Moldova S.A. (SIF Moldova) – über die Übernahme deren Beteiligungen an der BCR.

Mit der in vier Tranchen durchgeführten Transaktion übernahm die Erste Group Bank insgesamt einen Anteil von 18,98% an der BCR (dies entspricht 13,26% nach der von der BCR im Dezember 2011 vorgenommenen Kapitalerhöhung) gegen die Emission von 16.102.263 jungen Erste Group Bank-Aktien. Sie erwarb weiters eine 5,0%-Beteiligung an der BCR (nach der Kapitalerhöhung der BCR im Dezember 2011: 3,5%) gegen Barzahlung in Höhe von insgesamt RON 494 Mio, womit sich die Beteiligung der Erste Group Bank an der BCR auf 93,3% erhöhte. Damit stieg die Gesamtzahl der Aktien der Erste Group Bank von 390.767.262 per Dezember 2011 auf 394.568.647 zum 28.2.2012.

Rückkauf von Hybrid- und Tier 2-Instrumenten

Zur Stärkung der Kapitalstruktur hat die Erste Group Bank am 17.2.2012 ein Angebot zum Rückkauf von Hybridkapital und bestimmten Tier 2-Instrumente gegen Barzahlung angekündigt. Die Angebotsfrist begann am 17.2.2012 und endete am 2.3.2012. Die Erste Group hat alle gültig angebotenen Tier 1-Instrumente in der Gesamthöhe von EUR 495.982.857 akzeptiert. Des Weiteren hat die Erste Group Bank dem Kauf gültig angebotener Tier 2-Instrumente im Gesamtnominale von EUR 332.350.000 zugestimmt. Der Rückkauf von Tier 1- und Tier 2-Instrumenten wirkte sich im sonstigen betrieblichen Erfolg mit EUR 250,6 Mio positiv aus. Weiters kaufte im April 2012 die Erste Group Bank weitere Kredite und eigene emittierte Kapitalinstrumente (Hybridkapital) zurück, woraus ein Gewinn von rund EUR 160 Mio vor Steuern resultierte.

Rating

Am 6.6.2012 hat Moody's Investors Service Ltd.² die folgenden neuen Ratings der Erste Group Bank AG veröffentlicht:

- Einlagen-Rating (deposit rating) A3 (Ausblick: negativ);
- Finanzstärke-Rating (Standalone bank financial strength rating, BFSR) D+ / Basiskreditrisikoeinschätzung (baseline credit assessment, BCA) baa3 (Ausblick: negativ).

Moody's veröffentlicht weitere Informationen zu den Ratingangaben und Definitionen auf ihrer Website unter www.moody's.com.

² Moody's Investors Service Ltd. ist in der Europäischen Union ansässig und ist gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 213/2011 ("CRA Verordnung") registriert. Moody's Investors Service Ltd. ist daher als registrierte Ratingagentur in der Liste der Ratingagenturen, die gemäß der CRA Verordnung auf der Website der Europäischen Wertpapierbehörde (European Securities Markets Authority, ESMA) veröffentlicht wird, angeführt.

ORGANE DER ERSTE GROUP BANK

Vorstand

Andreas Treichl

Vorsitzender

AR ³ Vorsitzender	Banca Comercială Română SA
AR Vorsitzender	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
VS ⁴ Vorsitzender	DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung
AR Stellvertreter des Vorsitzenden	Donau Versicherung AG Vienna Insurance Group
VS Vorsitzender	Felima Privatstiftung
VS Vorsitzender	Ferdima Privatstiftung
Mitglied des Beirats	good.bee Holding GmbH
Stellvertreter des Vorsitzenden des Beirats	Haftungsverbund GmbH
AR Vorsitzender	MAK-Österreichisches Museum für angewandte Kunst
AR Mitglied	Österreichische Galerie Belvedere
VS Mitglied	Österreichischer Sparkassenverband
AR Vorsitzender	Sparkassen Versicherung AG Vienna Insurance Group

Franz Hochstrasser

Stellvertreter des Vorsitzenden

AR Mitglied	CEESEG Aktiengesellschaft
AR Stellvertreter des Vorsitzenden	ecetra Central European e-Finance AG
AR Stellvertreter des Vorsitzenden	Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft
AR Mitglied	Public Company "Erste Bank"
AR Mitglied	Slovenská sporiteľňa, a.s.
AR Mitglied (designiert)	Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft
AR Mitglied	Wiener Börse AG

³ "AR" bedeutet Aufsichtsrat

⁴ "VS" bedeutet Vorstand

Herbert Juranek

Mitglied

AR Mitglied	Banca Comercială Română SA
AR Mitglied	Česká spořitelna, a.s.
AR Mitglied	ecetra Central European e-Finance AG
AR Vorsitzender	Erste & Steiermärkische bank d.d., Rijeka
Mitglied des Executive Committee	Informations-Technologie Austria SK, spol.s.r.o.
Vorsitzender des Beirats	OM Objektmanagement GmbH
Stellvertreter des Vorsitzenden des Beirats	Procurement Services GmbH
AR Vorsitzender	s IT Solutions AT Spardat GmbH
Mitglied des Executive Committee	s IT Solutions CZ, s.r.o.
Vorsitzender des Beirats	s IT Solutions Holding GmbH
Mitglied des Executive Committee	s IT Solutions HR društvo s ogranicenom odgovornoscu za usluge informacijskih tehnologija
Mitglied des Executive Committee	s IT Solutions SK, spol.s.r.o.
AR Mitglied	Slovenská sporiteľňa, a.s.

Gernot Mittendorfer

Mitglied

AR Vorsitzender	Erste Group Immorent AG
AR Mitglied	Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft

Manfred Wimmer

Mitglied

AR Stellvertreter des Vorsitzenden	Banca Comercială Română SA
AR Vorsitzender	Česká spořitelna, a.s.
Mitglied der Geschäftsführung	EGB Ceps Beteiligungen GmbH
Mitglied der Geschäftsführung	EGB Ceps Holding GmbH
AR Vorsitzender	Erste Bank Hungary Zrt
AR Mitglied	Österreichische Galerie Belvedere

Die Anschrift der Mitglieder des Vorstands lautet Am Graben 21, 1010 Wien.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats

Vorsitzender

Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
PwC PricewaterhouseCoopers Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH
Erdbergstraße 200
1030 Wien

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Mitglied	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
----------	---

Weitere Aufsichtsratsmandate innerhalb des Sparkassensektors.

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:

Georg Winckler
Früherer Rektor der Universität Wien
Dr. Karl Lueger-Ring 1
1010 Wien

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Vorsitzender	Austria Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Privatstiftung
Stellvertreter des Vorsitzenden	DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung
Mitglied	Educational Testing Service
Stellvertreter des Vorsitzenden	UNIQA Versicherungen AG

Weitere Aufsichtsratsmandate innerhalb des Sparkassensektors.

Zweite Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Theresa Jordis
Rechtsanwältin
DORDA BRUGGER JORDIS
Rechtsanwälte GmbH
Dr. Karl Lueger-Ring 12
1010 Wien

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Mitglied	Austrian Airlines AG
Vorsitzende	Miba Aktiengesellschaft
Vorsitzende	Mitterbauer Beteiligungs — Aktiengesellschaft

Vorsitzende	Prinzhorn Holding GmbH
Vorsitzende	Wolford Aktiengesellschaft
<p>Bettina Breiteneder Geschäftsfrau B.I.P. Breiteneder Immobilien-Parking Schwarzenbergplatz 5/7.1 1030 Wien</p>	
Weitere Aufsichtsratsmandate:	
Vorsitzende	ZS Einkaufszentren Errichtungs- und Vermietungs Aktiengesellschaft
Mitglied	Austria Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Privatstiftung
<p>Jan Homan Vorstandsdirektor der Teich AG Mühlhofen 4 3200 Obergrafendorf</p>	
Weitere Aufsichtsratsmandate:	
Mitglied	Alfred Umdasch Privatstiftung
Mitglied	Allianz Elementar Versicherungs- Aktiengesellschaft
Vorsitzender	Constantia Flexibles GmbH
Mitglied	Drukkerij Verstraete
Vorsitzender	European Aluminium Foil Association
Vorsitzender	Flexible Packaging Europe
Mitglied	Globalpack Mexico
<p>Juan Maria Nin Génova Präsident und Vorstandsdirektor von "la Caixa" Avenida Diagonal 621-629, Torre 1 08028 Barcelona / Spain</p>	
Mitglied	Academic Board, APD
Mitglied des Board of Directors	Banco BPI, S.A. (Portugal)
Mitglied des Board of Governors	CEDE Foundation
Stellvertreter des Vorsitzenden	CaixaBank, S.A.

Mitglied des Board of Directors	Circulo Ecuestre
Stellvertreter des Vorsitzenden	Criteria Caixaholding, S.A.
Mitglied des Board of Directors	Deusto University
Mitglied des Board of Directors	Deusto Business School
Trustee	Esade Business School Foundation
Secretary	Federació Catalana de Caixes d'Estalvis
Trustee	Federico Garcia Lorca Foundation
Mitglied des Board of Directors	Gas Natural
Mitglied des Board of Directors	Grupo Financiero Inbursa, S.A.B: DE C. V. (Mexico)
Mitglied des Board of Directors	Grupo Vidacaixa Grup, S.A: (Insurances)
Stellvertreter des Vorsitzenden	"la Caixa" Foundation
Mitglied des Board of Directors	Repsol YPF
Mitglied Board of Directors	Spain-China Council Foundation
Mitglied des Board of Governors	Spain-India Council Foundation
Mitglied des Board of Governors	Spain-United States Council Foundation

Brian D. O'Neill
Früherer Vice-Chairman, Investment Banking, JPMorgan Chase & Co
c/o Graben 21
1010 Wien

Mitglied des Board of Directors	Council of the Americas
Mitglied des Board of Directors	Emigrant Bank
Mitglied des Board of Directors	Inter-American Dialogue

Wilhelm Rasinger
Minderheitsaktionärsvertreter
Feldmühlgasse 22
1130 Wien

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Mitglied	Sparkassen Immobilien AG
Mitglied	Wienerberger Aktiengesellschaft

John James Stack
Früherer Vorstandsvorsitzender der Česká spořitelna
c/o Graben 21
1010 Wien

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Mitglied	Ally Financial Inc.
Mitglied	CERGE-EI
Mitglied	Mutual of America

Werner Tessmar-Pfohl
Sattler AG
Sattlerstraße 45
8041 Graz

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Vorsitzender	Sattler AG
Vorsitzender	Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft
Stellvertreter des Vorsitzenden	Teufelberger Holding Aktiengesellschaft

Weitere Aufsichtsratsmandate innerhalb des Sparkassensektors.

Vom Betriebsrat entsandte Mitglieder:

Friedrich Lackner
Mitglied des Zentralbetriebsrats

Weitere Aufsichtsratsmandate:

Mitglied	DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung
----------	--

Bertram Mach
Mitglied des Zentralbetriebsrats

Barbara Smrcka
Mitglied des Zentralbetriebsrats

Andreas Lachs
Mitglied des Zentralbetriebsrats

Karin Zeisel
Mitglied des Zentralbetriebsrats

Vertreter der Aufsichtsbehörden:

Robert Spacek
Obersenatsrat
Staatskommissär

Dietmar Griebler
Senatsrat
Staatskommissär-Stellvertreter

Erhard Moser⁵
Ministerialrat
Regierungskommissär für fundierte Bankschuldverschreibungen

Irene Kienzl
Ministerialrätin
Treuhanderin gemäß Hypothekenbankgesetz

Thomas Schimetschek
Ministerialrat
Stellvertreter der Treuhanderin gemäß Hypothekenbankgesetz

Verträge der Erste Group Bank mit den Mitgliedern ihres Vorstandes und ihres Aufsichtsrates könnten unter Umständen zu Interessenkonflikten führen. Für den Fall, dass derartige Interessenkonflikte vorliegen, verfügt Erste Group Bank über geeignete Regelungen und Verfahren, um auf geeignete Weise gemäß den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und den Marktstandards mit solchen Interessenkonflikten zu verfahren.

Aktionäre der Erste Group Bank

Der größte Einzelaktionär der Erste Group Bank, DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung, ist eine im Rahmen der Umwandlung der DIE ERSTE Österreichische Spar-Casse Anteilsverwaltungssparkasse mit Rechtswirksamkeit zum 19.12.2003 gegründete Privatstiftung, eine spezielle Form einer Sparkassen-Holding-Gesellschaft. Diese Art von Umwandlung ist im Sparkassengesetz geregelt. Zum 31.03.2012 sind die größten Einzelaktionäre der Erste Group Bank die DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung (24,8%) und die CaixaBank, S.A. (9,7%). Der Streubesitz (von dem die Sparkassen gemeinsam 4,4% und die Mitarbeiter der Erste Group 2,1% halten) belief sich auf 65,6%.

⁵ Zum Datum dieses Prospekts hat der Stellvertreter der Regierungskommissärin für fundierte Bankschuldverschreibungen, Erhard Moser, vorläufig die Position des Regierungskommissärs für fundierte Bankschuldverschreibungen übernommen, da Tamara Els (frühere Regierungskommissärin für fundierte Bankschuldverschreibungen) von ihrem Amt als Regierungskommissärin für fundierte Bankschuldverschreibungen zurückgetreten ist.

HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN

Die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse 2011 und 2010, jeweils zusammen mit den Prüfberichten darüber, sind durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen.

Nachfolgend finden sich Auszüge aus den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen 2011 und 2010:

Gewinn- und Verlustrechnung der Erste Group für das am 31.12.2011 und das am 31.12.2010 beendete Geschäftsjahr

in EUR Tsd	Für das am 31.12. beendete Geschäftsjahr	
	2011 geprüft	2010 geprüft angepasst*)
Zinsüberschuss	5.568.969	5.439.230
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-2.266.877	-2.021.047
Provisionsüberschuss	1.787.236	1.842.557
Handelsergebnis	122.330	321.895
Verwaltungsaufwand	-3.850.904	-3.816.782
Sonstiger betrieblicher Erfolg	-1.589.851	-439.327
Ergebnis aus Finanzinstrumenten - at fair value through profit or loss	306	-6.025
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten – available for sale	-66.253	9.244
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten – held to maturity	-27.084	-5.535
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	-322.128	1.324.210
Steuern vom Einkommen	-240.440	-280.900
Jahresgewinn/-verlust	-562.568	1.043.310
zuzurechnen den		
nicht beherrschenden Anteilen	156.332	164.644
Eigentümern des Mutterunternehmens	-718.900	878.666

*) Aufgrund der Volatilitäten auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat das Management der Erste Group das ausstehende Portfolio an Credit Default Swaps (CDS), die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung der Erste Group analysiert. Basierend auf dieser Analyse hat die Erste Group die Rechnungslegung für diese Instrumente, die in vergangenen Perioden als Finanzgarantien ausgewiesen wurden, rückwirkend angepasst; diese Instrumente werden nunmehr als Finanzinstrumente erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und bewertet. Bis zum Jahresende 2011 wurde das ausstehende Nominale der Credit Default Swaps, die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, auf einen Nominalbetrag von EUR 57 Millionen reduziert. Die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der IT-Tools innerhalb der Erste Group hat zu einer rückwirkenden Anpassung der früheren Berechnungen der Effektivzinssätze (EIR) für Darlehen und Vorauszahlungen an Kunden geführt.

Bilanz der Erste Group zum 31.12.2011, zum 31.12.2010 und zum 1.1.2010

in EUR Tsd	Zum 31.12.		
	2011 geprüft	2010 geprüft	1.1.2010
	angepasst*)		angepasst*)
Aktiva			
Barreserve	9.412.879	5.839.384	5.996.253
Forderungen an Kreditinstitute	7.577.654	12.496.460	13.139.942
Forderungen an Kunden	134.749.509	132.334.114	128.754.895
Risikovorsorgen	-7.027.331	-6.119.058	-4.954.291
Derivative Finanzinstrumente	10.930.814	8.507.929	4.749.421
Handelsaktiva	5.875.838	5.535.543	6.012.564
Finanzielle Vermögenswerte – at fair value through profit or loss	1.813.055	2.434.158	2.997.230
Finanzielle Vermögenswerte – available for sale	20.245.339	17.751.115	16.389.828
Finanzielle Vermögenswerte – held to maturity	16.073.575	14.234.700	14.899.067
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	173.116	223.497	240.575
Immaterielle Vermögenswerte	3.531.968	4.674.578	4.866.518
Sachanlagen	2.360.804	2.445.580	2.343.859
Laufende Steueransprüche	115.667	116.474	123.784
Latente Steueransprüche	701.886	616.775	605.048
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	87.179	52.461	57.785
Sonstige Aktiva	3.384.382	4.626.328	5.290.998
Summe der Aktiva	210.006.334	205.770.038	201.513.476
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.785.284	20.153.934	26.295.125
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	118.880.197	117.016.323	112.042.412
Verbriefte Verbindlichkeiten	30.781.595	31.298.536	29.612.066
Derivative Finanzinstrumente	9.336.614	8.398.818	3.980.193
Handelspassiva	535.552	215.698	720.674
Rückstellungen	1.580.114	1.544.549	1.670.015
Laufende Steuerschulden	33.729	68.367	30.077
Latente Steuerschulden	344.759	328.062	331.044
Sonstige Passiva	3.765.955	4.349.677	4.988.353
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.782.574	5.838.041	6.148.376
Kapital	15.179.961	16.558.033	15.695.141
zuzurechnen den			
nicht beherrschenden Anteilen	3.142.895	3.443.621	3.320.742
Eigentümern des Mutterunternehmens	12.037.066	13.114.412	12.374.399
Summe Passiva	210.006.334	205.770.038	201.513.476

*) Aufgrund der Volatilitäten auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat das Management der Erste Group das ausstehende Portfolio an Credit Default Swaps (CDS), die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung der Erste Group analysiert. Basierend auf dieser Analyse hat die Erste Group die Rechnungslegung für diese Instrumente, die in vergangenen Perioden als Finanzgarantien ausgewiesen wurden, rückwirkend angepasst; diese Instrumente werden nunmehr als Finanzinstrumente erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und bewertet. Bis zum Jahresende 2011 wurde das ausstehende Nominale der Credit Default Swaps, die im Geschäftsbereich International Business gehalten wurden, auf einen Nominalbetrag von EUR 57 Millionen reduziert. Die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der IT-Tools innerhalb der Erste Group hat zu einer rückwirkenden Anpassung der früheren Berechnungen der Effektivzinssätze (EIR) für Darlehen und Vorauszahlungen an Kunden geführt.

Die vorstehenden Finanzinformationen wurden von der Sparkassen-Prüfungsverband Prüfungsstelle und von Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. geprüft. Das Geschäftsjahr der Erste Group entspricht dem Kalenderjahr.

Prüfberichte

Die Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer über die konsolidierten Jahresabschlüsse 2011 und 2010 sind durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen.

Zwischen- und andere Finanzinformationen

Der ungeprüfte konsolidierte Quartalsbericht zum 31.03.2012, der weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterworfen wurde, ist durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen. Eine Zusammenfassung dieses ungeprüften Quartalsberichtes findet sich nachfolgend.

Gewinn- und Verlustrechnung der Erste Group zum 31.3.2012 und zum 31.3.2011

	Für das am 31.3. beendete Quartal	
in EUR Mio	2012	2011 angepasst*)
Zinsüberschuss	1.336,9	1.302,0
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-580,6	-460,1
Provisionsüberschuss	430,3	455,2
Handelsergebnis	93,6	236,7
Verwaltungsaufwand	-945,1	-963,0
Sonstiger betrieblicher Erfolg	131,2	-128,7
Ergebnis aus Finanzinstrumenten – at fair value through profit or loss	41,5	9,5
Ergebnis aus finanz. Vermögenswerten – available for sale	-14,7	19,2
Ergebnis aus finanz. Vermögenswerten – held to maturity	-6,0	0,2
Periodengewinn/-verlust vor Steuern	487,1	471,0
Steuern vom Einkommen	-107,2	-106,8
Periodengewinn/-verlust	379,9	364,2
nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	33,4	42,8
Eigentümern des Mutterunternehmens zurechenbar	346,5	321,4

*) Betreffend Anpassung verweisen wir auf den Konzernabschluss 2011 Anhang (Notes) zum Abschluss der Erste Group, C, Rechnungslegungsgrundsätze / Anpassung (www.erstegroup.com/investoren)

Bilanz der Erste Group zum 31.3.2012 und zum 31.12.2011

in EUR Mio	Zum	
	31.3.2012	31.12.2011 geprüft
Aktiva		
Barreserve	5.480	9.413
Forderungen an Kreditinstitute	13.403	7.578
Forderungen an Kunden	134.793	134.750
Risikovorsorgen	-7.407	-7.027
Derivative Finanzinstrumente	10.989	10.931
Handelsaktiva	8.116	5.876
Finanzielle Vermögenswerte – at fair value through profit or loss	1.220	1.813
Finanzielle Vermögenswerte – available for sale	21.675	20.245
Finanzielle Vermögenswerte – held to maturity	17.679	16.074
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	178	173
Immaterielle Vermögenswerte	3.480	3.532
Sachanlagen	2.285	2.361
Laufende Steueransprüche	115	116
Latente Steueransprüche	618	702
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	188	87
Sonstige Aktiva	3.897	3.384
Summe der Aktiva	216.709	210.006
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.373	23.785
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	122.349	118.880
Verbriefte Verbindlichkeiten	32.135	30.782
Derivative Finanzinstrumente	9.332	9.337
Handelspassiva	558	536
Rückstellungen	1.558	1.580
Laufende Steuerschulden	52	34
Latente Steuerschulden	360	345
Sonstige Passiva	4.243	3.766
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.776	5.783
Kapital	15.973	15.180
nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	3.218	3.143
Eigentümern des Mutterunternehmens zurechenbar	12.755	12.037
Summe der Passiva	216.709	210.006

RECHTSSTREITIGKEITEN

Die Erste Group Bank und einige ihrer Tochtergesellschaften sind an Rechtsstreitigkeiten beteiligt, die überwiegend während des normalen Bankgeschäfts auftraten. Es wird nicht erwartet, dass diese Prozesse einen erheblichen negativen Einfluss auf die Finanz- und/oder Ertragslage der Erste Group bzw. Erste Group Bank haben. Die Erste Group ist darüber hinaus derzeit an folgenden Verfahren beteiligt:

Haftungsverbund

2002 haben Erste Group Bank und ein Großteil der österreichischen Sparkassen den Haftungsverbund gegründet. Zweck des Haftungsverbundes ist die Schaffung eines Frühwarnsystems, die erweiterte Einlagensicherung und die Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassengruppe.

Die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde und ein Mitbewerber haben daraufhin in einem Kartellverfahren beim Kartellgericht beantragt, den Haftungsverbund wegen Verletzung der Bestimmungen des Artikels 81 des EG-Vertrages (nunmehr Art 101 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union/AEUV) zu untersagen.

Im März 2007 hat der Oberste Gerichtshof (OGH) als Rechtsmittelinstanz in diesem Untersagungsverfahren rechtskräftig bestätigt, dass der Haftungsverbund in seinen wesentlichen Bestimmungen den Vorschriften des Art 81 EGV entspricht.

Der OGH beurteilte aber einzelne Bestimmungen als dem Grunde nach wettbewerbsbeschränkend. Der OGH hat in seinen Untersuchungsergebnissen keine expliziten Schlussfolgerungen und Konsequenzen angeführt, die von der Erste Group Bank und den anderen Parteien umzusetzen wären. Über die erforderlichen Anpassungen wurde zwischen Erste Group Bank und dem Kartellgericht im April 2008 Einigung erzielt. Diese Einigung (Verpflichtungszusagen iSv § 27 KartG) wurde vom Mitbewerber vor dem OGH bekämpft. Im Oktober 2008 hat der OGH die Entscheidung des Kartellgerichts wegen eines Verfahrensfehlers aufgehoben und zur neuerlichen Entscheidung an das Kartellgericht zurückverwiesen. Weder die Verpflichtungszusagen (sollten sie bestätigt werden) noch die vorangehende Entscheidung des OGH wirken sich auf die Zulässigkeit der Konsolidierung der Eigenmittel der Mitglieder des Haftungsverbundes aus.

Im April 2002 hat Erste Group Bank mit ihrem Mitbewerber das Ruhen des anhängigen Verfahrens in Bezug auf den Haftungsverbund vereinbart.

Holocaust Ungarn Rechtsstreit

2010 haben Anwälte für eine Gruppe von jüdischen Holocaust Opfern oder deren Nachkommen Ansprüche gegen ungarische Banken in Zusammenhang mit den Verfolgungen im Jahr 1944 im Gebiet des damaligen Großungarn geltend gemacht. Auch Erste Group Bank wird in der Klage als Beklagter angeführt. Die Kläger machen im Wesentlichen geltend, dass ungarische Banken das 1944 von ihnen verwahrte jüdische Vermögen bis heute einbehalten hätten. Den Wert dieses Vermögens beziffern die Kläger mit 2 Mrd. US Dollar Wert 1944. In Bezug auf Erste Group Bank behaupten die Kläger, diese sei die Rechtsnachfolgerin mehrerer im Jahr 1944 in Großungarn tätiger Banken. Erste Group Bank weist dies zurück. Weder Erste Group Bank noch ihre ungarische Tochterbank, die erst Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründet wurde, sehen sich als Rechtsnachfolger einer der in der Klage genannten Banken. Erste Group Bank sieht keine Basis für die Zuständigkeit eines US Gerichtes in dieser Sache. Im Februar 2011 haben die USA ein „statement of interest“ mit der Empfehlung einer Abweisung der Ansprüche gegen Erste Group Bank AG beim US Gericht eingebracht; das Verfahren ist weiterhin anhängig.

WESENTLICHE VERTRÄGE

Mit Ausnahme der unter "Aktuelle Entwicklungen" in diesem Prospekt beschriebenen Verträge hat die Erste Group Bank, neben den im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit geschlossenen Verträgen keine wichtigen Verträge abgeschlossen.

BESTEuerung

Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen in der Republik Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Diese Ausführungen sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Des Weiteren nimmt diese Zusammenfassung nur auf solche Investoren Bezug, die in Österreich der unbeschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht unterliegen. Sie basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Käufern der Schuldverschreibungen wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Schuldverschreibungen ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Schuldverschreibungen trägt der Käufer.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlands der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz haben, unterliegen mit ihrem gesamten Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die in Österreich weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung von Schuldverschreibungen

Mit der Verabschiedung des Budgetbegleitgesetzes 2011 beabsichtigte der österreichische Gesetzgeber eine umfassende Neuordnung der Besteuerung von Finanzinstrumenten, vor allem von Substanzgewinnen. Gemäß der Neufassung des § 27 Abs 1 EStG gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und
- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von

Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Schuldverschreibungen aus einem Depot gelten als Veräußerung (außer die Übertragung auf ein anderes Depot führt für sich nicht zum Verlust des Besteuerungsrechtes der Republik Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten und es werden bestimmte in § 27 Abs 6 Z 1 lit a EStG genannte Meldungen gemacht).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen einer Besteuerung mit dem Sondersteuersatz von 25 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 27 Abs 8 EStG ist der Ausgleich von Verlusten aus Kapitalvermögen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten möglich. Negative Einkünfte, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, können nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption). Weiters ist ein Verlustausgleich zwischen negativen Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten und Zinserträgen aus Geldeinlagen und sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten sowie Zuwendungen von Privatstiftungen oder ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, nicht zulässig.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die Schuldverschreibungen in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz Sondersteuersatz von 25 %). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (Sondersteuersatz von 25 %). In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zur Hälfte ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen mit den Zinsen aus den Schuldverschreibungen einer Besteuerung von 25 %. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %, die auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KESt. Einkünfte aus der Veräußerung der Schuldverschreibungen unterliegen der Körperschaftsteuer von 25 %. Verluste aus der Veräußerung der Schuldverschreibungen sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig.

Privatstiftungen nach dem PSG, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, unterliegen mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KEST von 25 %, die auf die anfallende Steuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KEST.

Ab 1. Jänner 2013 ist die österreichische depotführende Stelle gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen (für den Zeitraum vom 1. April 2012 bis zum 31. Dezember 2012 bestehen Übergangsbestimmungen). Negative Einkünfte sind dabei in erster Linie mit zeitgleich oder zu einem späteren Zeitpunkt erzielten positiven Einkünften auszugleichen. Ist dies nicht möglich, hat eine Gutschrift der zu einem früheren Zeitpunkt auf positive Einkünfte einbehaltenen KEST zu erfolgen. Kein depotübergreifender Verlustausgleich durch die depotführende Stelle erfolgt unter anderem im Fall von betrieblichen Zwecken dienenden und treuhändig gehaltenen Depots. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über den Verlustausgleich gesondert für jedes Depot zu erteilen.

EU-Quellensteuer

§ 1 EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten) hat und keine Ausnahmen vom Quellensteuerverfahren vorliegen. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren. Seit 1. Juli 2011 beträgt die Quellensteuer 35 %.

Betreffend die Frage, ob auch Indezertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indezertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indezertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indezertifikats ab.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- und Schenkungssteuer mehr.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an (österreichische oder ausländische) privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangsteuer nach dem Stiftungseingangsteuergesetz. Eine Steuerpflicht entsteht, wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen, vor allem für Bankeinlagen, öffentlich platzierte Anleihen und Portfoliobeteiligungen (dh weniger als 1 %). Die Steuerbasis ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen. Die Anzeigepflicht besteht wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind von der Anzeigepflicht umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd Stiftungseingangssteuergesetzes wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Zu beachten ist außerdem noch, dass gemäß § 27 Abs 6 Z 1 lit a EStG die Entnahme und das sonstige Ausscheiden aus dem Depot von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG als Veräußerung gilt. Daher kann auch die unentgeltliche Übertragung der Schuldverschreibungen den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen. In bestimmten, in § 27 Abs 6 Z 1 lit a TS 4 und 5 EStG genannten Konstellationen unterbleibt diese Besteuerung.

Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine allgemeine Darstellung bestimmter steuerlicher Folgen im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen in Deutschland. Es handelt sich nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung aller möglicherweise relevanter steuerlichen Aspekte, die bei der Entscheidung über den Erwerb von Schuldverschreibungen von Bedeutung sein können. Insbesondere wird die individuelle Situation des einzelnen potentiellen Erwerbers nicht berücksichtigt. Grundlage der Zusammenfassung sind die zurzeit der Erstellung dieses Prospekts geltenden deutschen Gesetze und deren Auslegung, die unter Umständen auch rückwirkend geändert werden können.

Interessierten Anlegern wird empfohlen, ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen nach den deutschen Steuergesetzen und den Gesetzen eines jeden Staates, in dem sie ansässig sind, zu konsultieren.

Allgemeines

Im Zuge des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 wurde u.a. die sog. Abgeltungsteuer eingeführt, ein neues Besteuerungssystem für Kapitaleinkünfte. Die Abgeltungsteuer trat am 1. Januar 2009 in Kraft und veränderte die Besteuerung von Kapitaleinkünften für Privatanleger erheblich, sie hat jedoch auch gewisse Veränderungen bei der Besteuerung von Anlegern zur Folge, die ihre Kapitalanlagen im Betriebsvermögen halten. Die neuen Regelungen zur Abgeltungsteuer gelten sowohl für laufende Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen, als auch für Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen.

Steuerinländer

Nach dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Deutschland unterliegen Zinsen und Veräußerungsgewinne grundsätzlich der Besteuerung in Deutschland. Aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie (siehe dazu im Einzelnen unten unter "*EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie*") sowie gegebenenfalls anderer gesetzlicher Bestimmungen kann eine österreichische Zahlstelle jedoch dazu verpflichtet sein, Quellensteuer auf Zinszahlungen im Hinblick auf die Schuldverschreibungen einzubehalten (siehe dazu und zu den Voraussetzungen für eine Abstandnahme von der Einbehaltungsverpflichtung im Einzelnen oben unter "Österreich"). Zur Frage der Anrechenbarkeit bzw. Erstattung dieser

Quellensteuer auf die deutsche Einkommensteuer vergleiche unten unter *“Steuereinbehalt”* und *“Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen“*.

Schuldverschreibungen im Privatvermögen

Zinsen und Veräußerungsgewinne

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten ("Privatanleger") und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt, (d. h., Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich in Deutschland befindet), stellen Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Einkommensteuergesetz dar und unterliegen grundsätzlich einem besonderen Steuersatz in Höhe von 25 Prozent (sog. Abgeltungsteuer), zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent und ggf. Kirchensteuer.

Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich etwaiger bis zur Veräußerung oder Abtretung der Schuldverschreibungen aufgelaufener und getrennt berechneter Zinsen ("Stückzinsen"), stellen – unabhängig von einer Haltedauer – auch Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Einkommensteuergesetz dar und werden ebenfalls in Höhe des Abgeltungsteuersatzes besteuert (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent und ggf. Kirchensteuer). Die Einlösung, Rückzahlung, Abtretung oder verdeckte Einlage von Schuldverschreibungen in eine Kapitalgesellschaft gilt ebenfalls als Veräußerung.

Veräußerungsgewinne werden ermittelt aus der Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang stehen) und dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen. Werden Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als Euro begeben, sind die Erlöse aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung und die Ausgabe- oder Kaufpreise in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung umzurechnen.

Werbungskosten (andere als solche, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen), die im Zusammenhang mit Zinszahlungen oder Gewinnen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen stehen, sind – abgesehen von dem Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei Ehegatten, die zusammen veranlagt werden) – nicht abzugsfähig.

Nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer sind Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen nur mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechenbar. Sofern eine Verrechnung in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste realisiert werden, nicht möglich ist, können diese Verluste nur in zukünftige Veranlagungszeiträume vorgetragen und dort mit positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen, die in diesen zukünftigen Veranlagungszeiträumen erzielt werden, verrechnet werden. Verluste aus sog. privaten Veräußerungsgeschäften gemäß § 23 Einkommensteuergesetz alter Fassung, die vor dem 1. Januar 2009 realisiert wurden, können mit positiven Kapitaleinkünften nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer noch bis zum 31. Dezember 2013 verrechnet werden.

In dem Fall, dass der Inhaber der Schuldverschreibung von der Emittentin am Fälligkeitstag eine Lieferung der zugrunde liegenden Wertpapiere statt einer Zahlung in Geld erhält (z.B. im Fall von Vollrisikozertifikaten (d.h. Schuldverschreibungen, bei denen sowohl die Höhe der Rückzahlung als auch das Entgelt ungewiss sind) mit Andienungsrecht), ist die Einlösung der Schuldverschreibung in Abweichung von den vorstehenden Ausführungen steuerneutral. Dies gilt unabhängig davon, ob der Verkehrswert der Wertpapiere die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung im Zeitpunkt der Lieferung über- oder unterschreitet, da in diesem Fall die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung gemäß § 20 Abs. 4a

Einkommensteuergesetz als Veräußerungspreis der Schuldverschreibung und als Anschaffungskosten der gelieferten Wertpapiere gelten. Gewinne aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere unterliegen gemäß § 20 Einkommensteuergesetz der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent und ggf. Kirchensteuer) oder im Fall der Veräußerung von sonstigen Wirtschaftsgütern der normalen Einkommensbesteuerung im Rahmen der Besteuerung privater Veräußerungsgeschäfte (§ 23 Einkommensteuergesetz). Verluste aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere können mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechnet werden, ausgenommen Verluste aus der Veräußerung von Aktien, welche nur mit Gewinnen aus anderen Aktienverkäufen verrechenbar sind.

Nach dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 16. November 2010 (IV C 1 -S 2252/10/10010 ; Textziffer 8a) gelten für bestimmte Vollrisikozertifikate weitere Besonderheiten bezüglich der Besteuerung von Erträgen, Kapitalrückzahlungen und der Geltendmachung von Verlusten. Liegen bei einem Vollrisikozertifikat mehrere Zahlungszeitpunkte bis zur Endfälligkeit vor, sind die Erträge zu diesen Zeitpunkten als Einkünfte im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 7 Einkommensteuergesetz zu behandeln; dies gilt nicht, wenn die Emissionsbedingungen von vornherein eindeutige Angaben zur Tilgung oder zur Teiltilgung während der Laufzeit vorsehen und die Vertragspartner entsprechend verfahren. Erfolgt bei diesen Zertifikaten zum Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung mehr, liegt zum Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang im Sinne des § 20 Absatz 2 Einkommensteuergesetz vor. Sind bei einem Zertifikat im Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlungen vorgesehen, weil der Basiswert eine nach den Emissionsbedingungen vorgesehene Bandbreite verlassen hat oder kommt es durch das Verlassen der Bandbreite zu einer – vorzeitigen – Beendigung des Zertifikats (z. B. bei einem Zertifikat mit „Knock-out“-Struktur) ohne weitere Kapitalrückzahlungen, liegt gleichfalls kein veräußerungsgleicher Tatbestand vor. Im Ergebnis bedeutet die von der Finanzverwaltung vertretene Auffassung, die in der steuerlichen Fachliteratur umstritten ist, eine Einschränkung bzw. Versagung der Geltendmachung von entsprechenden Verlusten. Auch wenn sich das Schreiben des Bundesfinanzministeriums nur auf Vollrisikozertifikate bezieht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung die oben dargestellten Grundsätze auch auf andere Arten von Schuldverschreibungen anwendet. Darüber hinaus vertritt das Bundesfinanzministerium in seinem Schreiben vom 22. Dezember 2009 (IV C 1 – S 2252/08/10004) die wiederum umstrittene Auffassung, dass auch ein Forderungsausfall oder ein Forderungsverzicht nicht als Veräußerung anzusehen ist, so dass entsprechende Verluste steuerlich nicht abziehbar wären. In diesem Zusammenhang ist nicht geklärt, ob die Auffassung der Finanzverwaltung auch Wertpapiere betrifft, die sich auf einen Referenzwert beziehen, sofern bei einem solchen ein Wertverlust eintritt. Schließlich könnte die Geltendmachung von Verlusten auch eingeschränkt sein, soweit bestimmte Arten von Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären.

Steuereinbehalt

Werden die Schuldverschreibungen in einem Wertpapierdepot verwahrt oder verwaltet, das der Gläubiger bei einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (die "**Auszahlende Stelle**") unterhält, wird die Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent und ggf. Kirchensteuer) auf Zinsen sowie auf den positiven Unterschiedsbetrag zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang stehen) und den Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen (ggf. umgerechnet in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung) von der Auszahlenden Stelle einbehalten. Die Auszahlende Stelle wird eine Verrechnung von Verlusten mit laufenden Kapitaleinkünften und Veräußerungsgewinnen aus anderen Kapitalanlagen vornehmen. Für den Fall, dass eine Verlustverrechnung mangels entsprechender positiver Kapitalerträge bei der Auszahlenden

Stelle nicht möglich ist, hat die Auszahlende Stelle auf Verlangen des Gläubigers eine Bescheinigung über die Höhe des nicht ausgeglichenen Verlusts nach amtlich vorgeschriebenem Muster zu erteilen; der Verlustübertrag durch die Auszahlende Stelle ins nächste Jahr entfällt in diesem Fall zugunsten einer Verlustverrechnung mit Kapitalerträgen im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Der Antrag auf Erteilung der Bescheinigung muss der Auszahlenden Stelle bis zum 15. Dezember des laufenden Jahres zugehen. Hat das verwahrende Institut seit der Anschaffung gewechselt und können bzw. werden die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden, wird der Steuersatz in Höhe von 25 Prozent (zuzüglich 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer) auf 30 Prozent der Erlöse aus Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen erhoben. Im Zuge des Steuereinbehalts durch die Auszahlende Stelle können ausländische Steuern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bis zur Höhe der Abgeltungsteuer auf den einzelnen Kapitalertrag angerechnet werden. Etwaige Quellensteuern, die im Zuge der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten werden, können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften im Zuge des Steuerfestsetzungsverfahrens per Steuergutschrift auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet oder gegebenenfalls erstattet werden.

Werden die Schuldverschreibungen nicht in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt, fällt Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge an, die von einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank bei Vorlage eines Kupons oder der Schuldverschreibung an den Inhaber eines solchen Kupons oder einer Schuldverschreibung (außer einem ausländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut) gezahlt werden (Tafelgeschäft).

Die Abgeltungsteuer wird grundsätzlich nicht erhoben, sofern der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag vorlegt (maximal in Höhe des Sparer-Pauschbetrages von EUR 801 (EUR 1.602 bei Ehegatten, die zusammen veranlagt werden)), jedoch nur in dem Umfang, in dem die Kapitaleinkünfte den im Freistellungsauftrag ausgewiesenen Betrag nicht übersteigen. Entsprechend wird keine Abgeltungsteuer einbehalten, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle eine vom zuständigen Finanzamt ausgestellte gültige Nichtveranlagungsbescheinigung übergeben hat.

Für Privatanleger ist die einbehaltene Abgeltungsteuer grundsätzlich definitiv. Privatanleger, deren persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz liegt, können die Kapitaleinkünfte auf Antrag in ihrer persönlichen Einkommensteuererklärung angeben, um eine Besteuerung zum niedrigeren persönlichen Steuersatz zu erreichen. Zum Nachweis der Kapitaleinkünfte und der einbehaltenen Kapitalertragsteuer kann der Anleger von der Auszahlenden Stelle eine entsprechende Bescheinigung gemäß dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck verlangen. Eine Ausnahme vom Grundsatz der abgeltenden Besteuerung ist gegeben, wenn die beim Kapitalertragsteuerabzug angesetzte Bemessungsgrundlage kleiner ist als die tatsächlich erzielten Erträge. In diesem Fall tritt die Abgeltungswirkung nur insoweit ein, als die Erträge der Höhe nach dem Steuerabzug unterlegen haben. Für den darüber hinausgehenden Betrag besteht eine Veranlagungspflicht. Aus Billigkeitsgründen kann nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums hiervon abgesehen werden, wenn die Differenz je Veranlagungszeitraum nicht mehr als EUR 500 beträgt und keine anderen Gründe für eine Veranlagungspflicht bestehen.

Kapitaleinkünfte, die nicht dem Steuereinbehalt unterlegen haben (z. B. mangels Auszahlender Stelle) müssen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung angegeben werden und unterliegen im Veranlagungsverfahren der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent (zuzüglich 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer), sofern der persönliche Steuersatz des Anlegers nicht niedriger ist und er eine Besteuerung zu diesem niedrigeren Steuersatz beantragt. Im Zuge des Veranlagungsverfahrens können ausländische Steuern auf Kapitaleinkünfte im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bis zur Höhe der entsprechenden tariflichen Einkommensteuer angerechnet werden. Etwaige

Quellensteuern, die im Zuge der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten werden, können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften im Zuge des Steuerfestsetzungsverfahrens per Steuergutschrift auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet oder gegebenenfalls erstattet werden.

Anwendbarkeit der steuerlichen Bestimmungen des deutschen Investmentsteuergesetzes

Andere als die vorstehend beschriebenen steuerlichen Folgen können sich ergeben, wenn die Schuldverschreibungen oder die diesen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden und an den Inhaber bei Rückzahlung der Schuldverschreibung physisch übergebenen Wertpapiere (Referenzwerte) als Anteil an einem ausländischen Investmentvermögen qualifizieren. In einem solchen Fall würden sich die Bestimmungen bezüglich des Steuereinhalts durch die Auszahlende Stelle sowie die Besteuerung des Inhabers der Schuldverschreibung danach richten, ob die Bekanntmachungs- und Offenlegungspflichten nach dem Investmentsteuergesetz erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, könnte der Inhaber der Schuldverschreibungen der Besteuerung nach fiktiven Gewinnen unterliegen.

Ein ausländisches Investmentvermögen ist nach dem Investmentgesetz definiert als Vermögen zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage, das nach dem Grundsatz der Risikomischung in Vermögensgegenständen angelegt ist und das dem Recht eines anderen Staates untersteht. Ein Anteil an einem ausländischen Investmentvermögen ist gegeben, wenn der Anleger verlangen kann, dass ihm gegen Rückgabe des Anteils sein Anteil an dem ausländischen Investmentvermögen ausgezahlt wird, oder bei denen der Anleger kein Recht zur Rückgabe der Anteile hat, aber die ausländische Investmentgesellschaft in ihrem Sitzstaat einer Aufsicht über Vermögen zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage unterstellt ist. Gemäß dem Rundschreiben Nr. 14/2008 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin, WA 41-Wp 2136-2008/0001) vom 22. Dezember 2008 bezüglich der Anwendbarkeit des Investmentgesetzes und dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums zur Anwendung des Investmentsteuergesetzes vom 18. August 2009 (IV C 1- S 1980 – 1/08/10019) sollen index- oder fondsbezogene Schuldverschreibungen jedoch grundsätzlich nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentvermögen gelten.

Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Betriebsvermögen halten ("Betriebliche Anleger") und Gewinne, einschließlich Stückzinsen, aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen unterliegen der Körperschaftsteuer beziehungsweise Einkommensteuer in Höhe des für den Betrieblichen Anleger geltenden Steuersatzes und müssen auch für Zwecke der Gewerbesteuer berücksichtigt werden. Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden steuerlich grundsätzlich berücksichtigt. Einschränkungen bezüglich der Geltendmachung von Verlusten könnten sich ergeben, soweit bestimmte Arten von Schuldverschreibungen (z.B. „Knock-out“-Zertifikate) als Termingeschäfte zu qualifizieren wären.

Werden bei Fälligkeit einer Schuldverschreibung anstelle der Rückzahlung des Nominalbetrags in Geld Wertpapiere geliefert, wird diese Lieferung als steuerbare Veräußerung behandelt und ein entsprechender Veräußerungsgewinn ist zu versteuern.

Etwaig einbehaltene Kapitalertragsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags hierauf werden als Vorauszahlungen auf die deutsche Körperschaft- oder persönliche Einkommensteuerschuld und den Solidaritätszuschlag im Rahmen der Steuerveranlagung angerechnet, d. h. ein Steuereinbehalt ist nicht definitiv. Übersteigt der Steuereinbehalt die jeweilige Steuerschuld, wird der Unterschiedsbetrag erstattet. Ein Steuereinbehalt erfolgt jedoch grundsätzlich nicht auf Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen, wenn (i) die Schuldverschreibungen von einer Körperschaft im Sinne von § 43 Absatz 2 Satz 3 Nr. 1 Einkommensteuergesetz gehalten werden, oder (ii) die Einkünfte aus den Schuldverschreibungen Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs

sind und der Gläubiger der Kapitalerträge dies gegenüber der Auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt (§ 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 Einkommensteuergesetz, Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug).

Ausländische Steuern können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auf die deutsche Körperschaft- oder persönliche Einkommensteuer angerechnet oder bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogen werden. Etwaige Quellensteuern, die im Zuge der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten werden, können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften im Zuge des Steuerfestsetzungsverfahrens per Steuergutschrift auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet oder gegebenenfalls erstattet werden.

Steuerausländer

Zinszahlungen und Veräußerungsgewinne, einschließlich etwaiger Stückzinsen, in Bezug auf die Schuldverschreibungen, unterliegen nicht der deutschen Besteuerung, es sei denn, (i) die Schuldverschreibungen sind Teil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte, einschließlich eines ständigen Vertreters oder festen Einrichtung des Gläubigers in Deutschland, (ii) die Zinseinkünfte stellen in sonstiger Weise Einkünfte aus deutschen Quellen dar, oder (iii) die Schuldverschreibungen werden nicht in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt und die Zinsen oder Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden von einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank bei Vorlage eines Kupons oder der Schuldverschreibung an den Inhaber eines solchen Kupons oder einer Schuldverschreibung (außer einem ausländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut) gezahlt (Tafelgeschäft). In diesen Fällen gelten ähnliche Regeln wie im Abschnitt "Steuerinländer" dargestellt.

Steuerausländer sind grundsätzlich von der deutschen Abgeltungsteuer auf Zinsen und dem Solidaritätszuschlag darauf befreit. Sofern allerdings Einkünfte aus Kapitalvermögen, wie im vorstehenden Absatz beschrieben, der deutschen Besteuerung unterliegen und Schuldverschreibungen in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden oder im Falle eines Tafelgeschäfts, wird ein Steuereinbehalt – wie im Abschnitt "Steuerinländer" oben beschrieben – vorgenommen. Die einbehaltene Abgeltungsteuer kann jedoch gegebenenfalls im Rahmen der Veranlagung oder aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommen erstattet werden.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Nach deutschem Recht fällt hinsichtlich der Schuldverschreibungen keine Erbschaft- oder Schenkungsteuer an, sofern im Fall der Erbschaftsteuer weder der Erblasser noch der Erwerber oder im Fall der Schenkungsteuer weder der Schenker noch der Beschenkte in Deutschland ansässig sind und die Schuldverschreibungen nicht Teil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte einschließlich eines ständigen Vertreters des Gläubigers in Deutschland sind. Besondere Regelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige (Auswanderer).

Sonstige Steuern

Im Zusammenhang mit der Begebung, Übergabe oder Zeichnung der Schuldverschreibungen fallen keine Stempelsteuer, Emissionssteuern, Anmeldesteuern oder ähnliche Steuern oder Abgaben in Deutschland an. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Deutschland hat die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie) mit der Zinsinformationsverordnung (ZIV) in nationales Recht umgesetzt. Beginnend ab dem 1. Juli 2005 hat Deutschland daher begonnen, über Zahlungen von Zinsen und zinsähnlichen Erträgen unter den Schuldverschreibungen an wirtschaftliche Eigentümer, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, Auskunft zu erteilen, wenn die Schuldverschreibungen bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden.

Luxemburg

Die folgende Zusammenfassung ist allgemeiner Natur und dient lediglich der Information. Sie beruht auf dem derzeit in Luxemburg geltenden Recht, stellt jedoch weder eine rechtliche noch eine steuerliche Beratung dar und ist auch nicht als solche auszulegen. Potenzielle Erwerber der Schuldverschreibungen sollten daher hinsichtlich der Auswirkungen nationaler, örtlicher oder ausländischer gesetzlicher Vorschriften einschließlich der Bestimmungen des luxemburgischen Steuerrechts, die gegebenenfalls auf sie Anwendung finden, den Rat eigener professioneller Berater einholen.

Quellensteuer

Nicht in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen

Nach den derzeit geltenden allgemeinen Vorschriften des luxemburgischen Steuerrechts wird Quellensteuer grundsätzlich weder auf Kapitalbeträge, Prämien oder Zinsen, die an nicht in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen gezahlt werden, noch auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen auf die Schuldverschreibungen erhoben; auch bei Rückzahlung oder Rückkauf von Schuldverschreibungen, deren Inhaber nicht in Luxemburg ansässig sind, ist in Luxemburg grundsätzlich keine Quellensteuer zu zahlen. Davon ausgenommen sind die im nachstehenden Absatz näher erläuterten Fälle, die gemäß den Gesetzen vom 21. Juni 2005 (die Gesetze) der Quellensteuer in Luxemburg unterliegen.

Gemäß den Gesetzen zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen sowie zur Ratifizierung der zwischen Luxemburg und bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten der EU-Mitgliedstaaten (die Gebiete) geschlossenen Verträge, unterliegen Zahlungen von Zins- oder ähnlichen Erträgen einer Quellensteuer, wenn eine Zahlstelle mit Sitz in Luxemburg diese Zahlungen an einen wirtschaftlichen Eigentümer, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, oder an eine Einrichtung (wie jeweils in den Gesetzen, insbesondere in Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG, definiert), der bzw. die in einem EU-Mitgliedstaat (mit Ausnahme von Luxemburg) oder einem der Gebiete ansässig ist bzw. ihren Sitz hat, oder unmittelbar zu dessen bzw. deren Gunsten leistet oder diesem bzw. dieser zurechnet. Dies gilt nicht, wenn der Empfänger die jeweilige Zahlstelle in angemessener Weise angewiesen hat, den Steuerbehörden des Landes, in dem er ansässig ist oder seinen Sitz hat, Auskunft über die betreffenden Zahlungen von Zins- oder ähnlichen Erträgen zu erteilen oder (sofern es sich bei dem wirtschaftlichen Eigentümer um eine natürliche Person handelt) er der Zahlstelle eine Steuerbescheinigung der Steuerbehörden des Landes, in dem er ansässig ist, in der vorgeschriebenen Form vorgelegt hat. Verantwortlich für die Vornahme des Steuereinbehalts ist die Luxemburger Zahlstelle. Zahlungen von Zinsen auf die Schuldverschreibungen, die den Bestimmungen der Gesetze unterfallen, unterliegen danach derzeit einer Quellensteuer von 35% seit dem 1. Juli 2011.

In Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen

Nach den derzeit geltenden allgemeinen Vorschriften des luxemburgischen Steuerrechts wird Quellensteuer grundsätzlich weder auf Kapitalbeträge, Prämien oder Zinsen, die an in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen gezahlt werden, noch auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen auf die Schuldverschreibungen erhoben; auch bei Rückzahlung oder Rückkauf von Schuldverschreibungen, deren Inhaber in Luxemburg

ansässig sind, ist in Luxemburg grundsätzlich keine Quellensteuer zu zahlen. Davon ausgenommen sind die im nachstehenden Absatz näher erläuterten Fälle, die gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005, geänderte Fassung (das Gesetz) der Quellensteuer in Luxemburg unterliegen.

Gemäß dem Gesetz unterliegen Zahlungen von Zins- oder ähnlichen Erträgen, die eine Zahlstelle mit Sitz in Luxemburg an einen in Luxemburg ansässigen wirtschaftlichen Eigentümer, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, oder zu dessen Gunsten leistet oder diesem zurechnet, einer Quellensteuer von 10%. Mit dieser Quellensteuer ist die gesamte Einkommensteuerschuld des wirtschaftlichen Eigentümers abgegolten, sofern dieser im Rahmen der Verwaltung seines Privatvermögens handelt. Verantwortlich für die Vornahme des Steuereinbehalts ist die Luxemburger Zahlstelle. Zahlungen von Zinsen auf die Schuldverschreibungen, die den Bestimmungen des Gesetzes unterfallen, unterliegen danach derzeit einer Quellensteuer von 10%.

ANGEBOT UND ZEICHNUNG

Das Programm sieht dauernde und/oder wiederholte Emissionen von Schuldverschreibungen vor. Bei Daueremissionen (als solche im Konditionenblatt bestimmt) entspricht die Angebotsfrist im Wesentlichen der Laufzeit, wobei der Ausgabekurs laufend angepasst werden kann. Die Emittentin kann auch einen Zeitraum für die Zeichnung im Konditionenblatt bestimmen und diesen verkürzen oder verlängern.

Die Einladung zur Angebotstellung gegenüber Ersterwerbern der Schuldverschreibungen erfolgt durch die Emittentin und/oder etwaige Vertriebspartner. Die Anbotstellung zur Zeichnung der Schuldverschreibungen hat durch die Anleger zu erfolgen. Die Emittentin behält sich die (gänzliche oder teilweise) Annahme oder Zurückweisung der Zeichnungsangebote vor.

Verfahren zur Kürzung der Zuteilungen und zur Erstattung von Beträgen sind im Allgemeinen nicht anwendbar. Die Emittentin behält sich aber im Einzelfall vor, die Zuteilung gezeichneter Schuldverschreibungen zu kürzen und die Zeichnungsbeträge zu erstatten.

Die Stückelung der Schuldverschreibungen und/oder Mindest- oder Höchstzeichnungsbeträge (wenn solche anwendbar sind) ergeben sich aus dem Konditionenblatt.

Die Zahlung des Kaufpreises und die Lieferung der Schuldverschreibungen erfolgt auf Basis des zwischen dem Anleger und der Emittentin abzuschließenden Zeichnungsvertrages über den Erwerb der Schuldverschreibungen.

Die Ergebnisse eines Angebotes von Schuldverschreibungen werden nach Ablauf der jeweils anwendbaren Zeichnungsfrist (siehe Punkt 27. des Konditionenblattes), dh (i) im Falle einer Einzelemission am oder um den Begebungstag (siehe Punkt 8.(i) des Konditionenblattes), oder (ii) im Falle einer Daueremission (siehe Punkt 8.(ii) des Konditionenblattes) unverzüglich nach Beendigung des Angebotes durch die Emittentin, der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Wertpapiersammelbank der Schuldverschreibungen und der Börse, an der die Schuldverschreibungen allenfalls notiert sind (siehe Punkt 19 des Konditionenblattes), durch die Emittentin offen gelegt.

Verfahren zur Ausübung von Vorzugsrechten, die Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und die Behandlung nicht ausgeübter Zeichnungsrechte kommen nicht zur Anwendung.

Die Schuldverschreibungen sollen primär Privatkunden der Erste Group angeboten werden. Grundsätzlich erfolgt aber die Einladung zur Angebotsstellung an keine begrenzte Zielgruppe. Es gibt daher keine verschiedenen Kategorien von Investoren, welchen die Schuldverschreibungen angeboten werden.

Die Zeichner erfahren von der ihnen zugeteilten Menge an Schuldverschreibungen durch Gutbuchung der Schuldverschreibungen auf ihrem Depot. Eine Aufnahme des Handels vor der Zuteilung ist nicht möglich.

Der Ausgabekurs und der Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen werden von der Emittentin vor Angebotsbeginn festgelegt und sind im Konditionenblatt enthalten. Falls der Ausgabekurs und/oder der Gesamtnennbetrag für eine bestimmte Tranche von Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Ausgabe noch nicht feststehen, wird das Konditionenblatt die Verfahren zur Berechnung und Veröffentlichung dieser Angaben beschreiben.

Bei Daueremissionen wird der Ausgabekurs unter Berücksichtigung verschiedener preisrelevanter Faktoren wie zB Kurs des zugrunde liegenden Basiswertes, des aktuellen Zinsniveaus, künftig erwarteter Dividenden sowie sonstiger produktspezifischer Kriterien laufend neu an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst. Der Gesamtnennbetrag der

Schuldverschreibungen kann sich von Zeit zu Zeit aufgrund vorgenommener Zeichnungen erhöhen. Die Emittentin wird in diesem Fall eine Obergrenze des Gesamtnennbetrages der Schuldverschreibungen im Konditionenblatt festlegen.

Zusätzlich kann der Ausgabekurs auch einen (diesfalls in den Bedingungen der Schuldverschreibungen angegebenen) Ausgabeaufschlag beinhalten, welcher Provisionen für die Emittentin, Koordinatoren und Platzierer oder sonstige im Zusammenhang mit der Ausgabe und Absicherung der Schuldverschreibungen entstehende Nebenkosten abdecken soll. Kosten, Steuern und Spesen, die beim mittelbaren Erwerb der Schuldverschreibungen anfallen, unterliegen nicht dem Einfluss der Emittentin.

Allenfalls bestellte Koordinatoren und/oder Platzierer werden im Konditionenblatt offen gelegt.

Die Schuldverschreibungen werden nicht fest übernommen oder auf Basis einer Vereinbarung "zu den bestmöglichen Bedingungen" vertrieben, ausgenommen das Konditionenblatt sieht anderes vor. Wenn ein Übernahmevertrag geschlossen werden sollte, wird das Datum desselben im Konditionenblatt offen gelegt.

Es sind derzeit keine Intermediäre für die Emittentin im Sekundärhandel tätig. Allfällige künftige Intermediäre werden im Konditionenblatt angegeben.

Die Emittentin erteilt ihre ausdrückliche Zustimmung zur Verwendung des Prospekts durch Kreditinstitute als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2006/48/EG in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen in den unten genannten Angebotsländern berechtigt sind (die "**Finanzintermediäre**") und erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Schuldverschreibungen durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Zustimmung zur Verwendung des Prospekts wird für die Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird im Konditionenblatt angegeben. Der Prospekt darf für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen in Österreich und Deutschland (die "**Angebotsländer**") verwendet werden. Ein jederzeitiger Widerruf oder eine Einschränkung der im obigen Absatz enthaltenen Zustimmung mit Wirkung für die Zukunft bleibt der Emittentin ohne Angabe von Gründen vorbehalten.

Anleger sollten bedenken, dass für den Fall, dass ein Finanzintermediär ein Angebot zum Erwerb von Schuldverschreibungen stellt, dieser Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen zu unterrichten hat. Weiters sollten Anleger beachten, dass jeder den Prospekt verwendende Finanzintermediär auf seiner Internetseite anzugeben hat, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Dieser Prospekt darf in keinem Land außerhalb Österreichs veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein öffentliches Angebot bestehen oder bestehen könnten, die einer Veröffentlichung oder einem Angebot der Schuldverschreibungen entgegen stehen könnten. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen der Emittentin sind und werden in Zukunft nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Voraussetzungen des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Schuldverschreibungen nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an U.S. Personen (wie in den anwendbaren Regelungen definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

Öffentliche Angebote der Schuldverschreibungen werden in Österreich und Deutschland oder einem anderen Land, in welches dieser Prospekt notifiziert wurde, erfolgen. In keinem anderen EWR-Mitgliedstaat, der die EU-Prospekt-Richtlinie umgesetzt hat, dürfen die Schuldverschreibungen öffentlich angeboten werden, außer es handelt sich um ein Angebot, das keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes durch die Emittentin gemäß Art. 3 der EU-Prospekt-Richtlinie auslöst.

Unter einem "**öffentlichen Angebot**" der Schuldverschreibungen in einem Angebotstaat, der EWR-Mitgliedstaat ist, ist eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur EU-Prospekt-Richtlinie miterfasst sind.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

- (1) Eine Zulassung des Programms und/oder der Schuldverschreibungen zur Notiz an den Österreichischen Märkten und/oder im amtlichen Handel und zum Handel an einem geregelten Markt an der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*) und/oder an einem ungeregelten/geregelten Markt an der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergische Wertpapierbörse) und/oder an einem ungeregelten/geregelten Markt an der Frankfurter Börse kann beantragt werden. Die Märkte, bei denen die Notierung von Schuldverschreibungen beantragt wird oder wurde, sind im Konditionenblatt angegeben. Die Schuldverschreibungen können börsetäglich börslich und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden. Zum Datum dieses Prospekts sind vergleichbare Schuldverschreibungen der Emittentin zum Handel am amtlichen Handel der Luxemburger Börse (*Bourse de Luxembourg*), Euronext Amsterdam, der Stuttgarter Börse (Baden-Württembergischen Wertpapierbörse), der SWX Swiss Exchange und an den Märkten zugelassen.
- (2) Die Emittentin hat alle erforderlichen Zustimmungen, Billigungen und Genehmigungen in Österreich und Deutschland für die Emission der Schuldverschreibungen erhalten.
- (3) Die Emittentin hat keine Kenntnis von Interessen - einschließlich Interessenskonflikte -, die für die Emission / das Angebot der Schuldverschreibungen von wesentlicher Bedeutung sind, ausgenommen diese sind im Konditionenblatt genannt.
- (4) Die Etablierung dieses Programms wurde durch einen Beschluss des Head of Group Balance Sheet Management und des Head of Group Debt Capital Markets am 14.8.2009 genehmigt. Einzelne Emissionen von Schuldverschreibungen werden gemäß den jeweils geltenden internen Genehmigungen begeben, wobei, soweit im Konditionenblatt nichts anderes festgesetzt ist, Emissionen von Schuldverschreibungen bis zum 31.12.2012 gemäß dem Beschluss des Vorstands der Emittentin vom 22.11.2011 und dem Beschluss des Aufsichtsrats der Emittentin vom 14.12.2011 und Emissionen von Schuldverschreibungen im Jahr 2013 gemäß den Beschlüssen des Vorstands, des Aufsichtsrats und gegebenenfalls des Planungs- und Strategieausschusses des Aufsichtsrats der Emittentin begeben werden, die voraussichtlich im Dezember 2012 gefasst werden.
- (5) Mit Ausnahme der unter dem Abschnitt "Aktuelle Entwicklungen" beginnend auf Seite 93 und unter "Historische Finanzinformationen" beginnend auf 102 angegebenen Informationen gab es seit dem 31.3.2012 keine Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit des Emittenten, die in erheblichem Masse für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind. Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben wurde, gab es seit dem 31.3.2012 keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Emittentin oder der Erste Group und seit dem 31.12.2011 keine wesentliche nachteilige Veränderung der Aussichten der Emittentin.
- (6) Mit Ausnahme der unter dem Abschnitt "Rechtsstreitigkeiten" auf Seite 106 angeführten Verfahren sind nach Kenntnis der Emittentin derzeit keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig und könnten auch keine solchen eingeleitet werden, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder der Erste Group auswirken oder in jüngster Zeit ausgewirkt haben. Solche Verfahren haben auch nicht in den vergangenen 12 Monaten bestanden und wurden nicht binnen dieses Zeitraums abgeschlossen.
- (7) Die Wertpapierkennnummern und die Securities Identification Number (ISIN) werden für jede Serie von Schuldverschreibungen im Konditionenblatt angegeben.

- (8) Die Anschrift der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft lautet Am Hof 4, A-1011 Wien. Die Anschrift eines jeden alternativen Clearingsystems wird im Konditionenblatt angegeben.
- (9) An der Geschäftsanschrift der Emittentin können während der üblichen Geschäftszeiten Kopien des jüngsten Jahresabschlusses und des Quartalsberichts der Emittentin erhalten und Kopien des Prospekts (einschließlich allfälliger Nachträge) und sämtlicher Konditionenblätter eingesehen werden, solange es noch ausstehende Schuldverschreibungen der jeweiligen Serie gibt.
- (10) Die Sparkassen-Prüfungsverband Prüfungsstelle (der satzungsgemäße Abschlussprüfer, bei dem zwei seiner Vorstandsmitglieder Mitglieder der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Österreich sind) mit der Anschrift Grimmelshausengasse 1, A-1030 Wien und Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Österreich) mit der Anschrift Wagramer Straße 19, 1220 Wien, haben die Jahresabschlüsse 2010 (vom 1.3.2011) und 2011 (vom 29.2.2012) der Emittentin geprüft und uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.
- (11) Die Gläubiger der Schuldverschreibungen werden in einem Gerichtsverfahren oder in einem Konkursverfahren, welches in Österreich gegen die Emittentin eingeleitet werden sollte, durch einen Kurator, der vom Handelsgericht Wien bestellt wird und diesem verantwortlich ist, gemäß dem Gesetz vom 24. April 1874, Reichsgesetzblatt Nr. 49 idgF (*Kuratorengesetz*) vertreten, oder, im Fall von Pfandbriefen oder Kommunalschuldverschreibungen (Öffentliche Pfandbriefe) gemäß der Einführungsverordnung zum Hypothekbankengesetz, wenn die Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen aufgrund des Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet sind, oder wenn die Rechte einer anderen Person dadurch verzögert würden, bestellt wird.
- (12) Solange Schuldverschreibungen unter diesem Prospekt ausgegeben werden können, liegen Kopien der folgenden Dokument an Werktagen (ausschließlich Samstage und gesetzliche Feiertage) während üblicher Geschäftszeiten an der Geschäftsanschrift der Emittentin zur Einsicht auf:
- (i) Satzung der Emittentin;
 - (ii) die veröffentlichten geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin für die dem Datum dieses Prospekts unmittelbar vorausgehenden zwei Geschäftsjahre, sowie alle nachfolgenden Quartalsberichte der Emittentin;
 - (iii) die Konditionenblätter für Schuldverschreibungen, die zum Handel an einem Markt (wie oben definiert) oder einem anderen Markt oder einer Börse zugelassen sind; und
 - (iv) Kopien dieses Prospektes, zusammen mit allen Nachträgen zu diesem Prospekt oder weiteren Prospekten.
- (13) Elektronische Fassungen der folgenden Dokumente sind auf der Internetseite der Emittentin unter "www.erstegroup.com" verfügbar:
- (i) dieser Prospekt zusammen mit allen Nachträgen zu diesem Prospekt oder weiteren Prospekten;
 - (ii) alle Konditionenblätter für alle Schuldverschreibungen, die zum Handel an einem Markt (wie oben definiert) oder einem anderen Markt oder einer Börse zugelassen sind; und

- (iii) die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse 2010 und 2011 der Emittentin und der ungeprüfte konsolidierte Quartalsbericht der Emittentin für das erste Quartal 2012.
- (14) Die Emittentin kann bzw. wird, soweit dies rechtlich zwingend vorgeschrieben ist, nach erfolgter Emission Informationen in Bezug auf die Basiswerte auf ihrer Internetseite unter www.erstegroup.com veröffentlichen.

UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS

Die Emittentin, Erste Group Bank AG mit Sitz in Wien und der Geschäftsanschrift Graben 21, A-1010 Wien, Österreich, eingetragen im Firmenbuch unter der FN 33209 m, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Wien, am 29.6.2012

Erste Group Bank AG
als Emittentin

Gerald Fleischmann
Leiter Steering and Operating
Office Corporates and Markets

Manfred Neuwirth
Leiter Group Institutional Sales

GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Zur leichteren Lesbarkeit finden sich nachstehend bestimmte Abkürzungen und Definitionen, die in diesem Prospekt verwendet werden. Die Leser dieses Prospekts sollten immer die vollständige Beschreibung eines in diesem Prospekt enthaltenen Ausdrucks verwenden.

Bank Center Invest	JSC Commercial Bank Center Invest
BCR	Banca Comercială Română S.A.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BWG	Bankwesengesetz 1993 in der geltenden Fassung
CEE	Zentral- und Osteuropa (<i>Central Eastern Europe</i>)
Česká spořitelna	Česká spořitelna, a.s.
EBV-Leasing	EBV-Leasing Gesellschaft mbH & Co KG
EIB	Europäische Investmentbank
Erste Bank Croatia	Erste & Steiermärkische banka, d.d.
Erste Bank Hungary	Erste Bank Hungary Zrt
Erste Bank Oesterreich	meint die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG nach der Abspaltung des Österreich Geschäfts
Erste Bank Serbia	Erste Bank a.d., Novi Sad
Erste Bank Ukraine	Public Company "Erste Bank"
Erste Group	meint die Erste Group Bank und ihre Tochterunternehmen und Beteiligungen als Ganzes. Die Tochterunternehmen und Beteiligungen umfassen die Erste Bank Oesterreich in Österreich, die Česká spořitelna, a.s. in der Tschechischen Republik, die Slovenská sporiteľňa, a.s. in der Slowakischen Republik, die Erste Bank Hungary Zrt. in Ungarn, die Banca Comercială Română S.A. in Rumänien, die Erste & Steiermärkische banka, d.d. in Kroatien, die Erste Bank a.d., Novi Sad in Serbien, die Public Company "Erste Bank" in der Ukraine, die Salzburger Sparkasse Bank AG, die Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft Innsbruck, weitere Sparkassen im Haftungsverbund, die ERSTE-SPARINVEST Kapitalanlagengesellschaft m.b.H., die Bausparkasse der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft, die Sparkassen Versicherung AG, die EBV-Leasing Gesellschaft mbH & Co KG, Erste Group Immorent AG, die s-Wohnbaubank AG, und weitere.
Erste Group Bank	Erste Group Bank AG
Erste Group Immorent	Erste Group Immorent AG
Erste SparInvest	ERSTE-SPARINVEST Kapitalanlagengesellschaft m.b.H.

EU-Prospekt-Richtlinie	Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und der Rats vom 4.11.2003
EU-Prospekt-Verordnung	Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Inter-bank Offered Rate
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
Fixverzinsten Schuldverschreibungen	Schuldverschreibungen, bei denen die Verzinsung während der gesamten Laufzeit fixiert ist
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
GCIB	Group Corporate and Investment Banking
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
Haftungsverbund	ist auf Seite 80 f beschrieben
HUF	Ungarische Forint
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LIBOR	London Inter-bank Offered Rate
Märkte	die Österreichischen Märkte und die geregelten Märkte der Luxemburger Börse (<i>Bourse de Luxembourg</i>).
Nullkupon-Schuldverschreibungen	Nullkupon-Schuldverschreibungen sind Schuldverschreibungen, die keinen Kupon aufweisen. Anstelle von wiederkehrenden Zinszahlungen stellt die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabekurs die Rendite dar. Folglich erhält der Anleger nur eine einmalige Zahlung: Den Verkaufserlös eines Verkaufs vor Fälligkeit des Rückzahlungsbetrags oder den Rückzahlungsbetrags bei Fälligkeit.
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4; 1011 Wien
OGAW-Richtlinie	meint die Richtlinie des Rates 2009/65/EG vom 13.7.2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAWs	meint Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
Österreichische Märkte	meint den Amtlichen Handel und den Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse AG.
Salzburger Sparkasse	Salzburger Sparkasse Bank AG
s-Bausparkasse	Bausparkasse der österreichischen Sparkassen

	Aktiengesellschaft
Slovenská sporiteľňa	Slovenská sporiteľňa, a.s.
Tiroler Sparkasse	Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft Innsbruck
Variabel verzinste Schuldverschreibungen	Schuldverschreibungen, bei denen der zahlbare Kupon variabel ist und die zum Nennwert zurückgezahlt werden.

EMITTENTIN

Erste Group Bank AG
Graben 21
A-1010 Wien
Österreich

ZAHLSTELLE UND BERECHNUNGSSTELLE

Erste Group Bank AG
Graben 21
A-1010 Wien
Österreich

ABSCHLUSSPRÜFER

Sparkassen-Prüfungsverband Prüfungsstelle
Grimmelshausengasse 1
A-1030 Wien
Österreich

**Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
m.b.H.**
Wagramer Straße 19
A-1220 Wien
Österreich

RECHTSBERATER

**WOLF THEISS
Rechtsanwälte GmbH**
Schubertring 6
A-1010 Wien
Österreich